Einladung

Stadt Erlangen

Haupt-, Finanz- und Personalausschuss

2. Sitzung • Mittwoch, 25.02.2015 • 16:00 Uhr • Ratssaal, Rathaus

Nicht öffentliche Tagesordnung - 16:00 Uhr

- siehe Anlage -

Öffentliche Tagesordnung - 16:15 Uhr

Inhaltsverzeichnis siehe letzte Seite(n)

7.	Mitteilungen zur Kenntnis	
7.1.	Bearbeitungsstand Fraktionsanträge	13/037/2015 Kenntnisnahme
7.2.	Sachstandsbericht GGFA AöR des kommunalen Jobcenters Erlangen - Berichtszeitraum: Dezember 2014	II/062/2015 Kenntnisnahme
7.3.	Vorschläge und Anregungen der Markthändler des Wochenmarkts	323/001/2015 Kenntnisnahme
7.4.	Buskonzept Erlangen - Verbesserung für Goethestraße	613/026/2015 Kenntnisnahme
8.	Mündlicher Abschlussbericht zum Projekt XENOS	
9.	Semesterticket	13/034/2015 Gutachten
10.	Geschäftsordnung für den Stadtrat Erlangen; Änderung Anlage 2 - Vergabebefugnisse	13-2/057/2015 Gutachten
11.	Antragsrecht für Ausländer- und Integrationsbeirat, Ortsbeiräte, Personalrat und Gewerkschaften hier: Stadtratsantrag erlanger linke Nr. 132/2014 vom 22.9.2014	13/038/2015 Beschluss
12.	Kommunaler Betrieb für Informationstechnik KommunalBIT AöR, Weisungen an die Verwaltungsratsmitglieder gemäß § 6 Abs. 2 der Satzung: Wirtschaftsplan 2015	ZV/004/2015 Gutachten
13.	Befristete Änderung der Öffnungszeiten im Bürgeramt, Abt. Ausländerangelegenheiten und Einbürgerung (Abt. 332); Einführung eines Schließtages	112/025/2015 Beschluss

14.	Betriebsfest der Stadt Erlangen	113/007/2015 Gutachten
15.	Vergaberichtlinien für den Erlanger Weihnachtsmarkt "Erlanger Waldweihnacht am Schloßplatz"	32-3/002/2015 Gutachten
16.	Abschaffung der Straßenausbaubeitragssatzung - Fraktionsantrag Nr. 145/2014 der CSU-Stadtratsfraktion	30/005/2015 Gutachten
17.	Änderung der Werbeanlagensatzung; Fraktionsantrag Nr. 102/2014 der Grünen Liste	30-R/019/2015 Gutachten
18.	Wildtierverbot in Zirkussen; Antrag der SPD-Fraktion Nr. 264/2014 vom 12.11.2014	322/005/2015 Beschluss
19.	Antrag aus der Bürgerversammlung der Gesamtstadt am 18.11.2014: Hier Stellenschaffung für Streetworker	51/032/2015 Beschluss
20.	Anfragen	

Ich darf Sie hiermit zu dieser Sitzung einladen.

Erlangen, den 16. Februar 2015

STADT ERLANGEN
gez. Dr. Florian Janik
Oberbürgermeister

Falls Tagesordnungspunkte dieser Sitzung aus Zeitgründen auf den nächsten Termin verschoben werden müssen, bitten wir Sie, die entsprechenden Unterlagen aufzubewahren und erneut mitzubringen.

Die Sitzungsunterlagen können auch unter www.ratsinfo.erlangen.de abgerufen werden.

Ö 7.1

Mitteilung zur Kenntnis

Geschäftszeichen:	Verantwortliche/r:	Vorlagennummer:
OBM/13	Bürgermeister- und Presseamt	**13/037/2015**

Bearbeitungsstand Fraktionsanträge

Beratungsfolge	Termin	N/Ö	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	25.02.2015	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Kenntnisnahme

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

II. Sachbericht

Die Verwaltung zeigt in nachfolgender Aufstellung den Bearbeitungsstand der Fraktionsanträge auf, die im unmittelbaren Zuständigkeitsbereich des Oberbürgermeisters und des Bürgermeister- und Presseamtes liegen:

Antrag-Nr. / Datum	Antragsteller	Thema	Stand der Bearbeitung
071/2014 v. 5.5.2014	ödp	Anerkennung der ehrenamtlichen Tätigkeit der Ortsbeiräte	Noch offen. Nach Thematisierung im Ältestenrat 11.2.2015 ist Übersicht der Aufwandsentschädigungen aller Beiräte zu erstellen.
132/2014 v. 22.9.2014	erlanger linke	Antragsrecht für AIB, Ortsbeiräte, Personalrat und Gewerkschaften	Behandlung HFPA 25.2.2015
253/2014 v.22.10.2014	SPD-Fraktion	Vorschlag für Ehrenbrief Kultur	Empfehlung durch Ältestenrat am 11.2.2015; Übergabe wird vorbereitet.
261/2014 v. 5.11.2014	Grüne Liste	Umbenennung der Haberstraße in Clara-Immerwahr-Straße	Beteiligung der Fachbereiche noch nicht abgeschlossen.
001/2015 v. 7.1.2015	Stadtratsfraktionen CSU, SPD, Grüne Liste, FDP sowie erlanger linke, ödp, FWG.	Schaffung eines „Ortes der Erinnerung“ an die Ermordung von Menschen mit psychischer Erkrankung der Heil- und Pflegeanstalt Erlangen	Zwischenbericht zum Stand der Gespräche erfolgte im Ältestenrat 11.2.2015 durch den Oberbürgermeister.

Anlagen:

III. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

IV. Zum Vorgang

Ö 7.2

Mitteilung zur Kenntnis

Geschäftszeichen:	Verantwortliche/r:	Vorlagennummer:
II/GGFA	Referat für Wirtschaft und Finanzen GGFA	**II/062/2015**

Sachstandsbericht GGFA AöR des kommunalen Jobcenters Erlangen - Berichtszeitraum: Dezember 2014

Beratungsfolge	Termin	N/Ö	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	25.02.2015	Ö	Kenntnisnahme	

Beteiligte Dienststellen

I. Kenntnisnahme

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

II. Sachbericht

Der Sachstandsbericht der GGFA AöR wird zur Kenntnis genommen; er wurde bereits in der letzten SGA-Sitzung am 04.02.2015 unter TOP 3 „Sachstandsberichte zum SGB II-Vollzug in Erlangen“ Anlage 4 aufgelegt.

Anlagen: Sachstandsbericht des Jobcenter Erlangen, Dezember 2014

III. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

IV. Zum Vorgang

Sachstandsbericht GGFA AöR

JOBCENTER
STADT ERLANGEN

Berichtszeitraum: Dezember 2014

Inhaltsverzeichnis

1.	**Aktuelle Entwicklung**	3
1.1.	Stellungnahme zur Arbeitsmarktsituation	3
1.2.	Aktuelle Projekte in der Beantragung	3
1.3.	Zielvereinbarung 2015 mit dem Land Bayern	4
1.4.	Umzug des Fallmanagements in die Bogenpassage	4
1.5.	"Alleinerziehende" als nächstes Fokusthema	4
2.	**Basisdaten**	5
2.1.	Basisdaten zu den Leistungsberechtigten im SGB II	5
2.2.	Entwicklung der Jugendlichen eLB und der Jugendarbeitslosenquote	6
2.3.	Zu- und Abgänge aus dem Leistungsbezug	6
3.	**Integrationen**	7
3.1.	Gesamtdarstellung der Integrationen	7
3.2.	Integrationen nach Branchen	8
3.3.	Integrationen nach Berufen	9
3.4.	Kennzahlen K2 - Integration und Nachhaltigkeit	10
4.	**Maßnahmen**	11
4.1.	Integrationsinstrumente und Mitteleinsatz	11
4.2.	Beschäftigungsfelder aktuell besetzter Arbeitsgelegenheiten	12
5.	**Finanzen - aktueller Budgetstand der Eingliederungsmittel**	112
6.	**ALG II - Langzeitleistungsbezieher**	13
6.1.	Struktur der Langzeitleistungsbezieher ALG II	13
6.2.	Struktur des Langzeitleistungsbezuges ALG II nach Dauer u. Alter	14
6.3.	Struktur des Langzeitleistungsbezuges nach Erwerbsstatua	14
6.4.	Kennzahl K3 - Veränderung des Bestandes der Langzeitleistungsbezieher	14
7.	**Der Leistungsvergleich der Jobcenter nach § 48a SGB II**	15
8.	**Verzeichnis der Abkürzungen**	16

1. Aktuelle Entwicklungen

1.1. Stellungnahme zur Arbeitsmarktsituation und zum aktuellen Stand der Integrationen

Leichte Zunahme der Arbeitslosenquote

Im Jahr 2014 stieg die Anzahl der Neuanträge im Vergleich zu den letzten Jahren. Demzufolge ist im Dezember 2014 eine leichte Erhöhung der SGB II Arbeitslosenquote zu verzeichnen, obwohl im Komplettjahr 2014 im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung der Integrationen erreicht werden konnte.

Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit in Bayern

In Bayern besteht die Herausforderung aber nach wie vor in der Verringerung des verhältnismäßig hohen und stetigen Langzeitarbeitslosenbestands (siehe auch Bericht der Nordbayerischen Nachrichten vom 20.1.2015, Aussage des neuen Leiters der Regionaldirektion Bayern der Agentur für Arbeit, Markus Schmitz). Dies gilt im Besonderen natürlich für Erlangen mit dem geringen Anteil an niederschwelligen Arbeitsplätzen.

Man unterscheidet bei der Kategorisierung der Dauer der Arbeitslosigkeit zwischen zwei verschiedenen Größen:

Langzeit*arbeitslose*: Personen, die über 12 Monaten arbeitslos sind

Langzeitleistungsbezieher

Langzeit*leistungsbezieher*: Personen die in den letzten 24 Monaten mindestens 23 Monate Arbeitslosengeld II erhalten haben. Das ist im SGB II die wesentlichere Kategorie.

Hinweis auf Statistikerweiterung

Dazu finden Sie im Statistikteil des SGA Berichts hinfort eine ausführlichere Tabelle zu den besonderen Merkmalen der Langzeitleistungsbezieher in Erlangen.

1.2. Aktuelle Projekte in der Beantragung

ESF Bundesprogramm für Langzeitarbeitslose

(ESF - Europäischer Sozialfond)

Den speziellen Anforderungen bei der Integration von Langzeitarbeitslosen soll nun das neue ESF-Bundesprogramm gerecht werden und als Unterstützung dienen. Im Sinne der Vereinbarung zur gemeinsamen Zusammenarbeit anlässlich des letzten Runden-Tisch-Gesprächs in der Arbeitsagentur Fürth zur Reduktion der Langzeitarbeitslosigkeit arbeitet die GGFA sehr eng mit dem Jobcenter der Stadt Fürth bei der Antragsstellung zusammen. Den gemeinsamen Projektstart haben wir auf den 1. Juni 2015 festgelegt. 35 Integrationen sind für Erlangen in der ersten, zweijährigen Projektlaufzeit geplant. Bei dem schwierigen Klientel ist dies die umsetzbare Zielgröße.

ESF Bundesprogramm für Langzeitarbeitslose

Enge Kooperation mit dem Jobcenter Fürth

35 Integrationen als erstes Ziel

Von Seiten das BMAS sind weitere Programme für Langzeitarbeitslose angekündigt, die sobald aufgelegt, einer sofortigen Relevanz- und Machbarkeitsprüfung unterzogen und in die Antragsstellung überführt werden.

Jugend stärken im Quartier

Dieses erfolgversprechende Projekt ist am 01.01.2015 gestartet (Laufzeit bis 31.12.2018). „Jugend stärken im Quartier“ ist das Nachfolgeprogramm der Kompetenzagentur und stellt eine Erweiterung dar. Anders als bei der Kompetenzagentur, die allein unter der Trägerschaft der GGFA lief, wird dieses Projekt vom Jugendamt der Stadt Erlangen getragen und von der GGFA umgesetzt.

Jugend stärken im Quartier

Jugendamt jetzt als Projektträger

„Jugend stärken im Quartier“ ist nicht nur Name sondern auch Programm: in den „Quartieren“ Bruck, Anger/Rathenau, Büchenbach, Röthelheimpark / Teilgebiet ehemalige housing area sind die lokalen Schwerpunkte der Beratungs- und Case-Management-Arbeit. Angesprochen werden besonders förderbedürftige Jugendliche und junge Erwachsene bis 27 Jahren mit Problemlagen im Übergang Schule - Beruf, mit dem Ziel den Weg in Ausbildung oder Beschäftigung zu schaffen. Das Förderprogramm ist rechtskreisunabhängig für alle Jugendlichen der Zielgruppe offen. Der Anteil der „SGB II-Jugendlichen“ wird bei ca. 50% liegen.

hohes Fördervolumen

Für den Zeitraum bis Ende 2018 stehen insgesamt 816.000 € als Fördersumme zur Verfügung. Der Eigenanteil aus dem Budget der Jugendhilfe der Stadt Erlangen be-

trägt knapp 50%, 408.000 € werden vom Europäischen Sozialfonds zur Verfügung gestellt. Absehbar werden bei dem Programm nicht förderfähige Restkosten stehenbleiben, die vorerst von der GGFA übernommen werden. Hierzu ist das Instrument eines begrenzten Defizitausgleiches durch die Stadt Erlangen wünschenswert, da das Problem nicht förderfähiger Restkosten auch bei anderen Förderprogrammen auftritt.

Zusa – Inklusion in eine gemeinsame Arbeitswelt

Zusa – in der Endphase der Projektbeantragung

Hier ist die GGFA mit der Projektbearbeitungsstelle, dem Deutschen Zentrum für Luft und Raumfahrt (DLR), im ständigen Austausch. Dort werden bereits seit Jahrzehnten auch fachfremde Bundesprogramme betreut. Nachdem der Entscheiderbeirat seine Zustimmung gegeben hat, wird nun der Finanzierungsplan geprüft. Alle projektbeteiligten Träger hoffen, dass wir zügig das „Go“ für das Projekt erhalten werden.

Programme aus dem bayerische ESF- Sozialfond

Folgeförderung Bedarfsgemeinschaftscoaching und Kajak

Auch in der neuen Förderperiode des bayerischen ESF (Programmlaufzeit bis zum Jahr 2020) entsprechen die beiden bereits bisher geförderten Projekte **Bedarfsgemeinschaftscoaching** und **Kajak** (ein Angebot für Alleinerziehende) den Richtlinien. Selbstverständlich werden hierzu Förderanträge im Frühjahr gestellt.

1.3. Zielvereinbarung 2015 mit dem Land Bayern SGB II §48a

Zielvereinbarung nach § 48a SGB II

Jährlich müssen nach SGB II § 48a die Jobcenter eine Zielvereinbarung mit ihrer Landesregierung abschließen und hierfür ein Zielangebot einreichen. Das jeweilige Bundesland muss in Folge die Landesziele mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales abstimmen und vereinbaren. Die zu verhandelnden Zielgrößen zu den Zielen zwei und drei beziehen sich hierbei ausschließlich auf den Integrations- und Aktivierungsbereich. Die Zielgrößen zum Ziel 1 aus dem Bereich der Grundsicherungsleistung und der Kosten der Unterkunft (Amt 50) werden lediglich erfasst und beobachtet.
Grundlegende Details zum Zielvereinbarungsprozess finden Sie auf der Webseite des Bundes unter **www.sgb2.info** und Kapitel 7 des Berichts.

Die dem Land angebotenen Zielgrößen wurden in einem Workshop mit allen Leitungskräften aus dem Bereich Aktivierung und Integration incl. des Trägerteils der GGFA entwickelt und stellen somit auch interne Zielmarken der Jobcenterarbeit für das Jahr 2015 dar:

Zielangebote der GGFA

- Für das Ziel 2, die Steigerung der Integrationsquote mit einem Jahresdurchschnittswert von 26,5% wurde eine Steigerung um 1 Prozent angeboten
- Für das Ziel 3, der Reduktion der Langzeitleistungsbezieher wurde aufgrund der schwierigen Zielgruppe eine Reduzierung um 0,22% angeboten.

Bayern akzeptiert Zielangebote

Beide Zielangebote für das Jahr 2015 wurden vom STMAS akzeptiert.

1.4. Umzug des Fallmanagements in die Bogenpassage

Umzug des Fallmanagements in die Bogenpassage

Die Abteilung Fallmanagement des Jobcenters der Stadt Erlangen befindet sich ab Montag, 09.02.2015 in neuen Räumen im 1. Stock der Bogenpassage, Nürnberger Straße 35. Hier ist bereits die Arbeitsvermittlung, das Integrationsmanagement und die Geschäftsführung GGFA beheimatet. Der Umzug wurde durch die räumliche Enge im Rathaus notwendig. Die bisherigen Telefonnummern und Mailadressen bleiben erhalten.
Ein barrierefreier Zugang mit Aufzug befindet sich am Hintereingang in der Nägelsbachstraße.

1.5.„Alleinerziehende“ als nächstes Fokusthema

Alleinerziehende Fokusthema April

Im nächsten SGA Bericht wird die Zielgruppe der Alleinerziehenden näher beleuchtet und die unterstützenden Jobcenterangebote dargestellt.

Dabei ist jetzt schon auf folgenden Termin hinzuweisen:

18.4.15 Aktionstag Alleinerziehende

Aktionstag der Alleinerziehenden am 18.04.2015 im Frankenhof. Der Aktionstag wird vom Erlanger Netzwerk für Alleinerziehende veranstaltet und zielt rechtskreisübergreifend auf alle Alleinerziehenden.

2.Basisdaten

2.1.Basisdaten zu den Leistungsberechtigten im SGB II (im Bestand)

Übersicht über die Entwicklung der SGB II-Bezieher in Erlangen

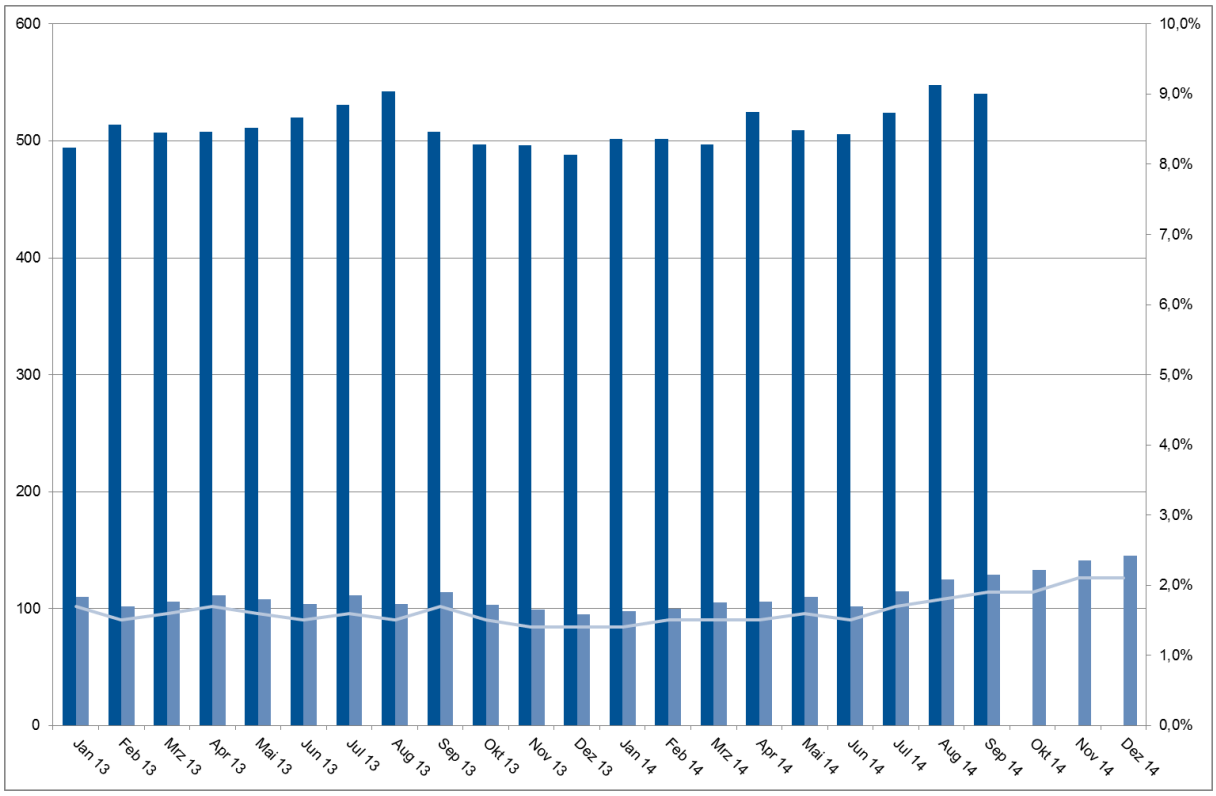
Monat/Jahr		Bedarfs-gemeinschaften	Erwerbsfähige Leistungsberechtigte	Sozialgeld-empfänger	Arbeitslose SGBII	Arbeitslosen-quote SGB II	Hilfequote
Okt	10	2.519	3.304	1.398	1.305	2,2%	5,5%
Okt	11	2.332	3.033	1.273	1.340	2,3%	5,0%
Okt	12	2.292	2.906	1.287	1.449	2,4%	4,9%
Okt	13	2.385	3.039	1.449	1.439	2,4%	5,2%
Okt	**14**	**2.363**	**3.080**	**1.454**	**1.559**	**2,6%**	**5,3%**
Nov	10	2.497	3.291	1.433	1.302	2,2%	5,5%
Nov	11	2.279	2.977	1.263	1.326	2,3%	5,0%
Nov	12	2.301	2.928	1.343	1.452	2,4%	5,0%
Nov	13	2.392	3.048	1.469	1.455	2,4%	5,2%
Nov	**14**	**2.365**	**3.080**	**1.466**	**1.551**	**2,5%**	**5,3%**
Dez	10	2.478	3.263	1.412	1.337	2,3%	5,5%
Dez	11	2.273	2.975	1.260	1.296	2,2%	4,9%
Dez	12	2.332	2.979	1.348	1.450	2,4%	5,0%
Dez	13	2.387	3.042	1.460	1.455	2,4%	5,2%
Dez	**14**	**2.362**	**3.063**	**1.484**	**1.566**	**2,6%**	**5,3%**

Quelle: Auszug aus Alo_Stadt_ER_5JVergl_10-14, Amt für Statistik Erlangen und Statistik BA.

Die SGB II-Hilfequote ist das Verhältnis der Personen im SGB II-Bezug zu der Wohnbevölkerung unter 65 Jahren. Sie ist ein wichtiger Indikator für die Hilfebedürftigkeit in der Erlanger Bevölkerung.

Zur Erklärung:
Diese Tabelle gibt den zahlenmäßigen Überblick über die Entwicklung der wichtigen Personengruppen im SGB II-Bezug und der dazugehörigen Quoten.
Bedarfsgemeinschaften: Familien, Zusammenlebende, Alleinerziehende, aber auch Alleinlebende. Erwerbsfähige Leistungsberechtigte: dem Grunde nach dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehend (Voraussetzung min. 3 Std. tägliche Erwerbsfähigkeit).
Sozialgeldempfänger: in der Regel Kinder unter 15 Jahren oder vorübergehend nicht Erwerbsfähige.

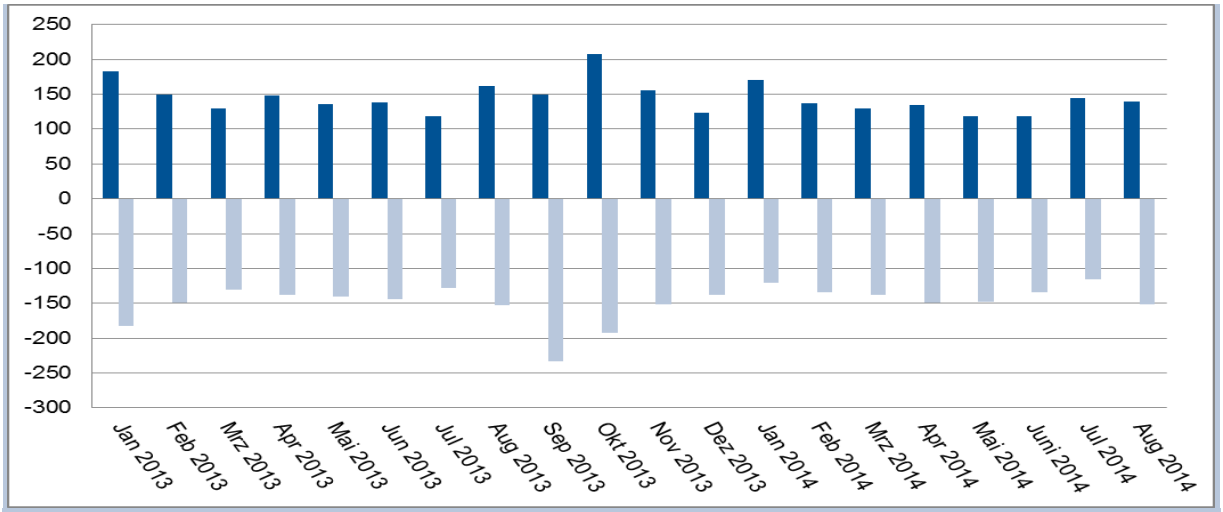
2.2. Entwicklung der Jugendlichen eLB und der Jugendarbeitslosenquote



Erklärung des Anstiegs der Jugendarbeitslosenquote ab Juli 2014:
Der ab Juli 2014 zu verzeichnende Anstieg der Jugendarbeitslosenquote bildet erkannte Strukturprobleme innerhalb der Jobcenterprozesse ab, an deren veränderbaren Stellschrauben gearbeitet wird. Andererseits bedeutet der Anstieg nicht unbedingt eine Verschlechterung der Betreuungsangebote. Beispielsweise löscht eine intensive Betreuung durch das Fallmanagement nicht den Status „arbeitslos", während die Teilnahme an einer Jugendmaßnahme den Status „arbeitslos" löscht. Die Intensivierung des Controllings zur Verbesserung der Datenqualität seit Juni 2014 spielt eine weitere Rolle bei der Steigerung der Jugendarbeitslosenquote.

- *eLB unter 25 Jahre*
- *davon Arbeitslose SGB II unter 25 Jahre*
- *Jugendarbeitslosenquote SGB II Erlangen*

2.3. Zu- und Abgänge aus dem Leistungsbezug



Der Überhang zwischen Zugängen und Abgängen beträgt über die Zeit von Januar 2013 bis Juli 2014 eine Minderung von 18 erwerbsfähigen Leistungsbeziehern (eLB).

- *Zugänge eLB*
- *Abgänge eLB*

3.Integrationen

3.1.Gesamtdarstellung der Integrationen

Eingliederungsstatistik Januar 2014 bis Dezember 2014

Gesamt	Mann	Frau	Ausländer/in	Eingliederungsstatistik unter 25-Jährige	Min	TZ	VZ	Exi	Aus
157	70	87	44	**Summe Eingliederungen**	35	19	33	2	68
15%	7%	8%	4%	Anteil aller Eingliederungen von 15 bis 65	3%	2%	3%	0%	6%
Gesamt	**Mann**	**Frau**	**Ausländer/in**	**Eingliederungsstatistik 25 bis 49-Jährige**	**Min**	**TZ**	**VZ**	**Exi**	**Aus**
727	406	321	249	**Summe Eingliederungen**	181	229	286	11	20
68%	38%	30%	23%	Anteil aller Eingliederungen von 15 bis 65	17%	21%	27%	1%	2%
Gesamt	**Mann**	**Frau**	**Ausländer/in**	**Eingliederungsstatistik über 49-Jährige**	**Min**	**TZ**	**VZ**	**Exi**	**Aus**
183	117	66	64	**Summe Eingliederungen**	61	49	66	7	0
17%	11%	6%	6%	Anteil aller Eingliederungen von 15 bis 65	6%	5%	6%	1%	0%
Gesamt	**Mann**	**Frau**	**Ausländer/in**	**Eingliederungsstatistik alle**	**Min**	**TZ**	**VZ**	**Exi**	**Aus**
1067	593	474	357	**Summe Eingliederungen**	277	297	385	20	88
100%	56%	44%	33%	Anteil aller Eingliederungen von 15 bis 65	26%	28%	36%	2%	8%

Quelle: Datenlieferung an BA-Statistik
Ausländer = ohne deutschen Pass
(statistischer Ausweis ab 2014)

Min *Minijob* **Exi** *Existenz-*
TZ *Teilzeit* *gründer*
VZ *Vollzeit* **Aus** *Auszubildende*

Eingliederungsstatistik Vorjahresvergleiche (Volljahre)

Eingliederungen 2013 kumulierte Summe alle Altersgruppen

Gesamt	Mann	Frau	Mig	Eingliederungsstatistik alle	Min	TZ	VZ	Exi	Aus
1044	573	471	433	**Summe Eingliederungen**	237	257	412	33	105
100%	55%	45%	41%		23%	25%	39%	3%	10%

Eingliederungen 2012 kumulierte Summe alle Altersgruppen

Gesamt	Mann	Frau	Mig	Eingliederungsstatistik alle	Min	TZ	VZ	Exi	Aus
1008	495	513	498	**Summe Eingliederungen**	197	291	402	29	89
100%	49%	51%	49%		20%	29%	40%	3%	9%

Mig *Migrationshintergrund*
(statistischer Ausweis bis 2013)

3.2.Integrationen nach Branchen

Integrationen nach Branchen (ohne Ausbildung)

Branchen	Erwerbstätigkeit			Gesamtergebnis	
	soz.vers.-pflichtig	gering-fügig	selbst./ mithelf. Fam.ang.		
Architektur- und Ingenieurbüros	2			2	0,2%
Beherbergung	7	2	1	10	1,0%
Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	77	56	1	134	14,0%
Energieversorgung	4			4	0,4%
Erbringung von Dienstleist. der Informationstechnologie	11	1		12	1,3%
Erbringung von Finanzdienstleistungen	1			1	0,1%
Erbringung von sonst. überw. pers. Dienstleistungen	14	3	2	19	2,0%
Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen	27	16	1	44	4,6%
Erziehung und Unterricht	13	5	7	25	2,6%
Gastronomie	48	55	4	107	11,1%
Gebäudebetreuung; Garten- und Landschaftsbau	97	34	1	132	13,8%
Gesundheitswesen	28	6		34	3,5%
Großhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	4			4	0,4%
Handel mit Kraftfahrzeugen; Instandhaltung und Reparatur	8	6		14	1,5%
Heime (ohne Erholungs- und Ferienheime)	16	5		21	2,2%
Herstellung von elektrischen Ausrüstungen	1	1		2	0,2%
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	1			1	0,1%
Herstellung von Metallerzeugnissen	7	1		8	0,8%
Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln	7	3		10	1,0%
Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen	1			1	0,1%
Herstellung von sonstigen Waren	4			4	0,4%
Interessenvertretungen sowie kirchliche und sonstige religiöse	1	1		2	0,2%
Lagerei/ Erbringung von sonst. Dienstleist. für den Verkehr	8	4		12	1,3%
Landverkehr und Transport in Rohrfernleitungen	11	9		20	2,1%
Landwirtschaft, Jagd und damit verbundene Tätigkeiten	1			1	0,1%
mit Finanz- und Versicherungsdienstleist. verb. Tätigkeiten	3			3	0,3%
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	13	3	1	17	1,8%
Post-, Kurier- und Expressdienste	6	3	1	10	1,0%
Private Haushalte mit Hauspersonal	5	20		25	2,6%
Rechts- und Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung	1			1	0,1%
Tätigkeiten	4	1		5	0,5%
Sozialwesen (ohne Heime)	15	7		22	2,3%
Spiel-, Wett- und Lotteriewesen	1			1	0,1%
Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften	185	10		195	20,3%
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Bauinstallation	4	3		7	0,7%
Wach- und Sicherheitsdienste sowie Detekteien	15			15	1,6%
Informationsdienstleistungen	2	2		4	0,4%
Grundstücks- und Wohnungswesen	1	1		2	0,2%
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	2			2	0,2%
Metallerzeugung und -bearbeitung	2	1		3	0,3%
Werbung und Marktforschung	3		1	4	0,4%
Vermietung von beweglichen Sachen	2			2	0,2%
Verlagswesen	1			1	0,1%
Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen	1			1	0,1%
Forschung und Entwicklung	2			2	0,2%
Herstellung von Textilien	1	1		2	0,2%
Tiefbau	2	1		3	0,3%
Maschinenbau	2			2	0,2%
Herstellung von Möbeln		1		1	0,1%
Hochbau	1			1	0,1%
Erbringg. v. Dienstleist. des Sports, der Unterhaltung/ Erholg.		3		3	0,3%
Verwaltung/ Führung von Unternehmen; U.-beratung	1			1	0,1%
Herstellung von Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren	1			1	0,1%
Gesamtergebnis	675	265	20	960	100,0%

Die Differenz zu den Gesamtzahlen resultiert aus nachzutragenden Eingaben.

Hinweis: *Der Anteil der Integration in Zeitarbeit beträgt 20,3 %.*

Durch die Tarifverträge in der Zeitarbeit wird der Mindestlohn eingehalten.

3.3.Integrationen nach Berufen

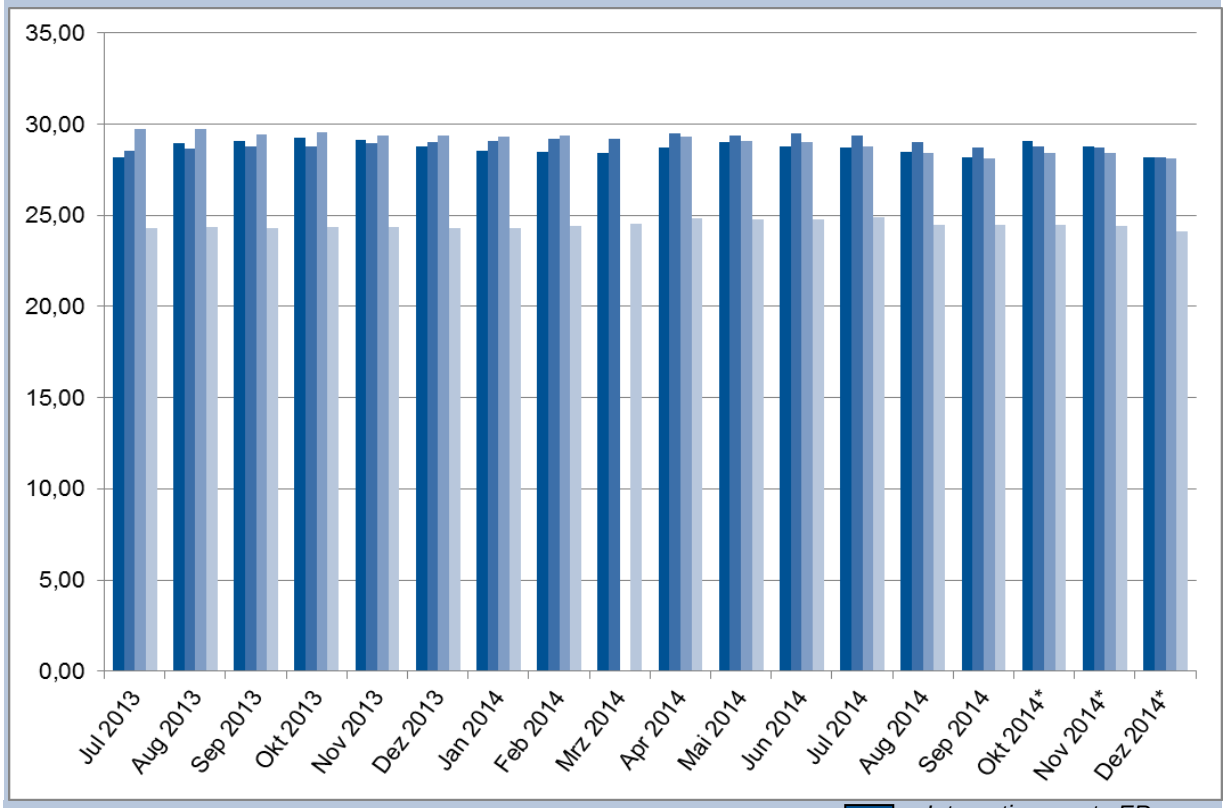
Integrationen nach Berufen (ohne Ausbildung)

Tätigkeiten	Erwerbstätigkeit sozialversicher-ungspflichtig	Erwerbstätigkeit geringfügig	Erwerbstätigkeit selbständig/ mithelfende Familienangehörige	Gesamtergebnis	
(Innen-)Ausbauberufe	6	5		**11**	**1,1%**
Berufe in Finanzdienstleistungen, Rechnungswesen und Steuerberatung	4			**4**	**0,4%**
Berufe in Recht und Verwaltung	12	1		**13**	**1,3%**
Berufe in Unternehmensführung und -organisation	26	8		**34**	**3,5%**
Einkaufs-, Vertriebs- und Handelsberufe	21			**21**	**2,2%**
Erziehung, soziale und hauswirtschaftliche Berufe, Theologie	31	24	1	**56**	**5,8%**
Führer/innen von Fahrzeug- und Transportgeräten	28	13		**41**	**4,2%**
Gartenbauberufe und Floristik	7	1	1	**9**	**0,9%**
Gebäude- und versorgungstechnische Berufe	16	7	1	**24**	**2,5%**
Informatik-, Informations- und Kommunikationstechnologieberufe	14			**14**	**1,4%**
Kunststoffherstellung und -verarbeitung, Holzbe- und -verarbeitung	17	2		**19**	**2,0%**
Lebensmittelherstellung und -verarbeitung	53	24		**77**	**8,0%**
Lehrende und ausbildende Berufe	7	4	8	**19**	**2,0%**
Maschinen- und Fahrzeugtechnikberufe	18	6		**24**	**2,5%**
Mathematik-, Biologie-, Chemie- und Physikberufe	3			**3**	**0,3%**
Mechatronik-, Energie- und Elektroberufe	8	1		**9**	**0,9%**
Medizinische Gesundheitsberufe	21	2		**23**	**2,4%**
Metallerzeugung und -bearbeitung, Metallbauberufe	75	8		**83**	**8,6%**
Nichtmedizinische Gesundheits-, Körperpflege- und Wellnessberufe, Medizintechnik	21	5	1	**27**	**2,8%**
Reinigungsberufe	103	59		**162**	**16,7%**
Schutz-, Sicherheits- und Überwachungsberufe	15	2		**17**	**1,8%**
Technische Forschungs-, Entwicklungs-, Konstruktions- und Produktionssteuerungsberufe	2			**2**	**0,2%**
Tourismus-, Hotel- und Gaststättenberufe	29	29	4	**62**	**6,4%**
Verkaufsberufe	63	47	2	**112**	**11,6%**
Verkehrs- und Logistikberufe (außer Fahrzeugführung)	45	18	1	**64**	**6,6%**
Medienberufe	18	1		**19**	**2,0%**
Papier- und Druckberufe, technische Mediengestaltung	5	1		**6**	**0,6%**
Rohstoffgewinnung und -aufbereitung, Glas- und Keramikherstellung und -verarbeitung	1			**1**	**0,1%**
Textil- und Lederberufe	1	1		**2**	**0,2%**
Hoch- und Tiefbauberufe	5	2		**7**	**0,7%**
Sprach-, literatur-, geistes-, gesellschafts- und wirtschaftswissenschaftliche Berufe	2		1	**3**	**0,3%**
Gesamtergebnis	**677**	**271**	**20**	**968**	**100,0%**

Die Differenz zu den Gesamtzahlen ist durch noch nachzutragende Eingaben begründet.

3.4.Kennzahlen K2 – Integration und Nachhaltigkeit

Entwicklung der Integrationsquote

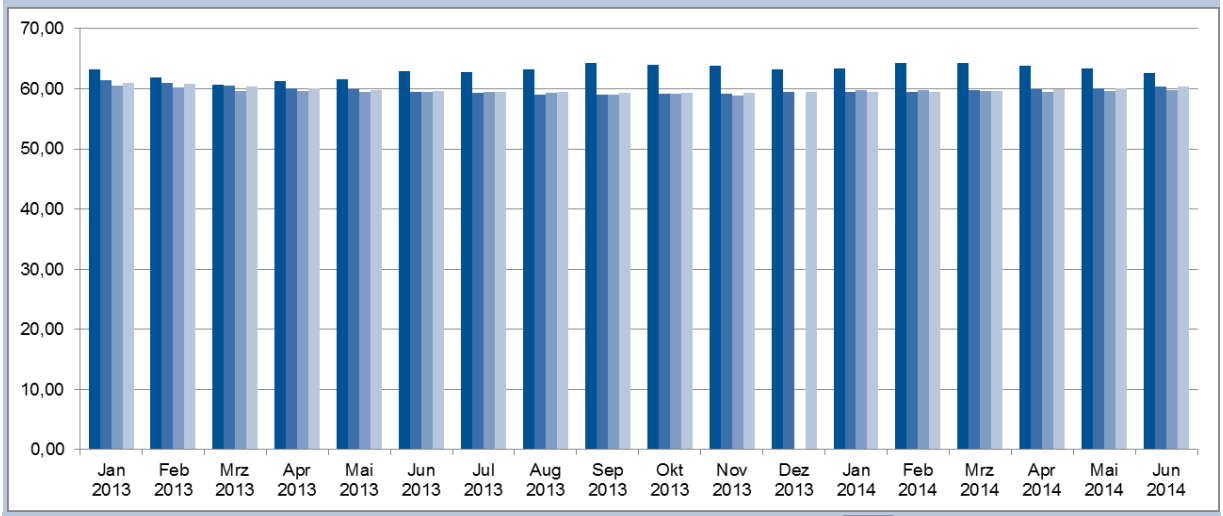


Die Kennzahl K2 misst die Integrationen in den vergangenen zwölf Monaten im Verhältnis zum durchschnittlichen Bestand an erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in diesem Zeitraum.

- *Integrationsquote ER*
- *Integrationsquote ø SGBII-Typ Id*
- *Integrationsquote ø Bay. Großstädte*
- *Integrationsquote ø Bund*

**) vorläufige Zahlen*

Entwicklung der Nachhaltigkeitsquote



Die Nachhaltigkeitsquote K2E3 (Ergänzungsgröße) misst den Anteil der nachhaltigen Integrationen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung der vergangenen zwölf Monate an allen Integrationen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen in diesem Zeitraum.

- *Nachhaltigkeitsquote ER*
- *Nachhaltigkeitsquote ø SGBII-Typ Id*
- *Nachhaltigkeitsquote ø Bay. Großstädte*
- *Nachhaltigkeitsquote Bund*

4.Maßnahmen

4.1.Integrationsinstrumente und Mitteleinsatz - Januar bis Dezember 2014

Zielgruppe: Alle Neukunden und Kunden mit Integrationspotential							
Instrumente	Kapazität und Auslastung		Durchführung	Eingesetzte Mittel			
Werkakademie als Eingangsprozess mit	Anzahl Plätze	Anzahl Teilnehmer		EGT	50up	Dritte	
Bewerbungszentrum (BWZ)	nach Bedarf	2525	GGFA	120.353 €			
Projekt Arbeitssuche (PAS)	24	153	GGFA	141.771 €			
Fakt	10	9	GGFA	15.576 €			
Zielgruppe: Jugendliche (U25)							
Instrumente	Kapazität und Auslastung		Durchführung	Eingesetzte Mittel			
	Anzahl Plätze	Anzahl Teilnehmer		EGT	50up	Dritte	
Jugend in Ausbildung	60-80	117	GGFA				
Last Minute - Nachvermittlung (nur August/September)	15	6	GGFA	10.146 €			
Ausbildung zum Holzfachwerker - Juwe Eltersdorf / externe abH	4	4	Diakonie/DAA	38.488 €			
Ausbildung zur Fachkraft Küchen-, Möbel- und Umzugshelfer	3	4	GGFA	5.486 €			
Einstiegsqualifizierung (EQ)	4	9	div. Arbeitgeber	5.920 €			
Azubi-Betreuung	4	2	GGFA	10.997 €			
Transit	15	81	GGFA	101.532 €			
Hauptschulabschluss	10	61	GGFA			64.439 €	Stadt Erlangen
Cleo	10	21	GGFA	39.452 €			
offene Ganztagsschule / Eichendorffschule	80	80	GGFA			111.391 €	Regierung Mfr.
Kompetenzagentur	80	166	GGFA			141.651 €	BMFSFJ/JA
Zielgruppe: Alleinerziehende und Bedarfsgemeinschaften							
Instrumente	Kapazität und Auslastung		Durchführung	Eingesetzte Mittel			
	Anzahl Plätze	Anzahl Teilnehmer		VWT	50up	Dritte	
Kajak	40	56	GGFA	52.064 €		52.064 €	ESF Bayern
Bedarfsgemeinschaftscoaching	40	77	GGFA	55.663 €		55.663 €	ESF Bayern
Zielgruppe: Ältere / ab 50-jährige							
Instrumente	Kapazität und Auslastung		Durchführung	Eingesetzte Mittel			
	Anzahl Plätze	Anzahl Teilnehmer		EGT	50up	Dritte	
Bewerbungszentrum 50plus (BWZ)	nach Bedarf	1012	GGFA		19.655 €		
Mini- / Midijob - Coaching	15	38	GGFA		27.513 €		
Kreativ- und Profilwerkstatt	28	23	GGFA		92.086 €		
Impuls C (Jobcafe, Aktivwochen, Einzelcoaching)	120	183	GGFA		157.173 €		
Zielgruppe: Menschen mit Behinderung oder psychischer Beeinträchtigung							
Instrumente	Kapazität und Auslastung		Durchführung	Eingesetzte Mittel			
	Anzahl Plätze	Anzahl Teilnehmer		EGT	50up	Dritte	
JobAccess	6	10	Access	16.437 €		k.A.	ESF Bayern
Jobclearing	14	17	Access	21.000 €			
Aktivierungsgutschein (ISA, IFD,etc)	nach Bedarf	6	BFW Nbg	12.062 €	6.193 €		
Zielgruppe: Migrantinnen und Migranten							
Instrumente	Kapazität und Auslastung		Durchführung	Eingesetzte Mittel			
	Anzahl Plätze	Anzahl Teilnehmer		EGT	50up	Dritte	
MigraJob	nach Bedarf	137	GGFA			40.515 €	BMAS/BMBF/ BA
Zielgruppe: arbeitsmarktferne Langzeitleistungsbeziehende							
Instrumente	Kapazität und Auslastung		Durchführung	Eingesetzte Mittel			
	Anzahl Plätze	Anzahl Teilnehmer		EGT	50up	Dritte	
AGH intern Fund- und Bahnhofsfahrräder (Bike)/ Sozialkaufhaus	18	64	GGFA	58.716 €	34.485 €		
AGH extern	10	23	GGFA	4.938 €	2.095 €		
Betrieblicher Sozialdienst	28	64	GGFA	32.652 €	16.759 €		
Zielgruppe: Alle Kunden							
Instrumente	Kapazität und Auslastung		Durchführung	Eingesetzte Mittel			
	Anzahl Plätze	Anzahl Teilnehmer		EGT	50up	Dritte	
Vermittlungsbudget	nach Bedarf	k. A. möglich		86.481 €	18.359 €		
Eingliederungszuschuss	nach Bedarf	23		44.564 €	36.968 €		
Einstiegsgeld	nach Bedarf	35		14.912 €	977 €		
Berufliche Anpassungsqualifizierungen	nach Bedarf	240	Div. Bildungsträger	79.639 €	8.803 €		
Reha - Maßnahmen	nach Bedarf	11	Div. Bildungsträger	101.995 €			
Eignungsdiagnostik	nach Bedarf	182	Arzt/Psychologe	17.042 €	2.508 €		

Stand: 31.12.2014 (vorläufig)

Die Anzahl der Teilnehmer pro Platz ist abhängig von der Maßnahmendauer und den Wiederbesetzungen nach Vermittlungen und Maßnahmenabbrüchen.

Verdopplung der Integrationsmittel:

Trotz der mehr als 50 %-igen Senkung der Eingliederungsmittel bei einer Reduzierung der SGB II eLB (erwerbsfähigen Leistungsbezieher) in den letzten fünf Jahren um nur 13 % wird ein zwar reduziertes aber noch breit aufgestelltes Instrumentenangebot angeboten. Das ist möglich durch die Verdoppelung der Bundesmittel aus dem Bundesprogramm 50plus, kommunalen Aufwandszuschüssen, ESF-Mitteln und Eigenerwirtschaftung.

4.2. Beschäftigungsfelder aktuell besetzter Arbeitsgelegenheiten

Übersicht der Arbeitsgelegenheiten

Aktuell besetzte Arbeitsgelegenheiten in Erlangen (Stand: 31.12.2014)			
Nr.	**Einsatzstelle**	**Tätigkeitsfeld**	**Teilnehmer**
1	Freie Wohlfahrtspflege	Helfertätigkeiten, Aushilfsfahrer, etc.	5
2	Gemeinnützige Vereine	handwerkliche Hilfstätigkeiten, Unterstützung bei der Tierversorgung, etc.	0
3	Stadt Erlangen*)	Hausmeisterhilfstätigkeiten, Bürohilfstätigkeiten, Unterstützung bei Evaluation v. Nistplätzen, etc.	1
4	Staatliche Schulen	Bibliotheks- /Bürohilfsarbeiten	1
5	Kirchliche Einrichtungen	Hausmeisterhilfstätigkeiten, Aushilfstätigkeiten, etc.	2
6	GGFA AöR, Sozialkaufhaus	Helfertätigkeiten	5
7	GGFA AöR BaFa (Bahnhofsfahrräder)	Beschäftigung mit Qualifizierungsanteilen im Bereich handwerklicher Anlerntätigkeiten (u.a. Fahrradrecycling)	12
		Gesamt	**26**

**) Alle in der Verwaltung der Stadt Erlangen angebotenen Arbeitsgelegenheiten wurden vorab vom Personalrat der Stadt Erlangen geprüft und genehmigt.*

5. Finanzen – aktueller Budgetstand der Eingliederungsmittel

Aktueller Budgetstand der in der GGFA eingesetzten Bundesmittel zum 30.09.14

	Budget	**Budget/Monat**	**IST - Ausgaben bisher**	**Abweichung bis Abrechnungs-monat**	**Voraussichtliche Ausgaben bis Jahresende**	**Abweichung [€]**	**Abweichung [%]**
EGT	1.049.259 €	87.438 €	979.304 €	69.955 €	21.000 €	48.955 €	5%
VWT	2.118.971 €	165.545 €	2.101.194 €	17.778 €	- €	17.778 €	1%
Fifty up	878.925 €	73.244 €	878.925 €	- €	- €	0 €	0%

Stand: 31.12.2014 (vorläufig, vor Schlussabrechnung)

inkl. Mittelzufluss durch Übertrag nicht verbrauchter Bundesmittel aus dem Jahr 2013 im August 2014

Ende August 2014 weist die Budgetbilanz einen Bestand von ca. 43 T€ noch nicht verplanter Eingliederungsmittel aus.
Die zusätzlichen freien Mittel ergeben sich größtenteils aus nicht benötigten zurückübertragenen Umschichtungsmitteln des Amtes 50. Diese resultieren aus dringend benötigten, aber noch nicht besetzten Stellen.
In den laufenden Controllingsitzungen des Jobcenters werden die Mittel noch nicht berücksichtigten Bedarfen zugeordnet. Das Planziel ist die komplette Verausgabung der Bundesmittel.
Aufgrund der nur noch kurzen Reaktionszeit zum Schluss des Kalenderjahres, ist eine vollständige Verausgabung der Bundesmittel sehr ambitioniert.

EGT	*Eingliederungstitel*
VWT	*Verwaltungstitel*
Fifty up	*Bundesprogramm „Perspektive 50+“*

6. ALG II – Langzeitleistungsbezieher

6.1. Struktur der Langzeitleistungsbezieher ALG II

Berichtsmonat: August 2014

Merkmale	August 2014	Juli 2014	August 2013	Anteilswerte in % (aktueller BM) LZB	Anteilswerte in % (aktueller BM) eLb 17 Jahre und älter ohne LZB
Bestand an erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (eLb)	3.127	3129	3095	58,8	36,9
darunter					
Bestand an eLb im Alter von 17 Jahren und älter ohne LZB	1.154	1163	1149	x	100,0
Bestand an Langzeitleistungsbeziehern (LZB)	1.840	1837	1839	100,0	x
davon nach Geschlecht:					
männlich	812	819	822	44,1	51,6
weiblich	1.028	1018	1017	55,9	48,4
davon nach Altersgruppen					
17 bis unter 25 Jahre	200	191	205	10,9	18,6
25 bis unter 35 Jahre	359	360	337	19,5	35,0
35 bis unter 50 Jahre	655	656	666	35,6	30,5
50 Jahre und älter	626	630	631	34,0	15,9
darunter Ausländer	500	504	488	27,2	31,3
darunter Alleinerziehende[1)]	367	361	366	19,9	14,7
darunter nach Typ der Bedarfsgemeinschaft (BG)					
Single-BG	753	766	823	40,9	43,1
Alleinerziehenden-BG	424	414	417	23,0	16,6
Partner-BG ohne Kinder	190	185	162	10,3	9,7
Partner-BG mit Kinder	402	406	392	21,8	26,8
darunter					
arbeitsuchend[2)]	1.370	1344	1325	74,5	65,9
darunter					
arbeitslos	1.042	1020	978	56,6	50,5
davon nach Schulabschluss					
Kein Hauptschulabschluss	322	323	324	17,5	11,5
Hauptschulabschluss	654	626	628	35,5	30,2
Mittlere Reife	203	199	184	11,0	6,9
Fachhochschulreife	19	19	17	1,0	2,9
Abitur/Hochschulreife	141	148	143	7,7	12,5
Keine Angabe/Keine Zuordnung möglich	31	29	29	1,7	1,8
davon nach Berufsabschluss					
Ohne abgeschlossene Berufsausbildung	841	832	811	45,7	39,2
Betriebliche oder schulische Ausbildung	445	428	435	24,2	20,6
Akademische Ausbildung	58	58	55	3,2	5,3
Keine Angaben/Keine Zuordnung möglich	26	26	24	1,4	0,8
darunter: Schwerbehinderte	229	231	193	12,4	4,3

1) Alleinerziehende sind Elternteile, die ohne Partner mit mindestens einem minderjährigen ledigen Kind in einer Bedarfsgemeinschaft zusammenleben. Die Zahl der alleinerziehenden Personen kann von der Zahl der Alleinerziehenden-BG abweichen, wenn der Elternteil vom Leistungsbezug ausgeschlossen oder nicht erwerbsfähig ist.

2) Aufgrund eines technischen Verarbeitungsfehlers liegen für einzelne Jobcenter und Berichtsmonate bei den Merkmalen Schul- und Berufsabschluss keine plausiblen Ergebnisse vor. Die Gebietseinheit JC Erlangen, Stadt ist hiervon im Berichtszeitraum Oktober bis Dezember 2012 betroffen.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Bestand an Langzeitleistungsbeziehern und erwerbsfähigen Leistungsberechtigten nach ausgewählten Merkmalen, Nürnberg, Januar 2015.

6.2.Struktur des Langzeitleistungsbezuges ALG II nach Dauer u. Alter

Alters-gruppen	Insgesamt	davon AL	Davon (Anzahl der Monate im SGB II-Bezug) 21 - 23 Monate	davon AL	24 - 35 Monate	davon AL	36 - 47 Monate	davon AL	48 - 59 Monate	davon AL	60 Monate und mehr	davon AL
17 bis unter 25-Jährige	176	33	6	0	19	3	16	5	16	4	119	21
25 bis 49-Jährige	1014	544	18	6	86	42	90	42	97	49	723	405
50-Jährige und älter	626	433	3	2	32	19	26	20	40	28	525	364
Gesamt	**1.816**	**1.010**	**27**	**8**	**137**	**64**	**132**	**67**	**153**	**81**	**1.367**	**790**

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarkt in Zahlen, Langzeitleistungsbezieher (LZB) nach ausgewählten Merkmalen, Nürnberg, Juni 2014 (Noch keine aktuelleren Zahlen vorhanden)

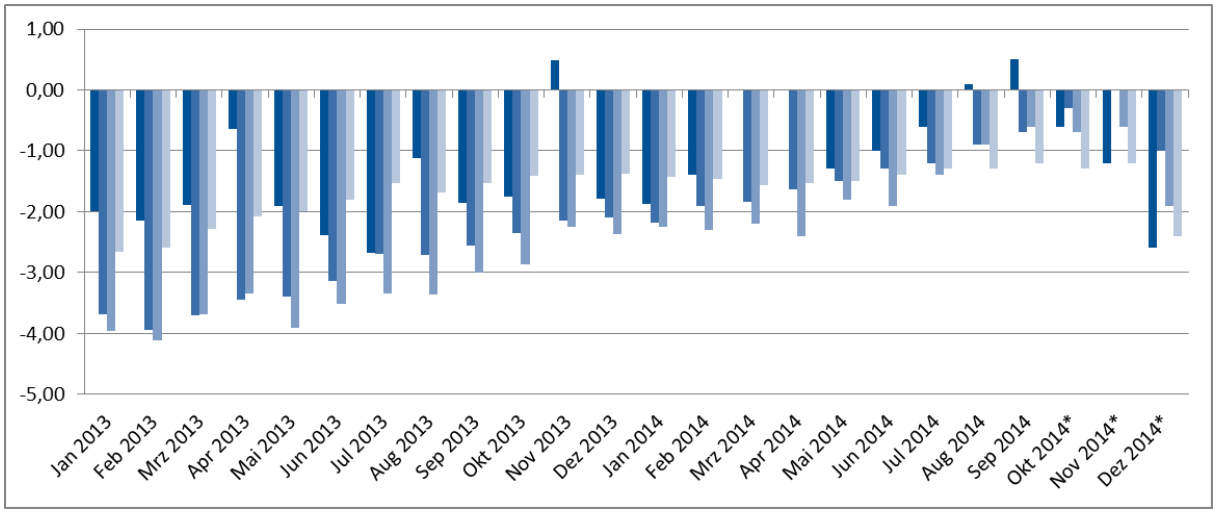
Die Tabelle zeigt die Langzeitleistungsbezieher von ALG II nach Alter und Anzahl der Bezugsmonate. Ebenfalls dargestellt ist, wie viele Langzeitleistungsbezieher im Juni 2014 arbeitslos waren. Diese stellen nur eine Teilgruppe dar. Nicht arbeitslos sind beispielsweise Transferleistungsbezieher, die ergänzenden Einkommen haben wie sie unter 6.2 ausführlich beschrieben werden. Andere Gründe für die Nichtarbeitslosigkeit sind die Teilnahme an Aktivierungsmaßnahmen, die Erziehung eines Kindes unter 3 Jahren oder der Schulbesuch.

6.3.Struktur des Langzeitleistungsbezuges nach Erwerbsstatus

Merkmale	Insgesamt		Davon 21 - 23 Monate		24 - 35 Monate		36 - 47 Monate		48 - 59 Monate		60 Monate und mehr	
Langzeitleistungsbezieher (LZB) Insgesamt	1.816	100%	27	1%	137	8%	132	7%	153	8%	1.367	75%
dar. erwerbstätige Alg II-Bezieher	578	32%	8	30%	48	35%	36	27%	38	25%	448	33%
dav. abhängig erwerbstätige Alg II-Bezieher	555	31%	8	30%	44	32%	34	26%	36	24%	433	32%
dav. Brutto-Einkommen <= 450 €	262	14%	4	15%	25	18%	11	8%	17	11%	205	15%
Brutto-Einkommen > 450 bis <=850 €	130	7%	1	4%	8	6%	6	5%	7	5%	108	8%
Brutto-Einkommen > 850 €	163	9%	3	11%	11	8%	17	13%	12	8%	120	9%
selbständig erwerbstätige Alg II-Bezieher	26	1%			4	3%	2	2%	4	3%	16	1%

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarkt in Zahlen, Langzeitleistungsbezieher (LZB) nach ausgewählten Merkmalen, Nürnberg, April 2014 (Noch keine aktuelleren Zahlen vorhanden)

6.4.Kennzahl K3 Veränderung der Zahl der Langzeitleistungsbezieher



Die Kennzahl K3 ist wie folgt definiert: Die Anzahl der LZB im Bezugsmonat wird ins Verhältnis zu den LZB im Vorjahresmonat gesetzt.

LZLB ER
LZLB ø SGBII-Typ Id
LZLB ø Bay. Großstädte
LZLB ø Bund
**) vorläufige Zahlen*

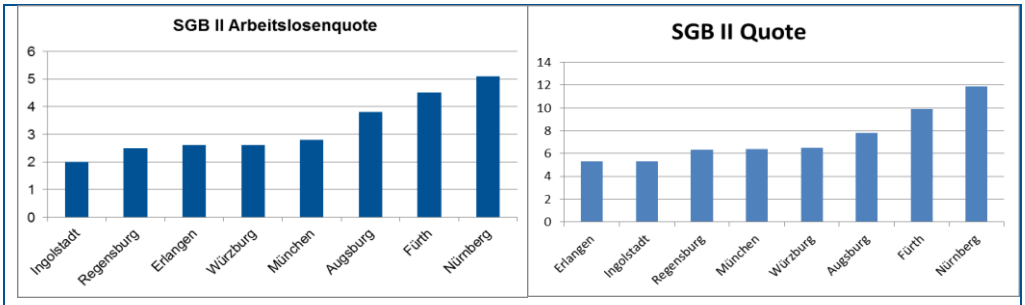
7.Der Leistungsvergleich der Jobcenter nach § 48a

Jobcenter Leistungsvergleiche

Mit dem § 48a SGB II wird der Vergleich der Leistungsfähigkeit der Jobcenter auf der Grundlage der Kennzahlen nach § 51b SGB II gesetzlich vorgegeben. Dazu werden die Jobcenter strukturähnlichen Vergleichstypen zugeordnet, in deren Rahmen der Leistungsvergleich stattfindet. Seit Januar 2014 ist Erlangen dem Vergleichstyp Id zugeordnet, der nahezu ausschließlich aus wirtschaftsstarken Landkreisen aus Baden Württemberg zusammengesetzt ist.

SGB II Vergleichsgruppe nicht als Maßstab geeignet

In den statistischen Darstellungen des Jobcenters wird deshalb ergänzend Bezug auf die Kennzahlen der Bayerischen Großstädte genommen. Die SGB II-Kennzahlen bilden ausschließlich dynamische Veränderungen ab. Zur Bewertung der Gesamtergebnisse eines Jobcenters ist deswegen der aktuelle Stand der SGB II-Arbeitslosenquote und der SGB II-Quote als Bezugswert des Niveaus, auf dem die Veränderungen stattfinden, heranzuziehen. Die SGB II Quote stellt den Anteil der Empfänger/-innen von Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe dar.



Stand: Dezember 2014

Rang drei bei der SGB II Arbeitslosenquote

Rang eins neben Ingolstadt bei der SGB II Quote

Bei der Arbeitslosenquote belegt Erlangen wieder mit Würzburg Rang drei.

Weiterhin behauptet sich Erlangen mit Ingolstadt wieder auf Platz eins bei der SGB II Quote.

Der Leistungsvergleich besteht aus den drei Kennzahlen K1 bis K3 mit zugeordneten Hilfsgrößen und bildet die Bezugsgrundlage für die jährliche Zielvereinbarung des Jobcenters mit dem Land:

Kennzahlen K1 bis K3

- **K1** **Veränderung der Summe der Leistungen zum Lebensunterhalt** (ohne Kosten der Unterkunft)
- **K2** **Integrationsquote**
- **K3** **Veränderung des Bestandes an Langzeitleistungsbezieher**

*Details sind unter der Webseite des Bundes unter **www.sgb2.info** zu finden.*

8.Verzeichnis der Abkürzungen

abH	ausbildungsbegleitende Hilfen
AGH	Arbeitsgelegenheiten
AMF	Arbeitsmarktfonds
AZ	Arbeitszeit
BAE	Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen
BgA	Betrieb der gewerblichen Art
BG-Coaching	Coaching von Bedarfsgemeinschaften
BMAS	Bundesministerium Arbeit und Soziales
BSD	Betrieblicher Sozialdienst
BWZ	Bewerbungszentrum
EGT	Eingliederungstitel
EGZ	Eingliederungszuschuss
eLB	Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
EQ	Einstiegsqualifizierung
ESF	Europäischer Sozialfonds
FBW	Förderung der beruflichen Weiterbildung
FK	Fahrtkosten
FM	Fallmanagement
GuV	Gewinn- und Verlustrechnung
KdU	Kosten der Unterkunft
KFA	Kommunaler Finanzierungsanteil
LfU	Leistung für Unterkunft
MA	Mitarbeiter
MAE	Mehraufwandsentschädigung
MB	Mittagsbetreuung
Migrajob	Beratung von Migrant/innen bei der Anerkennung ausländischer Abschlüsse
PAP	Persönlicher Ansprechpartner
PAS	Projekt Arbeitssuche
PAV	Personal- und Arbeitsvermittlung
SIZ	Selbstinformationszentrum
SKH	Sozialkaufhaus
STMAS	Bay. Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung
TN	Teilnehmer/in
TZ	Beschäftigung in Teilzeit
u25	unter 25-Jährige
VWT	Verwaltungstitel
VZ	Beschäftigung in Vollzeit

Ö 7.3

Mitteilung zur Kenntnis

Geschäftszeichen:	Verantwortliche/r:	Vorlagennummer:
III/32-3	Ordnungs- und Straßenverkehrsamt	**323/001/2015**

Vorschläge und Anregungen der Markthändler des Wochenmarkts

Beratungsfolge	Termin	N/Ö	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	25.02.2015	Ö	Kenntnisnahme	

Beteiligte Dienststellen

I. Kenntnisnahme

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

II. Sachbericht

Am 29. Januar 2015 fand auf Einladung des Oberbürgermeisters Dr. Janik und der Referentin für Recht und Bürgerservice Marlene Wüstner im Palais Stutterheim ein Gespräch mit Markthändlern des Wochenmarkts statt.

Von den 23 anwesenden Markthändlerinnen und Markthändlern wurden Wünsche und Anregungen vorgestellt. Im Wesentlichen sind dies:

- Einrichten von Kurzparkplätzen am oder auf dem Marktplatz.
- Eine zusätzliche Bushaltestelle am Marktplatz.
- Eine Fahrradmietstation in der Nähe des Marktplatzes.
- Große, festinstallierte Schirme.
- Errichten von festen Marktständen im südlichen und nördlichen Bereich des Marktes.
- Keine tägliche Räumung des Marktes.

Ein Hauptanliegen ist den Marktleuten die Steigerung der Attraktivität des Wochenmarktes. Dazu wurden Vorschläge zur Verbesserung des Ambientes, zur Erhöhung der Angebotspalette insbesondere zur Erweiterung des Angebotes von regionalen Produkten besprochen. Es gab Ideen zur Bewerbung des Wochenmarktes, zu einem Wochenmarkt ohne Plastiktüten, dafür einheitliche Stofftaschen mit gemeinsamen Logo.

Die Markthändler weisen weiter daraufhin, dass sie durch die vielen zusätzlichen Veranstaltungen und Events immer wieder Veränderungen und Verschiebungen ihrer Standplätze erfahren und damit die Auffindbarkeit für die Kundschaft beeinträchtigt ist.

Die Verwaltung sagt die Prüfung der Vorschläge zu. Ziel ist es gemeinsam ein Gesamtkonzept zu entwickeln und eine neue Marktsatzung aufzustellen.

III. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
IV. Zum Vorgang

Ö 7.4

Mitteilung zur Kenntnis

Geschäftszeichen:	Verantwortliche/r:	Vorlagennummer:
VI/61	Amt f. Stadtentwicklung u. Stadtplanung	**613/026/2015**

Buskonzept Erlangen - Verbesserung für Goethestraße

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsbeirat	10.02.2015	Ö	Kenntnisnahme	zur Kenntnis genommen
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77	10.02.2015	Ö	Kenntnisnahme	zur Kenntnis genommen
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	25.02.2015	Ö	Kenntnisnahme	

Beteiligte Dienststellen

I. Kenntnisnahme

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

II. Sachbericht

In der 6. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses am 19.11.2014 wurde unter Top 36 „Anfragen“ folgender Auftrag per Protokollvermerk an die Verwaltung erteilt: Frau StRin Kopper fragt in Bezug auf die Verkehrsprobleme in der Goethestraße / Heuwaagstraße an, wann das geplante Buskonzept vorgelegt wird, um die Situation zu entschärfen.

Mit Beschluss des UVPA am 12.07.2011 (613/058/2011) wurde der sog. Meilensteinplan zur Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplanes Erlangen beschlossen:
- Meilenstein A) StUB – Schienennetz
- Meilenstein B) StUB – regional optimiertes Busnetz
- Meilenstein C) Teilnetz DIVAN – Optimiertes Verkehrsmodell für Erlangen und Umgebung
- Meilenstein D) ÖPNV-Netz – optimierte Vernetzung Binnen- und Regionalverkehr
- Meilenstein E) Fortschreibung des Nahverkehrsplanes Erlangen
- Meilenstein F) Verkehrsentwicklungsplan Erlangen (Motorisierter, Rad- und Fußgängerverkehr)

Die Bearbeitung der Meilensteine A) bis C) ist bereits abgeschlossen, die Meilensteine D) und E) werden derzeit bearbeitet, mit Meilenstein F) soll ab Ende 2015 begonnen werden.

Meilenstein D) beinhaltet die grundlegende Frage, wie der öffentliche Stadt- und Regionalverkehr langfristig besser miteinander vernetzt werden kann. Prognosehorizont ist hierbei das Jahr 2030. Bedeutende Infrastrukturmaßnahmen wie das Projekt StUB und der Ausbau des Straßennetzes (z.B. Ortsumfahrung Eltersdorf), aber auch wichtige städtebauliche Entwicklungen wie die Realisierung des Siemens-Campus und die Umstrukturierung der Universität Erlangen Nürnberg, können hierfür umfassend berücksichtigt werden.

Meilenstein E) konkretisiert die zeitnahe Umsetzung der ersten Schritte und verknüpft das langfristige Konzept des Meilensteines D) in einem parallel laufenden Arbeitsprozess. Ergebnis des Meilenstein E) ist die Fortschreibung des Nahverkehrsplanes Erlangen mit einem Geltungszeitraum von 2015 bis 2020. Der Nahverkehrsplan ist ein bindendes Instrument, in dem festgelegt wird, welche Leistungen und Qualitäten der ÖPNV in Erlangen aufweisen muss. Darüber hinaus beinhaltet er weitere Vorgaben, beispielsweise zur Verbesserung der Barrierefreiheit oder auch zur Verknüpfung des öffentlichen Verkehrs mit dem Fahrrad- und Fußverkehr.

Durch die zeitgleiche Bearbeitung dieser beiden Meilensteine ist gewährleistet, dass bereits zeitnah deutliche Verbesserungen im ÖPNV-Angebot realisiert werden könnten, die optimal auf langfristige Projekte und Infrastrukturmaßnahmen abgestimmt sind. Wichtige Planungsziele sind hierbei möglichst umsteigefreie Direktverbindungen zu den wichtigen Zielen („Räumliche Schwerpunkte“) in Erlangen sowie eine deutliche Entlastung der Erlanger Innenstadt (z.B. Goethestraße / Heuwaagstraße) vom Busverkehr.

Beide Meilensteine werden derzeit vom Gutachterbüro KCW aus Berlin mit intensiver fachlicher und öffentlicher Beteiligung bearbeitet. Die Ergebnisse sollen Ende 2015 vorliegen. Der Planungsprozess sowie alle wichtigen Unterlagen sind im Internet unter www.vep-erlangen.de veröffentlicht.

Gegenwärtig wird durch die stadtgrenzüberschreitende Betrachtung des ÖPNV-Angebotes im Nahverkehrsplan ein kurzfristig realisierbares regional-optimiertes Busnetz vorbereitet. Die wichtigsten Achsen dieses Busnetzes sollen mittel- bis langfristig durch das leistungsfähigere schienengebundene Verkehrssystem StUB als auch durch ergänzende Infrastrukturmaßnahmen (z.B. Kosbacher Brücke) optimiert werden. Wesentliche Grundlagen dieser Hauptrouten sind zum einen die Einrichtung von sogenannten Tangentiallinien, die wichtige Ziele (z.B. Uni-Südgelände, Siemens-Campus, Gewerbegebiet Frauenaurauch) ohne zeitaufwändige Führung durch die Erlanger Innenstadt direkt anbinden; zum anderen Schnellbusse als Durchmesserlinien durch die Innenstadt.

Eine Konkretisierung des Planungsnetzes zur Definition der wichtigsten Hauptrouten / -relationen wurde am 27.01.2015 im projektbegleitenden Arbeitskreis sowie am 04.02.2015 im Forum Verkehrsentwicklungsplan vorgestellt. Basierend auf den Ergebnissen dieser Gremien werden derzeit diese Hauptachsen sowie anschließend das Busergänzungsnetz zur Feinerschließung weiter entwickelt.

Voraussetzung für die Optimierung der stadtgrenzüberschreitenden Buslinien ist die Kooperationsbereitschaft der betroffenen Aufgabenträger Landkreise Erlangen-Höchstadt und Forchheim sowie der Nachbarstädte Nürnberg und Fürth bzw. der von diesen Aufgabenträgern beauftragten / betrauten Verkehrsunternehmen.

Nach Klärung der verkehrsplanerischen, finanziellen und vergabe- / konzessionsrechtlichen Fragestellungen könnten - bei optimalem Verlauf - erste Verbesserungsmaßnahmen zum nächsten Fahrplanwechsel umgesetzt werden. Wesentlichen Veränderungen im Streckennetz stehen in enger Abhängigkeit von den ÖPNV-Verkehrsleistungen des Landkreises Erlangen-Höchstadt, die derzeit ausgeschrieben werden. Die Verwaltungen stehen hierfür in engem Kontakt.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass bei einem optimalen Abstimmungsprozess erste Maßnahmen für eine grundlegende Optimierung des Busliniennetzes für stadtgrenzüberschreitende Verkehre ab 2015 umgesetzt werden könnten. Weitere deutliche Verbesserungen im ÖPNV-Angebot resultieren aus der Umsetzung von Infrastrukturmaßnahmen, die bis zum Jahr 2030 abgeschlossen sein sollten.

III. Behandlung im Gremium

Beratung im Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77 am 10.02.2015

Ergebnis/Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

gez. Dr. Janik	gez. Weber
Vorsitzender	Berichterstatter

Beratung im Umwelt-, Verkehrs- und Planungsbeirat am 10.02.2015

Ergebnis/Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

gez. Dr. Janik
Vorsitzender

gez. Weber
Berichterstatter

IV. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
V. Zum Vorgang

Ö 9

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:	Verantwortliche/r:	Vorlagennummer:
OBM/13/CG001	Bürgermeister- und Presseamt	**13/034/2015**

Semesterticket

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsbeirat	10.02.2015	Ö	Empfehlung	einstimmig angenommen
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77	10.02.2015	Ö	Gutachten	einstimmig angenommen
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	25.02.2015	Ö	Gutachten	
Stadtrat	26.02.2015	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen
Referate II und III

I. Antrag

Der Stadtrat befürwortet die Einführung des im Sachbericht beschriebenen Semestertickets im VGN.

Zur Unterstützung der Einführung des Semestertickets im VGN wird der Übernahme einer Ausgleichsgarantie durch die Stadt Erlangen von höchstens 350.000 Euro für die Dauer von einem Jahr zugestimmt.

Die Verwaltung wird beauftragt und ermächtigt, die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen für die Übernahme der Ausgleichsgarantie zu schaffen und eine entsprechende Vereinbarung mit der VGN abzuschließen sowie die erforderlichen Grundlagen hierfür nach den einschlägigen gesetzlichen Regelungen zu schaffen (insbesondere Verordnung (EG) Nr. 1370/2007, PBefG).

Die Verwaltung wird ermächtigt, alle Erklärungen abzugeben und alle Maßnahmen zu treffen, die zur Durchführung dieses Vorhabens notwendig, erforderlich oder zweckdienlich sind.

II. Begründung

1. Sachbericht und Begründung:

Aktueller Sachstand

Nach intensiven Verhandlungen zwischen Vertretern der Studierenden, des Studentenwerks Erlangen-Nürnberg, des VGN, der Hochschulen und der Kommunen konnte im November grundsätzlich Einigung über ein Angebot für ein Semesterticket mit Einführung zum Wintersemester 2015/2016 erzielt werden.

Die Studierenden der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (FAU) und der Technischen Hochschule Nürnberg Georg Simon Ohm (THN) haben vom 12. bis 21. Januar 2015 über das Angebot abgestimmt. Für die Annahme war an beiden Hochschulen eine Beteiligung von jeweils einem Drittel der Studierenden sowie eine einfache Mehrheit erforderlich.

	Teilnahme gesamt	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen
FAU	31218 (61,31 %)	12209 (50,73 %)	11859 (49,27 %)
THN	7150 (55,64 %)	4161 (58,20 %)	2989 (41,80 %)

Nach der Abstimmung haben Ende Januar die Vertragsverhandlungen zwischen dem VGN und dem Studentenwerk begonnen.

Angebot

In Absprache zwischen Studierenden, Studentenwerk und dem VGN beruht das Semesterticket-Modell auf zwei Komponenten, nämlich einem für alle Studierenden verpflichtenden Solidarbeitrag (dem sog. Sockelbetrag), der mit zeitlichen Einschränkungen zu Fahrten im gesamten VGN-Gebiet berechtigt, sowie einem fakultativ erwerbbaren Zusatzticket, mit dem zeitlich unbegrenzt im Gesamtraum des VGN gefahren werden kann. Ein Ticket mit dieser Konzeption gibt es auch in München.

Die Berechnungen zum Preis des Semestertickets ergeben sich dabei aus den Daten der verbundweiten Fahrgasterhebung 2012 sowie folgenden Prämissen:

- Die meisten Semestertickets in Deutschland sind reine Solidarmodelle und keine sog. Sockelmodelle wie hier im Verbundgebiet (und in München), d.h. in den Verkehrsverbünden der anderen Bundesländer wird in der Regel ein Gesamtsolidarbeitrag von allen Studierenden erhoben. Vertragspartner der Verkehrsverbünde ist normalerweise die jeweilige rechtsfähige verfasste Studierendenschaft. Aufgrund der hochschulrechtlichen Rahmenbedingungen gibt es in Bayern keine demokratisch legitimierten Studierenden-Parlamente. Vertragspartner des VGN ist daher das Studentenwerk als Anstalt des öffentlichen Rechts (Art. 95 Abs. 4 Satz 2 BayHSchG).

- Nach Vorgabe des Studentenwerks muss die Höhe des Sockelbetrags unterhalb einer durch Gerichtsurteile definierten Zumutbarkeitsgrenze liegen. Andernfalls bestünde das Risiko einer erfolgreichen Klage, wenn Studierende sich gegen die verpflichtende Zahlung wehren möchten. Die Erfolgsaussichten können nicht abgeschätzt werden. Diese Situation stellt sich für alle bayerischen Hochschulstandorte gleich dar. Aus diesem Grund kann der VGN an Stelle eines reinen, für alle Studierenden verpflichtenden Solidarmodells nur ein Sockelmodell anbieten. Die Zumutbarkeitsgrenze liegt nach einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts aus dem Jahr 1999 in einem einzelnen Fall bei anteilig 1,62 % des monatlichen BAföG-Höchstsatzes. Der Preis für den Sockelbetrag darf demzufolge nicht mehr als 65,12 Euro betragen.

- Die preisliche Gestaltung des Semestertickets wird durch die Limitierung des Sockelbetrags stark eingeschränkt. Deshalb hängt die wirtschaftliche Tragfähigkeit vor allem von der Kaufquote des fakultativen Zusatztickets ab. Diese lässt sich für die Hochschulstandorte in Nürnberg, Fürth und Erlangen mit einer gewissen Bandbreite nur abschätzen.

- Weiterhin sind die Verbundregeln zu berücksichtigen. Nach diesen Regeln dürfen keine Tarife eingeführt werden, die zu Mindereinnahmen bei den Verkehrsunternehmen führen würden, es sei denn, ein Dritter kommt für den Verlustausgleich der Verkehrsunternehmen auf.

Dafür wurde im Jahr 2012 das Mobilitätsverhalten der Studierenden im Rahmen einer Verkehrserhebung untersucht. Das Ergebnis daraus bildet die Basis für die Kalkulation des Semestertickets auf der Grundlage der Nichtschlechterstellungsgarantie der Verkehrsunternehmen.

Der notwendige, obligatorisch zu entrichtende Sockelbetrag (schwerbehinderte Menschen können auf Antrag von der verpflichtenden Zahlung des Sockelbetrags ausgenommen werden) liegt zum

Einführungszeitpunkt im Wintersemester 2015/2016 bei 65 Euro für das gesamte Semester. Damit erhalten alle Studierenden ohne Altersbegrenzung eine Fahrtberechtigung von Montag bis Freitag in der Zeit von 19 Uhr bis 6 Uhr am Folgetag sowie samstags, sonntags und an Feiertagen durchgehend von 0 bis 24 Uhr. Der Preis für das Zusatzticket, das eine zeitlich unbegrenzte Nutzung beinhaltet, wird für das Wintersemester 2015/2016 bei 193 Euro angesetzt. Für den vollen Leistungsumfang im gesamten Studienhalbjahr liegt der Betrag damit bei 258 Euro. Mit dem Semesterticket können alle zuschlagsfreien VGN-Verkehrsmittel im flächenmäßig drittgrößten Verkehrsverbund Deutschlands genutzt werden. Das sind 43 Euro pro Monat oder 1,41 Euro pro Tag. Damit existiert im VGN kein günstigeres Zeitkartenangebot für den Verbundraum. Die derzeitigen Semesterwertmarken für Nürnberg/Fürth/Stein und Nürnberg/Fürth/Stein/Erlangen sind monatlich deutlich teurer, nur für 3 bzw. 4 Monate (während der Vorlesungszeit) und zudem nicht verbundweit, sondern nur im jeweiligen Geltungsbereich gültig.

Der VGN ging zunächst von einer angenommenen Kaufquote für das Zusatzticket von ca. 27 % aus. Vor dem Hintergrund dieser zurückhaltenden Erwartungen des VGN und der deutlich größeren Erwartungen auf Seiten der Studierendenschaft und des Studentenwerks gehen die Kommunen davon aus, dass rund 37,7 % der ca. 53.000 Studierenden in Nürnberg, Fürth und Erlangen das Zusatzticket kaufen werden. Um einerseits den Einführungspreis für das Semesterticket zu garantieren, aber andererseits auch potentielle Verluste der Verkehrsbetriebe auszugleichen, falls weniger Studierende als erwartet das Zusatzticket erwerben, ist eine Ausgleichsgarantie durch die Aufgabenträger für den VGN für die Startphase des Modells notwendig. Weitere Erläuterungen zu der Ausgleichsgarantie finden sich untenstehend.

Ergänzend dazu ist ein sog. Anreizmodell vorgesehen: Nach der Einführung im Wintersemester 2015/2016 wird im Frühjahr 2016 auf Basis der beiden Kaufquoten des Wintersemester 2015/2016 und des Sommersemester 2016 ein neuer Preis für die folgenden beiden Semester festgelegt. Sollten zwischen 37,7 % und 50 % der Studierenden das Zusatzticket gekauft haben, so fließt dies preismindernd in die Preiskalkulation des Semestertickets für die folgenden beiden Semester ein. Voraussetzung für das Funktionieren des Anreizmodells ist die jährliche Überprüfung der Kaufquoten, wobei ein Sinken der Kaufquote zu einer Preiserhöhung bis zu einem Preis mit einer unterstellten Kaufquote von 37,7% führt. Das bedeutet: Wenn in den ersten beiden Semestern deutlich mehr als 37,7% der Studierenden ein Zusatzticket kaufen, kann der Preis dafür in den Folgesemestern sinken.

In die Preisfortentwicklung gehen folgende Komponenten ein:

- Jährliche Anpassung der VGN-Tarife gemäß der Kostensteigerungen im VGN (VGN-Warenkorbindex);
- Entwicklung der Kaufquote (je nach Kaufquote und evtl. nötiger Ausgleichsgarantie kann damit der Preis steigen oder fallen).

Um nicht mit der im Januar 2016 über alle Sortimente im VGN erfolgenden Preisanpassung bereits im Sommersemester 2016 die für den Sockelbetrag definierte Zumutbarkeitsgrenze zu überschreiten, wird dann lediglich das Zusatzticket entsprechend verteuert. Die Nichterhöhung des Sockelbetrages im Sommersemester 2016 sowie teilweise auch die erhöhte Nutzung in den Sockelzeitlagen werden jedoch nach der seitens des Gesetzgebers für das Wintersemester 2016/2017 geplanten Erhöhung des BAföG-Höchstsatzes dann auch im Wintersemester 2016/2017 über eine entsprechende Preisanpassung kompensiert.

Ausgleichsgarantie

Das oben beschriebene Semesterticket-Modell funktioniert nur, wenn die Kommunen eine Ausgleichsgarantie bereitstellen. Aufgrund derzeit vorliegender Berechnungen beträgt eine solche Ausgleichsgarantie für das Wintersemester 2015/2016 860.060 Euro und für das Sommersemester 2016 860.060 Euro, insgesamt also 1.720.120 Euro zzgl. anteilig der jährlichen Tarifanpassung des VGN. Dieser Betrag müsste anteilig von den jeweils betroffenen Städten und Landkreisen übernommen werden. Als gerechter Aufteilungsmaßstab für die jeweiligen Anteile an der Ausgleichsgarantie bieten sich die Fahrgeldeinnahmen an, die der VGN bezogen auf die jeweiligen

Kommunen durch die Studierenden in 2012 (Jahr der verbundweiten Fahrgasterhebung) erzielt hat.

Nimmt man in die Gestellung der befristeten Ausgleichsgarantie die Kommunen auf, die einen Anteil von mehr als 2 % der Einnahmen durch die Studierenden haben, so würden die Städte Nürnberg, Erlangen und Fürth sowie die Landkreise Nürnberger Land, Erlangen-Höchstadt, Forchheim, Roth und Fürth einbezogen. Entsprechend dieses Maßstabs entfiele auf die Stadt Erlangen ein Anteil von 285.712 Euro.

Kommune	**Anteil**
Stadt Nürnberg	57,34 %
Stadt Erlangen	16,61 %
Stadt Fürth	9,52 %
Landkreis Nürnberger Land	5,91 %
Landkreis Erlangen-Höchstadt	3,31 %
Landkreis Forchheim	2,52 %
Landkreis Roth	2,42 %
Landkreis Fürth	2,37 %

Berücksichtigt sind in der Tabelle Gebietskörperschaften mit einem Anteil von über 2 %. Die Beteiligungen sind – mit Ausnahme der Städte Nürnberg, Fürth und Erlangen – noch nicht abschließend verhandelt. Je nach Ergebnis der Verhandlungen mit den beteiligten Gebietskörperschaften und dem VGN kann der Betrag noch steigen oder sinken, so dass die maximale finanzielle Belastung für die Stadt Erlangen bei 350.000 Euro liegen dürfte.

Nach der oben beschriebenen Online-Abstimmung unter den Studierenden und dem Beginn der Vertragsverhandlungen zwischen Studentenwerk und VGN wird die Zusage für eine Ausgleichsgarantie durch die Kommunen benötigt.

Deshalb wird der Stadtrat gebeten, die Verwaltung zu beauftragen, alle haushaltsrechtlichen Voraussetzungen für die Übernahme der Ausgleichsgarantie zu schaffen und eine entsprechende Vereinbarung mit der VGN GmbH abzuschließen sowie die erforderlichen Grundlagen hierfür nach den einschlägigen gesetzlichen Regelungen zu schaffen (insbesondere Verordnung (EG) Nr. 1370/2007, PBefG).

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:		€	bei IPNr.:
Sachkosten:	maximal	350.000 €	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):		€	bei Sachkonto:
Folgekosten		€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen		€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen			

Haushaltsmittel

☐ werden nicht benötigt
☐ sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
☒ sind nicht vorhanden

Anlagen:

III. Abstimmung

Beratung im Gremium: Umwelt-, Verkehrs- und Planungsbeirat am 10.02.2015

Ergebnis/Beschluss:

Der Stadtrat befürwortet die Einführung des im Sachbericht beschriebenen Semester-tickets im VGN.

Zur Unterstützung der Einführung des Semestertickets im VGN wird der Übernahme einer Ausgleichsgarantie durch die Stadt Erlangen von höchstens 350.000 Euro für die Dauer von einem Jahr zugestimmt.

Die Verwaltung wird beauftragt und ermächtigt, die haushaltsrechtlichen Voraus-setzungen für die Übernahme der Ausgleichsgarantie zu schaffen und eine ent-sprechende Vereinbarung mit der VGN abzuschließen sowie die erforderlichen Grundlagen hierfür nach den einschlägigen gesetzlichen Regelungen zu schaffen (insbesondere Verordnung (EG) Nr. 1370/2007, PBefG).

Die Verwaltung wird ermächtigt, alle Erklärungen abzugeben und alle Maßnahmen zu treffen, die zur Durchführung dieses Vorhabens notwendig, erforderlich oder zweck-dienlich sind.

mit 7 gegen 0 Stimmen

gez. Dr. Janik
Vorsitzender

gez. Wüstner
Berichterstatterin

Beratung im Gremium: Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77 am 10.02.2015

Ergebnis/Beschluss:

Der Stadtrat befürwortet die Einführung des im Sachbericht beschriebenen Semester-tickets im VGN.

Zur Unterstützung der Einführung des Semestertickets im VGN wird der Übernahme einer Ausgleichsgarantie durch die Stadt Erlangen von höchstens 350.000 Euro für die Dauer von einem Jahr zugestimmt.

Die Verwaltung wird beauftragt und ermächtigt, die haushaltsrechtlichen Voraus-setzungen für die Übernahme der Ausgleichsgarantie zu schaffen und eine ent-sprechende Vereinbarung mit der VGN abzuschließen sowie die erforderlichen Grundlagen hierfür nach den einschlägigen gesetzlichen Regelungen zu schaffen (insbesondere Verordnung (EG) Nr. 1370/2007, PBefG).

Die Verwaltung wird ermächtigt, alle Erklärungen abzugeben und alle Maßnahmen zu treffen, die zur Durchführung dieses Vorhabens notwendig, erforderlich oder zweck-dienlich sind.

mit 14 gegen 0 Stimmen

gez. Dr. Janik
Vorsitzender

gez. Wüstner
Berichterstatterin

IV. Beschlusskontrolle
V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
VI. Zum Vorgang

Ö 10

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:	Verantwortliche/r:	Vorlagennummer:
OBM/13-2	Bürgermeister- und Presseamt	**13-2/057/2015**

Geschäftsordnung für den Stadtrat Erlangen; Änderung Anlage 2 - Vergabebefugnisse

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Ältestenrat	11.02.2015	N	Empfehlung	angenommen mit Änderungen
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	25.02.2015	Ö	Gutachten	
Stadtrat	26.02.2015	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen
Referat VI, Amt 30

I. Antrag

Anlage 2 – Vergabebefugnisse, Buchstabe 1 f der Geschäftsordnung für den Stadtrat Erlangen wird wie folgt gefasst:
Aufträge dürfen im Rahmen ihres Zwecks um bis zu 20% der Vergabesumme max. jedoch bis 200.000 Euro ohne erneuten Beschluss des Stadtrats oder Ausschusses erweitert werden. Dieser Rahmen kann um jeweils weitere 20 % der ursprünglichen Vergabesumme max. jedoch um 200.000 Euro erweitert werden. Die Zuständigkeit für die Erweiterung richtet sich nach der zu erwartenden Gesamtauftragssumme. Dasselbe gilt für ursprünglich nicht im Fachausschuss beschlossene Aufträge, die durch Auftragserweiterung ein Gesamtvolumen in Höhe der Vergabebefugnis des Fachausschusses erreichen.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Aufgrund der 20 %-Regelung (die bestehen bleiben soll) bei der Erweiterung von Vergabesummen bekommt der Ausschuss Auftragserweiterungen und –ergänzungen ab diesem Volumen als Beschluss vorgelegt. Die parallele Festsetzung, max. jedoch bis 50.000 € soll auf 200.000 € angepasst werden, da dies in etwa mit den allgemeinen Vergabebefugnissen der Verwaltung konform geht. Der niedrige Zahlenwert würde zu deutlich erhöhtem Verwaltungsaufwand führen und aufgrund der notwendigen Zeit den Planungs- und Bauprozess deutlich verzögern. Die neu gefundenen Grenzwerte geben dem Ausschuss die Möglichkeit, Erweiterungen von Vergaben frühzeitig zu erfahren und selbst zu beschließen.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Die Anlage 2 der Geschäftsordnung für den Stadtrat Erlangen wird entsprechend angepasst.

3. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

☒ werden nicht benötigt
☐ sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
☐ sind nicht vorhanden

III. Abstimmung

Beratung im Gremium: Ältestenrat am 11.02.2015

Protokollvermerk:
Herr Stadtrat Höppel bittet die Vorlage auch in den HFPA einzubringen. Dem Vorschlag wird zugestimmt.

Ergebnis/Beschluss:
Anlage 2 – Vergabebefugnisse, Buchstabe 1 f der Geschäftsordnung für den Stadtrat Erlangen wird wie folgt gefasst:
Aufträge dürfen im Rahmen ihres Zwecks um bis zu 20% der Vergabesumme max. jedoch bis 200.000 Euro ohne erneuten Beschluss des Stadtrats oder Ausschusses erweitert werden. Dieser Rahmen kann um jeweils weitere 20 % der ursprünglichen Vergabesumme max. jedoch um 200.000 Euro erweitert werden. Die Zuständigkeit für die Erweiterung richtet sich nach der zu erwartenden Gesamtauftragssumme. Dasselbe gilt für ursprünglich nicht im Fachausschuss beschlossene Aufträge, die durch Auftragserweiterung ein Gesamtvolumen in Höhe der Vergabebefugnis des Fachausschusses erreichen.

mit 12 gegen 0 Stimmen

gez. Dr. Janik	gez. Lerche
Vorsitzende/r	Berichterstatter/in

IV. Beschlusskontrolle
V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
VI. Zum Vorgang

Ö 11

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:	Verantwortliche/r:	Vorlagennummer:
OBM/13	Bürgermeister- und Presseamt	**13/038/2015**

Antragsrecht für Ausländer- und Integrationsbeirat, Ortsbeiräte, Personalrat und Gewerkschaften
hier: Stadtratsantrag erlanger linke Nr. 132/2014 vom 22.9.2014

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	25.02.2015	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen
Rechtsamt

I. Antrag

1. Mit dem Bericht der Verwaltung und dem Verfahrensvorschlag des Oberbürgermeisters besteht Einverständnis. Eine Änderung der Geschäftsordnung für den Stadtrat ist nicht erforderlich.

2. Der Stadtratsantrag erlanger linke Nr. 132/2014 vom 22.9.2014 ist damit abschließend bearbeitet.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen
(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Formale Anträge der Beiräte (z.B. Ausländer- und Integrationsbeirat, Ortsbeiräte, Seniorenbeirat, Jugendparlament) werden nach Prüfung vom Oberbürgermeister übernommen und von ihm (wie Stadtrats-/Fraktionsanträge) den zuständigen Fachbereichen zur Bearbeitung und Einbringung in die zuständigen Stadtratsgremien zugewiesen.

Der Personalrat ist in der Verwaltungsstruktur angemessen vertreten und benötigt kein gesondertes Antragsrecht.

Ein vergleichbares Recht kann externen Organisationen wie z.B. Gewerkschaften nicht eingeräumt werden. Diese haben wie alle anderen gesellschaftlichen Gruppen die Möglichkeit sich an den Oberbürgermeister, die Stadtverwaltung und an die Stadtratsmitglieder zu wenden.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen
(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Den Beiräten wird mit dieser Regelung die Möglichkeit eröffnet, formale Anträge über den Oberbürgermeister direkt in die Verwaltung und die Stadtratsgremien einzubringen.

3. Prozesse und Strukturen
(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Der Oberbürgermeister veranlasst nach § 28 Abs. 2 der Geschäftsordnung die Bearbeitung der Anträge.
Eine Änderung der Geschäftsordnung ist nicht erforderlich.

4. Ressourcen
(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

☒ werden nicht benötigt
☐ sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
☐ sind nicht vorhanden

Anlagen: Fraktionsantrag 132/2014 v. 22.9.2014

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle
V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
VI. Zum Vorgang

Ö 11

Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang:	**22.09.2014**
Antragsnr.:	**132/2014**
Verteiler:	**OBM, BM, Fraktionen**
Zust. Referat:	**OBM/13**
mit Referat:	**III/30**

erlanger linke- Rathausplatz 1- 91052 Erlangen

Rathaus, Zimmer 127
Büro: Montags 15 - 18 Uhr
Sprechstunde: ” ” 17 - 18 Uhr

tel: 09131/86-1789
fax: 09131/86-1791
e-mail: erlanger-linke@stadt.erlangen.de

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Florian Janik
Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Erlangen, den 21.9.14

zum **Antragsrecht für AIB, Ortsbeiräte, Personalrat und Gewerkschaften**

Sehr geehrter Herr Dr. Janik,

Wir haben zur neuen Geschäftsordnung beantragt, dass der AIB, die Ortsbeiräte, der Personalrat und die im Rathaus vertretenen Gewerkschaften ein faktisches Antragsrecht im Stadtrat erhalten.

Falls es nicht zu einer Verankerung in der Geschäftsordnung kommt, schlagen wir eine Vereinbarung zwischen Ihnen und den Fraktionen darüber vor, dass Anträge der oben genannten Gruppen als von Oberbürgermeister gestellt bzw. übernommen behandelt werden.

Wir bitten in diesem Fall darum, diesen Vorschlag kurzfristig im Ältestenrat zur Diskussion zu stellen. Der Vorschlag entspricht Ihrer Ankündigung auf der Wahl-Veranstaltung des Ausländer- und Integrationsbeirates zur Frage, wie der Ausländer- und Integrationsbeirat ein faktisches Antragsrecht erhalten kann.

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Pöhlmann

Anton Salzbrunn

Ö 12

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:	Verantwortliche/r:	Vorlagennummer:
OBM/ZV	Referat Personal, Organisation, Brand- und Katastrophenschutz	**ZV/004/2015**

Kommunaler Betrieb für Informationstechnik KommunalBIT AöR, Weisungen an die Verwaltungsratsmitglieder gemäß § 6 Abs. 2 der Satzung: Wirtschaftsplan 2015

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	25.02.2015	Ö	Gutachten	
Stadtrat	26.02.2015	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen
II/Beteiligungsmanagement

I. Antrag

Nach § 6 Abs. 2 der Satzung für das gemeinsame Kommunalunternehmen „KommunalBIT“ werden die von der Stadt Erlangen bestellten Verwaltungsräte zu folgender Beschlussfassung im Verwaltungsrat des KommunalBIT ermächtigt:

Der ordentliche Wirtschaftsplan 2015 in der vorgelegten Form (siehe Anlagen) wird beschlossen.
Die vorgelegte mittelfristige Finanzplanung wird zur Kenntnis genommen.

II. Begründung

1 Ergebnis/Wirkungen

Die Feststellung des Wirtschaftsplanes liegt in der Zuständigkeit des Verwaltungsrats (§ 6 Abs. 1 Nr. 3 Unternehmenssatzung).
Die entsandten Mitglieder unterliegen in diesem Fall nach § 6 Abs. 2 der Satzung den Weisungen der jeweiligen Stadt.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

Die stimmberechtigten, von der Stadt Erlangen entsandten Mitglieder des Verwaltungsrates üben ihr Stimmrecht in dem vom Stadtrat beschlossenen Sinn aus.

3. Prozesse und Strukturen

Die Weisungsbefugnis der Stadt wird durch Beschluss des Stadtrates ausgeübt.
In den Städten Fürth und Schwabach werden inhaltsgleiche Vorlagen in die Beschlussgremien eingebracht.
Der Vorstand legt satzungsgemäß dem Verwaltungsrat einen ordentlichen Wirtschaftsplan auf Basis aktueller Zahlen vor.

Der Wirtschaftsplan ist in Form einer Plan-GuV, sowie einer Plan-Kapitalflussrechnung in der Anlage dargestellt. Der Stellenplan ist in anonymisierter Form beigefügt.
Die mittelfristige Finanzplanung bis 2018 ist ebenfalls hinsichtlich Erfolgs- und Vermögensplan in der Anlage enthalten.

Anlagen: **Wirtschaftsplan der KommunalBIT**
Plan-GuV und Plan-Kapitalflussrechnung
Stellenplan 2015
Mittelfristige Finanzplanung bis 2018

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle
V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
VI. Zum Vorgang

PLAN-GUV 2015

kommunalbit

	Stadt Erlangen			Stadt Fürth			Stadt Schwabach			KommunalBIT		
Planposition	***V-IST 12/14*** (EUR)	***PLAN 2014*** (EUR)	***PLAN 2015*** (EUR)	***V-IST 12/14*** (EUR)	***PLAN 2014*** (EUR)	***PLAN 2015*** (EUR)	***V-IST 12/14*** (EUR)	***PLAN 2014*** (EUR)	***PLAN 2015*** (EUR)	***V-IST 12/14*** (EUR)	***PLAN 2014*** (EUR)	***PLAN 2015*** (EUR)
1. Umsatzerlöse (Abschlagszahlungen):	2.358.327	2.458.327	2.370.351	2.197.705	2.197.705	2.049.611	731.427	731.427	750.616	6.346.589	6.346.589	6.281.471
2. Sonstige betriebliche Erträge	2.500	2.500	2.500	2.500	2.500	2.500	500	500	500	10.000	10.000	10.000
3. Materialaufwand												
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.526.000	1.606.400	1.618.200	1.475.000	1.544.950	1.456.600	475.000	507.800	529.400	505.000	598.000	588.150
4. Personalaufwand:												
a) Löhne und Gehälter	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2.770.500	2.954.100	2.897.400
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1.079.500	918.200	890.700
davon für Altersversorgung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	572.500	424.700	419.500
	0	0	0	0	0	0	0	0	0	3.850.000	3.872.300	3.788.100
5. Abschreibungen:												
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	763.902	822.702	723.001	577.230	624.030	564.511	194.802	208.602	206.716	774.214	850.714	875.771
davon nach § 253	763.902	822.702	723.001	577.230	624.030	564.511	194.802	208.602	206.716	774.214	850.714	875.771
sonstige betriebliche Aufwendungen:												
a) Raumkosten	27.000	27.000	27.000	26.500	26.500	26.500	10.500	10.500	10.500	262.500	262.500	285.300
b) Versicherungen, Beiträge, Abgaben	375	375	150	375	375	0	375	375	0	47.475	40.375	48.100
c) Instandhaltungskosten	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
d) Fahrzeugkosten	4.000	4.250	4.500	4.000	4.250	4.500	4.000	4.500	4.500	4.000	4.200	4.500
d) Werbe-, Repräsentations-, Reisekosten	0	0	0	0	0	0	0	0	0	21.400	23.100	27.200
e) Sonstige Verwaltungskosten	0	0	0	0	0	0	0	0	0	97.250	106.450	81.150
f) Sonstige betriebliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	310.500	406.050	453.300
	31.375	31.625	31.650	30.875	31.125	31.000	14.875	15.375	15.000	743.125	842.675	899.550
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0	0	0	0	0	0	0	37.600	37.100	40.500
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	157.500	229.900	180.400
9. Ergebnisse der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	39.550	100	0	117.100	100	0	47.250	150	0	364.350	100	0
10. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
11. Sonstige Steuern	100	100	0	100	100	0	150	150	0	100	100	0
12. Jahresgewinn / Jahresverlust	39.450	0	0	117.000	0	0	47.100	0	0	364.250	0	0

KommunalBIT AöR
Kaiserstraße 30
90763 Fürth

PLAN-GUV 2015

kommunalbit

	Kern-Plan			Schulen Erlangen			Gesamt-Plan		
Planposition	***V-IST 12/14*** (EUR)	***PLAN 2014*** (EUR)	***PLAN 2015*** (EUR)	***V-IST 12/14*** (EUR)	***PLAN 2014*** (EUR)	***PLAN 2015*** (EUR)	***V-IST 12/14*** (EUR)	***PLAN 2014*** (EUR)	***PLAN 2015*** (EUR)
1. Umsatzerlöse (Abschlagszahlungen):	11.634.048	11.734.048	11.452.049	1.220.000	1.220.000	1.619.000	12.854.048	12.954.048	13.071.049
2. Sonstige betriebliche Erträge	15.500	15.500	15.500	0	0	0	15.500	15.500	15.500
3. Materialaufwand									
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	3.981.000	4.257.150	4.192.350	195.000	142.000	340.000	4.176.000	4.399.150	4.532.350
4. Personalaufwand:									
a) Löhne und Gehälter	2.770.500	2.954.100	2.897.400	300.000	368.900	401.900	3.070.500	3.323.000	3.299.300
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.079.500	918.200	890.700	83.000	101.800	110.100	1.162.500	1.020.000	1.000.800
davon für Altersversorgung	572.500	424.700	419.500	23.000	29.800	31.500	595.500	454.500	451.000
	3.850.000	3.872.300	3.788.100	383.000	470.700	512.000	4.233.000	4.343.000	4.300.100
5. Abschreibungen:									
a) auf immaterierielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	2.310.148	2.506.048	2.369.999	511.500	465.000	623.000	2.821.648	2.971.048	2.992.999
davon nach § 253	2.310.148	2.506.048	2.369.999	511.500	465.000	623.000	2.821.648	2.971.048	2.992.999
sonstige betriebliche Aufwendungen:									
a) Raumkosten	326.500	326.500	349.300	34.000	34.000	34.000	360.500	360.500	383.300
b) Versicherungen, Beiträge, Abgaben	48.600	41.500	48.250	1.300	1.300	1.650	49.900	42.800	49.900
c) Instandhaltungskosten	0	0	0	0	0	0	0	0	0
d) Fahrzeugkosten	16.000	17.200	18.000	13.000	13.800	14.200	29.000	31.000	32.200
d) Werbe-, Repräsentations-, Reisekosten	21.400	23.100	27.200	5.000	5.000	5.000	26.400	28.100	32.200
e) Sonstige Verwaltungskosten	97.250	106.450	81.150	77.600	80.800	75.150	174.850	187.250	156.300
f) Sonstige betriebliche Aufwendungen	310.500	406.050	453.300	7.100	7.100	14.000	317.600	413.150	467.300
	820.250	920.800	977.200	138.000	142.000	144.000	958.250	1.062.800	1.121.200
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	37.600	37.100	40.500	0	0	0	37.600	37.100	40.500
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	157.500	229.900	180.400	0	0	0	157.500	229.900	180.400
9. Ergebnisse der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	568.250	450	0	-7.500	300	0	560.750	750	0
10. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0	0	0	0	0	0	0	0
11. Sonstige Steuern	450	450	0	300	300	0	750	750	0
12. Jahresgewinn / Jahresverlust	567.800	0	0	-7.800	0	0	560.000	0	0

KommunalBIT AöR
Kaiserstraße 30
90763 Fürth

Wirtschaftsplan 2015:

Umsatzerlöse aus Abschlagszahlungen

			PLAN 2014				PLAN 2015			
Kostenträger	01-12/2013	%	direkt	indirekt		%	direkt	indirekt		%
KBIT				-6.346.589	**0**			-6.281.471	**0**	
Stadt Erlangen	4.716.703,03	45,1	2.458.327	2.767.113	**5.225.440**	43,6	2.370.351	2.832.943	**5.203.295**	45,1
Stadt Fürth	4.120.818,62	39,4	2.197.705	2.602.101	**4.799.806**	41,0	2.049.611	2.474.900	**4.524.511**	39,4
Stadt Schwabach	1.621.638,13	15,5	731.427	977.375	**1.708.802**	15,4	750.616	973.628	**1.724.244**	15,5
Zwischensumme	10.459.159,78		5.387.459	0	**11.734.048**		5.170.578	0	**11.452.050**	
Schulen Erlangen	899.683,97		1.220.000	0	**1.220.000**		1.619.000	0	**1.619.000**	
	11.358.843,75	100,0	6.607.459	0	**12.954.048**	100,0	6.789.578	0	**13.071.050**	100,0

Deckelung auf 1.666.000 EUR im Haushalt der Stadt Schwabach

informell: **Kosten TK-Anlage NEU**	
Consulting	Stadt
80.440	ER
78.210	FU
18.250	SC
176.900	ALLE

KommunalBIT AöR
Kaiserstraße 30
90763 Fürth

PLAN-Kapitalflussrechnung-2015 (Vermögensplan)

Schema: siehe Jahresabschlussbericht

	IST-09-2014 (EUR)	PLAN-12-2014 (EUR)	**PLAN-12-2015 (EUR)**
I. LAUFENDE GESCHÄFTSTÄTIGKEIT			
Jahresergebnis	1.124.589	0	0
Abschreibung/Zuschreibungen Sachanlagevermögen	1.995.183	2.971.048	2.992.999
Zu-/Abnahme mittel- u. langfristige Rückstellungen	0	0	0
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	-6.050	0	0
CF nach DVFA/SG	**3.113.722**	**2.971.048**	**2.992.999**
Gewinn/Verlust Abgang Anlagevermögen	7.985	0	0
Zu-/Abnahme Forderungen L/L, sonstige Aktiva	18.866	0	0
Zu-/Abnahme Verbindlichkeiten L/L, sonstige Passiva	174.238	0	0
= Mittelzufluss/-abfluss laufende Geschäftstätigkeit	**3.314.811**	**2.971.048**	**2.992.999**
II. INVESTITIONSTÄTIGKEIT			
Einzahlungen aus Abgänge Anlagevermögen	1.500	0	0
Erhaltene Zuschüsse zum Anlagevermögen	0	0	0
Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen	-1.835.245	-5.149.720	-5.044.620
= Mittelzufluss/-abfluss aus Investitionstätigkeit	**-1.833.745**	**-5.149.720**	**-5.044.620**
III. FINANZIERUNGSTÄTIGKEIT			
Einzahlungen aus Aufnahme von Krediten	0	3.350.000	2.850.000
Einstellungen in die Kapitalrücklage	0	0	0
Entnahmen aus der Kapitalrücklage	0	0	0
Auszahlungen für die Tilgung von Krediten	-438.166	-1.145.000	-760.000
= Mittelzufluss/-abfluss aus Finanzierungstätigkeit	**-438.166**	**2.205.000**	**2.090.000**
IV. VERÄNDERUNG DER LIQUIDEN MITTEL			
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestand	1.042.900	26.328	38.379
Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	2.148.416	0	0
= Finanzmittelbestand am Ende der Periode	**3.191.316**	**26.328**	**38.379**

nachrichtlich:

Zusammensetzung "Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen":

Neu-Investitionen	757.310	2.518.350	1.618.900
Ersatz-Investitionen	523.433	1.649.650	962.850
Zwischensumme	1.280.743	4.168.000	2.581.750
Schulen Erlangen	554.502	981.720	1.500.870
Endsumme	1.835.245	5.149.720	4.082.620
zusätzlich: Abschlagszahlung für zentrale TK-Anlagen in Q4	0	0	962.000

Verpflichtungsermächtigung" für europaweite Ausschreibung ab WJ 2016:
- EDV-Arbeitsplatzsysteme = 2.000 TEUR
- Telekommunikationshauptanlagen = 1.618 TEUR

Wirtschaftsplan 2015:

Abschreibungen aus ... *und* *Abscheibungen für ...*	*Ersatz-Investitionen*						
	KBit	***Erlangen***	***Fürth***	***Schwabach***	**Kern**	***Schulen-ER***	**Gesamt**
Alt-Beständ Städte b. 2009							
Fachanwendungen	0	2.516	775	2.171	5.462	707	6.169
Standardsoftware	0	0	0	0	0	0	0
Systemsoftware	0	0	0	0	0	0	0
Arbeitsplatzsysteme	0	0	422	0	422	0	422
Netz-, Serverkomponenten	0	10.410	17.929	1.951	30.290	195	30.485
RZ-Infrastruktur alt	0	0	682	0	682	0	682
RZ-Infrastruktur neu	0	0	0	0	0	0	0
Telekommunikation	0	7.142	2.307	3.738	13.187	0	13.187
Kassensystem Schwabach	0	0	0	3.520	3.520	0	3.520
Büroeinrichtung	0	0	0	44	44	0	44
Summe	0	20.068	22.115	11.424	53.607	902	54.509
Investitionen 2010							
Fachanwendungen	0	19.041	6.118	3.137	28.296	0	28.296
Standardsoftware	0	684	0	0	684	150	834
Systemsoftware	0	2.335	944	141	3.420	254	3.674
Arbeitsplatzsysteme	0	166	147	37	350	44.109	44.459
Netz-, Serverkomponenten	0	8.027	9.667	2.784	20.478	2.934	23.412
RZ-Infrastruktur alt	0	0	0	0	0	0	0
RZ-Infrastruktur neu	0	0	0	0	0	0	0
Telekommunikation	0	1.426	233	0	1.659	0	1.659
Kassensystem Schwabach	0	0	0	0	0	0	0
Büroeinrichtung	0	0	0	0	0	0	0
Summe	0	31.679	17.109	6.099	54.887	47.447	102.334
Investitionen 2011							
Fachanwendungen	5.965	0	23.090	15.267	44.322	1.173	45.495
Standardsoftware	1.086	9.263	7.826	6.204	24.379	0	24.379
Systemsoftware	63.268	7.661	5.318	1.098	77.345	0	77.345
Arbeitsplatzsysteme	1.230	52.773	38.234	14.479	106.716	50.915	157.631
Netz-, Serverkomponenten	84.298	1.340	525	1.081	87.244	5.131	92.375
RZ-Infrastruktur alt	0	0	0	0	0	0	0
RZ-Infrastruktur neu	0	0	0	0	0	0	0
Telekommunikation	756	2.194	13.203	4.584	20.737	208	20.945
Kassensystem Schwabach	0	0	0	0	0	0	0
Büroeinrichtung	602	0	0	0	602	0	602
Summe	157.205	73.231	88.196	42.713	361.345	57.427	418.772
Investitionen 2012							
Fachanwendungen	0	1.444	2.133	0	3.577	335	3.912
Standardsoftware	241	4.238	900	687	6.066	1.688	7.754
Systemsoftware	6.563	0	0	0	6.563	6.174	12.737
Arbeitsplatzsysteme	535	42.637	42.514	13.046	98.732	46.367	145.099
Netz-, Serverkomponenten	3.766	762	2.211	6.037	12.776	8.361	21.137
RZ-Infrastruktur alt	0	0	0	0	0	0	0
RZ-Infrastruktur neu	0	0	0	0	0	0	0
Telekommunikation	3.677	1.075	1.082	1.812	7.646	149	7.795
Kassensystem Schwabach	0	0	0	0	0	0	0
Büroeinrichtung	0	0	0	0	0	0	0
Summe	14.782	50.156	48.840	21.582	135.360	63.074	198.434

Wirtschaftsplan 2015:

Abschreibungen aus ... *und* *Abscheibungen für ...*	*Ersatz-Investitionen*						
	KBit	***Erlangen***	***Fürth***	***Schwabach***	**Kern**	***Schulen-ER***	**Gesamt**
Investitionen 2013							
Fachanwendungen	0	0	0	0	0	927	927
Standardsoftware	0	0	0	0	0	9.222	9.222
Systemsoftware	0	0	0	0	0	20.473	20.473
Arbeitsplatzsysteme	252	44.525	39.416	11.534	95.727	85.647	181.374
Netz-, Serverkomponenten	51.868	0	60	0	51.928	26.836	78.764
RZ-Infrastruktur alt	0	0	0	0	0	0	0
RZ-Infrastruktur neu	0	0	0	0	0	0	0
Telekommunikation	126	1.732	995	558	3.411	0	3.411
Kassensystem Schwabach	0	0	0	0	0	0	0
Büroeinrichtung	90	0	0	0	90	0	90
Summe	52.336	46.257	40.471	12.092	151.156	143.105	294.261
Investitionen 2014							
Fachanwendungen	0	0	0	0	0	500	500
Standardsoftware	0	632	1.000	800	2.432	7.357	9.789
Systemsoftware	0	0	0	0	0	19.312	19.312
Arbeitsplatzsysteme	628	47.618	50.158	13.332	111.736	101.651	213.387
Netz-, Serverkomponenten	3.425	31.825	13.350	0	48.600	21.048	69.648
RZ-Infrastruktur alt	0	0	0	0	0	0	0
RZ-Infrastruktur neu	0	0	0	0	0	0	0
Telekommunikation	0	5.850	2.650	2.800	11.300	2.090	13.390
Kassensystem Schwabach	0	0	0	0	0	0	0
Büroeinrichtung	0	0	0	0	0	0	0
Summe	4.053	85.925	67.158	16.932	174.068	151.958	326.026
Investitionen 2015							
Fachanwendungen	0	0	0	0	0	0	0
Standardsoftware	500	1.000	500	200	2.200	0	2.200
Systemsoftware	900	0	0	0	900	0	900
Arbeitsplatzsysteme	8.800	28.000	19.000	6.000	61.800	150.087	211.887
Netz-, Serverkomponenten	750	6.500	3.000	1.350	11.600	9.000	20.600
RZ-Infrastruktur alt	0	0	0	0	0	0	0
RZ-Infrastruktur neu	0	0	0	0	0	0	0
Telekommunikation	375	5.900	11.600	1.400	19.275	0	19.275
Kassensystem Schwabach	0	0	0	0	0	0	0
Büroeinrichtung	0	0	0	0	0	0	0
Summe	11.325	41.400	34.100	8.950	95.775	159.087	254.862
insgesamt	***239.701***	***348.716***	***317.989***	***119.792***	***1.026.198***	***623.000***	***1.649.198***

Wirtschaftsplan 2015:

Abschreibungen aus ... *und* *Abscheibungen für ...*	*Neu-Investitionen*						
	KBit	***Erlangen***	***Fürth***	***Schwabach***	**Kern**	***Schulen-ER***	**Gesamt**
Alt-Beständ Städte b. 2009							
Fachanwendungen	0	0	0	0	0	0	0
Standardsoftware	0	0	0	0	0	0	0
Systemsoftware	0	0	0	0	0	0	0
Arbeitsplatzsysteme	0	0	0	0	0	0	0
Netz-, Serverkomponenten	0	0	0	0	0	0	0
RZ-Infrastruktur alt	0	0	0	0	0	0	0
RZ-Infrastruktur neu	0	0	0	0	0	0	0
Telekommunikation	0	0	0	0	0	0	0
Kassensystem Schwabach	0	0	0	0	0	0	0
Büroeinrichtung	0	0	0	0	0	0	0
Summe	0	0	0	0	0	0	0
Investitionen 2010							
Fachanwendungen	621	0	0	0	621	0	621
Standardsoftware	0	0	0	0	0	0	0
Systemsoftware	14.295	0	0	0	14.295	0	14.295
Arbeitsplatzsysteme	0	0	0	0	0	0	0
Netz-, Serverkomponenten	103.376	0	0	0	103.376	0	103.376
RZ-Infrastruktur alt	0	0	0	0	0	0	0
RZ-Infrastruktur neu	78.276	0	0	0	78.276	0	78.276
Telekommunikation	8.141	0	0	0	8.141	0	8.141
Kassensystem Schwabach	0	0	0	0	0	0	0
Büroeinrichtung	14.626	0	0	0	14.626	0	14.626
Summe	219.335	0	0	0	219.335	0	219.335
Investitionen 2011							
Fachanwendungen	0	34.989	1.717	0	36.706	0	36.706
Standardsoftware	0	0	0	0	0	0	0
Systemsoftware	0	0	0	0	0	0	0
Arbeitsplatzsysteme	0	0	0	0	0	0	0
Netz-, Serverkomponenten	22.950	0	5.729	0	28.679	0	28.679
RZ-Infrastruktur alt	0	0	0	0	0	0	0
RZ-Infrastruktur neu	0	0	0	0	0	0	0
Telekommunikation	0	0	0	0	0	0	0
Kassensystem Schwabach	0	0	0	0	0	0	0
Büroeinrichtung	0	0	0	0	0	0	0
Summe	22.950	34.989	7.446	0	65.385	0	65.385
Investitionen 2012							
Fachanwendungen	32.859	19.580	15.075	2.454	69.968	0	69.968
Standardsoftware	0	30.170	23.802	7.004	60.976	0	60.976
Systemsoftware	69.822	30.790	19.654	5.900	126.166	0	126.166
Arbeitsplatzsysteme	0	4.169	0	0	4.169	0	4.169
Netz-, Serverkomponenten	18.749	0	0	870	19.619	0	19.619
RZ-Infrastruktur alt	0	0	0	0	0	0	0
RZ-Infrastruktur neu	0	0	0	0	0	0	0
Telekommunikation	903	876	1.810	769	4.358	0	4.358
Kassensystem Schwabach	0	0	0	0	0	0	0
Büroeinrichtung	0	0	0	0	0	0	0
Summe	122.333	85.585	60.341	16.997	285.256	0	285.256

Wirtschaftsplan 2015:

Abschreibungen aus ... *und* *Abscheibungen für ...*	*Neu-Investitionen*						
	KBit	***Erlangen***	***Fürth***	***Schwabach***	**Kern**	***Schulen-ER***	**Gesamt**
Investitionen 2013							
Fachanwendungen	14.952	37.425	23.546	12.688	88.611	0	88.611
Standardsoftware	320	37.355	32.566	11.976	82.217	0	82.217
Systemsoftware	47.018	14.427	11.278	3.544	76.267	0	76.267
Arbeitsplatzsysteme	0	15.240	5.087	4.981	25.308	0	25.308
Netz-, Serverkomponenten	63.396	6.921	1.606	1.924	73.847	0	73.847
RZ-Infrastruktur alt	0	0	0	0	0	0	0
RZ-Infrastruktur neu	0	0	0	0	0	0	0
Telekommunikation	2.202	917	4.208	601	7.928	0	7.928
Kassensystem Schwabach	0	0	0	0	0	0	0
Büroeinrichtung	540	0	0	176	716	0	716
Summe	128.428	112.285	78.291	35.890	354.894	0	354.894
Investitionen 2014							
Fachanwendungen	20.010	30.227	25.603	16.359	92.199	0	92.199
Standardsoftware	310	40.827	28.827	6.140	76.104	0	76.104
Systemsoftware	20.602	169	0	0	20.771	0	20.771
Arbeitsplatzsysteme	800	14.388	5.214	1.534	21.936	0	21.936
Netz-, Serverkomponenten	17.300		6.870	715	24.885	0	24.885
RZ-Infrastruktur alt	0	0	0	0	0	0	0
RZ-Infrastruktur neu	0	0	0	0	0	0	0
Telekommunikation	112	3.840	9.740	770	14.462	0	14.462
Kassensystem Schwabach	0	0	0	0	0	0	0
Büroeinrichtung	0	0	0	494	494	0	494
Summe	59.134	89.451	76.254	26.012	250.851	0	250.851
Investitionen 2015							
Fachanwendungen	8.890	27.000	12.690	4.100	52.680	0	52.680
Standardsoftware	900	5.500	0	0	6.400	0	6.400
Systemsoftware	55.450	0	0	600	56.050	0	56.050
Arbeitsplatzsysteme	500	13.300	3.200	2.000	19.000	0	19.000
Netz-, Serverkomponenten	18.150	4.800	8.300	400	31.650	0	31.650
RZ-Infrastruktur alt	0	0	0	0	0	0	0
RZ-Infrastruktur neu	0	0	0	0	0	0	0
Telekommunikation	0	1.375	0	925	2.300	0	2.300
Kassensystem Schwabach	0	0	0	0	0	0	0
Büroeinrichtung	0	0	0	0	0	0	0
Summe	83.890	51.975	24.190	8.025	168.080	0	168.080
insgesamt	***636.070***	***374.285***	***246.522***	***86.924***	***1.343.801***	***0***	***1.343.801***

Wirtschaftsplan 2015:

Abschreibungen aus ... *und* *Abscheibungen für ...*	*alle Investitionen*						
	KBit	***Erlangen***	***Fürth***	***Schwabach***	**Kern**	***Schulen-ER***	**Gesamt**
Alt-Beständ Städte b. 2009							
Fachanwendungen	0	2.516	775	2.171	5.462	707	6.169
Standardsoftware	0	0	0	0	0	0	0
Systemsoftware	0	0	0	0	0	0	0
Arbeitsplatzsysteme	0	0	422	0	422	0	422
Netz-, Serverkomponenten	0	10.410	17.929	1.951	30.290	195	30.485
RZ-Infrastruktur alt	0	0	682	0	682	0	682
RZ-Infrastruktur neu	0	0	0	0	0	0	0
Telekommunikation	0	7.142	2.307	3.738	13.187	0	13.187
Kassensystem Schwabach	0	0	0	3.520	3.520	0	3.520
Büroeinrichtung	0	0	0	44	44	0	44
Summe	0	20.068	22.115	11.424	53.607	902	54.509
Investitionen 2010							
Fachanwendungen	621	19.041	6.118	3.137	28.917	0	28.917
Standardsoftware	0	684	0	0	684	150	834
Systemsoftware	14.295	2.335	944	141	17.715	254	17.969
Arbeitsplatzsysteme	0	166	147	37	350	44.109	44.459
Netz-, Serverkomponenten	103.376	8.027	9.667	2.784	123.854	2.934	126.788
RZ-Infrastruktur alt	0	0	0	0	0	0	0
RZ-Infrastruktur neu	78.276	0	0	0	78.276	0	78.276
Telekommunikation	8.141	1.426	233	0	9.800	0	9.800
Kassensystem Schwabach	0	0	0	0	0	0	0
Büroeinrichtung	14.626	0	0	0	14.626	0	14.626
Summe	219.335	31.679	17.109	6.099	274.222	47.447	321.669
Investitionen 2011							
Fachanwendungen	5.965	34.989	24.807	15.267	81.028	1.173	82.201
Standardsoftware	1.086	9.263	7.826	6.204	24.379	0	24.379
Systemsoftware	63.268	7.661	5.318	1.098	77.345	0	77.345
Arbeitsplatzsysteme	1.230	52.773	38.234	14.479	106.716	50.915	157.631
Netz-, Serverkomponenten	107.248	1.340	6.254	1.081	115.923	5.131	121.054
RZ-Infrastruktur alt	0	0	0	0	0	0	0
RZ-Infrastruktur neu	0	0	0	0	0	0	0
Telekommunikation	756	2.194	13.203	4.584	20.737	208	20.945
Kassensystem Schwabach	0	0	0	0	0	0	0
Büroeinrichtung	602	0	0	0	602	0	602
Summe	180.155	108.220	95.642	42.713	426.730	57.427	484.157
Investitionen 2012							
Fachanwendungen	32.859	21.024	17.208	2.454	73.545	335	73.880
Standardsoftware	241	34.408	24.702	7.691	67.042	1.688	68.730
Systemsoftware	76.385	30.790	19.654	5.900	132.729	6.174	138.903
Arbeitsplatzsysteme	535	46.806	42.514	13.046	102.901	46.367	149.268
Netz-, Serverkomponenten	22.515	762	2.211	6.907	32.395	8.361	40.756
RZ-Infrastruktur alt	0	0	0	0	0	0	0
RZ-Infrastruktur neu	0	0	0	0	0	0	0
Telekommunikation	4.580	1.951	2.892	2.581	12.004	149	12.153
Kassensystem Schwabach	0	0	0	0	0	0	0
Büroeinrichtung	0	0	0	0	0	0	0
Summe	137.115	135.741	109.181	38.579	420.616	63.074	483.690

Wirtschaftsplan 2015:

Abschreibungen aus ... *und* *Abscheibungen für ...*	*alle Investitionen*						
	KBit	***Erlangen***	***Fürth***	***Schwabach***	**Kern**	***Schulen-ER***	**Gesamt**
Investitionen 2013							
Fachanwendungen	14.952	37.425	23.546	12.688	88.611	927	89.538
Standardsoftware	320	37.355	32.566	11.976	82.217	9.222	91.439
Systemsoftware	47.018	14.427	11.278	3.544	76.267	20.473	96.740
Arbeitsplatzsysteme	252	59.765	44.503	16.515	121.035	85.647	206.682
Netz-, Serverkomponenten	115.264	6.921	1.666	1.924	125.775	26.836	152.611
RZ-Infrastruktur alt	0	0	0	0	0	0	0
RZ-Infrastruktur neu	0	0	0	0	0	0	0
Telekommunikation	2.328	2.649	5.203	1.159	11.339	0	11.339
Kassensystem Schwabach	0	0	0	0	0	0	0
Büroeinrichtung	630	0	0	176	806	0	806
Summe	180.764	158.542	118.762	47.982	506.050	143.105	649.155
Investitionen 2014							
Fachanwendungen	20.010	30.227	25.603	16.359	92.199	500	92.699
Standardsoftware	310	41.459	29.827	6.940	78.536	7.357	85.893
Systemsoftware	20.602	169	0	0	20.771	19.312	40.083
Arbeitsplatzsysteme	1.428	62.006	55.372	14.866	133.672	101.651	235.323
Netz-, Serverkomponenten	20.725	31.825	20.220	715	73.485	21.048	94.533
RZ-Infrastruktur alt	0	0	0	0	0	0	0
RZ-Infrastruktur neu	0	0	0	0	0	0	0
Telekommunikation	112	9.690	12.390	3.570	25.762	2.090	27.852
Kassensystem Schwabach	0	0	0	0	0	0	0
Büroeinrichtung	0	0	0	494	494	0	494
Summe	63.187	175.376	143.412	42.944	424.919	151.958	576.877
Investitionen 2015							
Fachanwendungen	8.890	27.000	12.690	4.100	52.680	0	52.680
Standardsoftware	1.400	6.500	500	200	8.600	0	8.600
Systemsoftware	56.350	0	0	600	56.950	0	56.950
Arbeitsplatzsysteme	9.300	41.300	22.200	8.000	80.800	150.087	230.887
Netz-, Serverkomponenten	18.900	11.300	11.300	1.750	43.250	9.000	52.250
RZ-Infrastruktur alt	0	0	0	0	0	0	0
RZ-Infrastruktur neu	0	0	0	0	0	0	0
Telekommunikation	375	7.275	11.600	2.325	21.575	0	21.575
Kassensystem Schwabach	0	0	0	0	0	0	0
Büroeinrichtung	0	0	0	0	0	0	0
Summe	95.215	93.375	58.290	16.975	263.855	159.087	422.942
insgesamt	***875.771***	***723.001***	***564.511***	***206.716***	***2.369.999***	***623.000***	***2.992.999***

Planung Neu-Investitionen

- nur Kern-Plan -

Proj.Nr.:	Projektbezeichnung:	AHK	bgND	AfA 2015	AfA 2016 ff.	KBit	Erlangen	Fürth	Schwabach	Kern
	Anmeldungen KOMMUNALBIT									
	Bereich KUNDENMANAGEMENT									
15101	ISTM-Projekt, zusätzliche Lizenzen	15.000	5	2.250	3.000	2.250	0	0	0	2.250
	Summe Bereich Kundenmanagement	*15.000*		*2.250*	*3.000*	*2.250*	*0*	*0*	*0*	*2.250*
	Bereich SUPPORT									
15240	Arbeitsmittel allgemein für Support (Hardware)	5.000	5	500	1.000	500	0	0	0	500
15241	Arbeitsmittel allgemein für Support (spezielle Software)	5.000	5	500	1.000	500	0	0	0	500
15251	W7-Projekt: Peripherie und Spezialhardware	15.000	5	1.500	3.000	0	1.500	0	0	1.500
15252	W7-Projekt: Upgrades von Std. Software (einmalig)	30.000	5	3.000	6.000	0	3.000	0	0	3.000
15253	W7-Projekt: Office 2010 Liz	25.000	5	2.500	5.000	0	2.500	0	0	2.500
	Summe Bereich Support	*80.000*		*8.000*	*16.000*	*1.000*	*7.000*	*0*	*0*	*8.000*
	Bereich TELEKOMMUNIKATIONSMANAGEMENT									
15305	UC 100 Teiln. / Audiokonferenz 30 Teiln.: Teil-Übertrag 2014	25.000	5	2.500	5.000	2.500	0	0	0	2.500
15308	Aurenz-AllwinPro Erweiterung (3.000 Teiln.): Übertrag 2014	23.800	5	1.190	4.760	1.190	0	0	0	1.190
15309	Mobile Device Management Erweiterung	3.000	5	450	600	450	0	0	0	450
15323	TK-Feuerwehr - Erweiterung Telekom-DECT	11.000	6	1.375	1.850	0	1.375	0	0	1.375
	Summe Bereich Telekommunikationsmanagement	*62.800*		*5.515*	*12.210*	*4.140*	*1.375*	*0*	*0*	*5.515*

KommunalBIT AöR
Kaiserstraße 30
90763 Fürth

Planung Neu-Investitionen

- nur Kern-Plan -

Proj.Nr.:	Projektbezeichnung:	AHK	bgND	AfA 2015	AfA 2016 ff.	KBit	Erlangen	Fürth	Schwabach	Kern
	Bereich SERVER UND NETZE									
15411	Serverlizenzen	31.000	5	6.200	6.200	6.200	0	0	0	6.200
15413	virtuelle Umgebung	241.000	5	36.150	48.200	36.150	0	0	0	36.150
15414	AD-Management	120.000	5	12.000	24.000	12.000	0	0	0	12.000
15431	Netzwerkkomponenten ER	11.500	7	1.250	1.650	0	1.250	0	0	1.250
15432	Netzwerkkomponenten FU	50.500	7	3.600	7.250	0	0	3.600	0	3.600
14533	Netzwerkkomponenten SC	3.500	7	250	500	0	0	0	250	250
15434	Netzwerkkomponenten KB	27.000	7	2.900	3.850	2.900	0	0	0	2.900
15441	Speicher	75.000	6	3.150	12.500	3.150	0	0	0	3.150
15442	Server	34.000	6	4.250	5.700	4.250	0	0	0	4.250
15446	Mailsystem	16.000	6	700	2.700	700	0	0	0	700
15461	Bereichsreserver KB	100.000	7	7.150	14.300	7.150	0	0	0	7.150
15462	Bereichsreserver ER	5.000	7	350	700	0	350	0	0	350
15463	Bereichsreserver FU	5.000	7	350	700	0	0	350	0	350
15464	Bereichsreserver SC	2.500	7	150	350	0	0	0	150	150
	Summe Bereich Server und Netze	*722.000*		*78.450*	*128.600*	*72.500*	*1.600*	*3.950*	*400*	*78.450*
	Bereich ANWENDUNGSBETRIEB									
15501	ANW-Hilfsprogramme	4.000	5	400	800	400	0	0	0	400
15502	KB-MS-SQL-Server Lizenzen	22.000	5	1.100	4.400	1.100	0	0	0	1.100
15503	WIN7 Zusatzlizenzen Fachanwendungen	10.000	5	2.000	2.000	0	2.000	0	0	2.000
15504	WIN7 Zusatzlizenzen Fachanwendungen	10.000	5	2.000	2.000	0	0	2.000	0	2.000
	Summe Bereich Anwendungsbetrieb	*46.000*		*5.500*	*9.200*	*1.500*	*2.000*	*2.000*	*0*	*5.500*
	Bereich VERWALTUNG									
15601	Automatisierte Rechungseingangserfassung (Übertrag: 2014)	25.000	5	2.500	5.000	2.500	0	0	0	2.500
	Summe Bereich Verwaltung	*25.000*		*2.500*	*5.000*	*2.500*	*0*	*0*	*0*	*2.500*
	Summe Anmeldungen KommunalBIT	**950.800**	**0**	**102.215**	**174.010**	**83.890**	**11.975**	**5.950**	**400**	**102.215**
					in %	***82,1***	***11,7***	***5,8***	***0,4***	***100***

KommunalBIT AöR
Kaiserstraße 30
90763 Fürth

Planung Neu-Investitionen

- nur Kern-Plan -

Proj.Nr.:	Projektbezeichnung:	AHK	bgND	AfA 2015	AfA 2016 ff.	KBit	Erlangen	Fürth	Schwabach	Kern
	Anmeldungen STÄDTE									
	Bereich STADT ERLANGEN									
15260	eGov: Hardware DMS, Bildschirme, Durchzugscanner	70.000	5	7.000	14.000	0	7.000	0	0	7.000
15521	ER-DMS Lizenz Projektkosten, DMS-Rollout in weitere Fachbereiche	110.000	5	11.000	22.000	0	11.000	0	0	11.000
15522	ER-WEB-Intranet (Lizenzerweiterungen für contentXXL Web)	5.000	5	500	1.000	0	500	0	0	500
15523	ER-Jugendamtsoftware	24.000	5	2.400	4.800	0	2.400	0	0	2.400
15701	eGov - unbestimmte Projekte: Rest	31.000	5	3.100	6.200	0	3.100	0	0	3.100
15702	Ämteranmeldungen - unbestimmte Projekte	160.000	5	16.000	32.000	0	16.000	0	0	16.000
	Summe Bereich Stadt Erlangen	*400.000*		*40.000*	*80.000*	*0*	*40.000*	*0*	*0*	*40.000*
	Bereich STADT FÜRTH									
15270	GrfA: Neuanschaffung Outdoor-Laptop (Plan-Pos.: 1)	2.000	5	200	400	0	0	200	0	200
15271	SpA: Neuanschaffung einer Workstation für 3 D Stadtmodell (Plan-Pos.: 7)	15.000	5	1.500	3.000	0	0	1.500	0	1.500
15435	FU-SCH: Anbindung Außenstellen an Schulen, Austausch Switche	3.500	7	250	500	0	0	250	0	250
14530	FU: Anbindung Rundfunkmuseum, Einmalkosten Tannenplatz	54.500	10	2.750	5.450	0	0	2.750	0	2.750
15443	FU-SCH: 2 Schulverwaltungsserver	8.000	6	1.000	1.350	0	0	1.000	0	1.000
15465	FU-SCH: Bereichsreserve für Arbeiten Netzwerkkomponenten	5.000	7	350	700	0	0	350	0	350
15506	FU-Grfa: zusätzliche mobile Lizenz Spielegerätekataster geoVAL (Plan-Pos.: 1)	3.000	5	450	600	0	0	450	0	450
15507	FU-LA: Markt- und Veranstaltungssoftware, 2 Lizenzen (Plan-Pos.: 2)	6.200	5	930	1.240	0	0	930	0	930
15508	FU-BA: Modul OK.EWO "elektronische Einwohnerakte" (Plan-Pos.: 3)	7.400	5	1.110	1.480	0	0	1.110	0	1.110
15509	FU-JgA: Software "Betreuungsbehörde" (Plan-Pos.: 4)	8.000	5	1.200	1.600	0	0	1.200	0	1.200
15510	FU-JgA: Kita-Platz-Vergabesystem (Plan-Pos.: 4)	30.000	5	3.000	6.000	0	0	3.000	0	3.000
15511	FU-Aufrufanlage (Ersatzbeschaffung) (Plan-Pos.: 3)	10.000	5	1.500	2.000	0	0	1.500	0	1.500
15512	FU-RIB-iTWO (Umstieg von RIB-Stratis auf RIB-iTWO) (Plan-Pos.: 9)	40.000	5	4.000	8.000	0	0	4.000	0	4.000
	Summe Bereich Stadt Fürth	*192.600*		*18.240*	*32.320*	*0*	*0*	*18.240*	*0*	*18.240*

KommunalBIT AöR
Kaiserstraße 30
90763 Fürth

Planung Neu-Investitionen

- nur Kern-Plan -

Proj.Nr.:	Projektbezeichnung:	AHK	bgND	AfA 2015	AfA 2016 ff.	KBit	Erlangen	Fürth	Schwabach	Kern
	Bereich STADT SCHWABACH									
15280	Wacom Signaturtablet Fachbereich 23	4.000	5	400	800	0	0	0	400	400
15281	Einzelplakettenscanner 10 x Fachbereich 23	3.000	5	300	600	0	0	0	300	300
15282	Plakettenträgerdrucker Fachbereich 23	5.000	5	500	1.000	0	0	0	500	500
15284	PC Arbeitsplätze - Mehrungen	1.000	5	100	200	0	0	0	100	100
15285	Beamer Kulturamt	0	5	0	0	0	0	0	0	0
15286	Größere Bildschirme	3.000	5	300	600	0	0	0	300	300
15287	Sonstiger außerord. Bed. u. kl. Prog.	3.000	5	300	600	0	0	0	300	300
15329	SC-(10.5)-Erweiterung bisherige TK-Anlage - Lizenzen, Telefone	5.000	6	425	850	0	0	0	425	425
15330	SC-(10.5)-Handy neue - Umstieg auf höherwertige	3.000	3	500	1.000	0	0	0	500	500
15331	SC-(10.5)-Sonderdrucker - Mehrungen	1.000	5	100	200	0	0	0	100	100
15448	SC-(10.5)-de.Mail-Gateway	3.000	5	600	600	0	0	0	600	600
15513	SC-(Museum)-Inventarisierungssoftware	0	5	0	0	0	0	0	0	0
15514	SC-(22)-Schnittstelle ProSoz-MESO	3.500	5	700	700	0	0	0	700	700
15515	SC-(23;10.5)-Bürgerserviceportal/AKDB- für I-KFZ-Abmeldung	3.000	5	300	600	0	0	0	300	300
15516	SC-(23)-IKOL-Kfz-Online-Abmeldung	5.000	5	750	1.000	0	0	0	750	750
15517	SC-(23)-Digant-FS-Software und Schnittstelle	9.000	5	450	1.800	0	0	0	450	450
15518	SC-(10.5)-GIS Erweiterungen ALKIS	7.000	5	700	1.400	0	0	0	700	700
15519	SC-(10.5)-Ticketsystem Städte- ITSM	10.000	5	500	2.000	0	0	0	500	500
15520	SC-(10.5)-Sonstiger außeror. B. kleinere Prog.	7.000	5	700	1.400	0	0	0	700	700
	Summe Bereich Stadt Schwabach	*75.500*		*7.625*	*15.350*	*0*	*0*	*0*	*7.625*	*7.625*
	Summe Anmeldungen Städte	**668.100**		**65.865**	**127.670**	**0**	**40.000**	**18.240**	**7.625**	**65.865**
					in %	***0,0***	***60,7***	***27,7***	***11,6***	***100***
	Summe über Alles PLAN 2015	**1.618.900**		**168.080**	**301.680**	**83.890**	**51.975**	**24.190**	**8.025**	**168.080**
						49,9%	**30,9%**	**14,4%**	**4,8%**	**100,0%**
	Summe über Alles PLAN 2014	**2.518.350**		**261.345**	**503.500**	**64.590**	**109.670**	**69.510**	**17.575**	**261.345**
						24,7%	**42,0%**	**26,6%**	**6,7%**	**100,0%**
	Abweichung PLAN 2015 zu 2014	**-899.450**		**-93.265**	**-201.820**	**19.300**	**-57.695**	**-45.320**	**-9.550**	**-93.265**
						-20,7%	**61,9%**	**48,6%**	**10,2%**	**100,0%**

KommunalBIT AöR
Kaiserstraße 30
90763 Fürth

Planung Ersatz-Investitionen

- nur Kern-Plan -

Proj.Nr.:	Projektbezeichnung:	AHK	bgND	AfA 2015	AfA 2016 ff.	KBit	Erlangen	Fürth	Schwabach	Kern
	Anmeldungen KOMMUNALBIT									
	Bereich SUPPORT									
15201	Arbeitsmittel allgemein für Support	3.000	5	300	600	300	0	0	0	300
15203	Upgrades Std. Software - ohne Projektbezug, d.h. nicht W7 -	10.000	5	1.000	2.000	0	1.000	0	0	1.000
15204	Upgrades Std. Software - ohne Projektbezug, d.h. nicht W7 -	5.000	5	500	1.000	0	0	500	0	500
15205	Upgrades Std. Software - ohne Projektbezug, d.h. nicht W7 -	2.000	5	200	400	0	0	0	200	200
15210	LifeCycle Arbeitsplatzsysteme	250.000	5	25.000	50.000	0	25.000	0	0	25.000
15211	LifeCycle Arbeitsplatzsysteme	160.000	5	16.000	32.000	0	0	16.000	0	16.000
15212	LifeCycle Arbeitsplatzsysteme	50.000	5	5.000	10.000	0	0	0	5.000	5.000
15213	LifeCycle Arbeitsplatzsysteme	75.000	5	7.500	15.000	7.500	0	0	0	7.500
15221	Sondergeräte: Scan, Plot, Braille usw.	30.000	5	3.000	6.000	0	3.000	0	0	3.000
15222	Sondergeräte: Scan, Plot, Braille usw.	30.000	5	3.000	6.000	0	0	3.000	0	3.000
15223	Sondergeräte: Scan, Plot, Braille usw.	10.000	5	1.000	2.000	0	0	0	1.000	1.000
15230	Spezielle Hardware (Beamer Schulungsraum)	10.000	5	1.000	2.000	1.000	0	0	0	1.000
15232	Spezielle Software allgemein	5.000	5	500	1.000	500	0	0	0	500
	Summe Bereich Support	*640.000*		*64.000*	*128.000*	*9.300*	*29.000*	*19.500*	*6.200*	*64.000*
	Bereich TELEKOMMUNIKATIONSMANAGEMENT									
15313	Ersatz TK-Systeme (Schulen/Soz. Einr.) ER	18.000	6	1.500	3.000	0	1.500	0	0	1.500
15314	Ersatz TK-Systeme (Schulen/Soz. Einr.) FU	18.000	6	1.500	3.000	0	0	1.500	0	1.500
15317	Life-Cycle Smartphones/Handys	6.000	3	1.000	2.000	100	375	375	150	1.000
15318	Life-Cycle Tabletts	16.500	3	2.725	5.500	275	1.025	1.025	400	2.725
15327	Xpression Migration (Server-Ersatz): Übertrag 2014	9.000	3	2.250	3.000	0	0	2.250	0	2.250
15328	Xpression Migration (Server-Ersatz): Übertrag 2014	12.000	3	3.000	4.000	0	3.000	0	0	3.000
	Summe Bereich Telekommunikationsmanagement	*79.500*		*11.975*	*20.500*	*375*	*5.900*	*5.150*	*550*	*11.975*

KommunalBIT AöR
Kaiserstraße 30
90763 Fürth

Planung Ersatz-Investitionen

- nur Kern-Plan -

Proj.Nr.:	Projektbezeichnung:	AHK	bgND	AfA 2015	AfA 2016 ff.	KBit	Erlangen	Fürth	Schwabach	Kern
	Bereich SERVER UND NETZE									
15437	Netzwerkkomponenten ER	80.000	7	5.750	11.450	0	5.750	0	0	5.750
15438	Netzwerkkomponenten FU	5.000	7	550	700	0	0	550	0	550
15439	Netzwerkkomponenten SC	14.000	7	1.000	2.000	0	0	0	1.000	1.000
15436	Netzwerkkomponenten FU-SCH	3.000	7	350	450	0	0	350	0	350
15445	Schulverwaltungsserver FU	8.000	6	1.000	1.350	0	0	1.000	0	1.000
15444	virtuelle Umgebung KB	6.000	5	900	1.200	900	0	0	0	900
15466	Bereichsreserve KB	10.000	7	750	1.450	750	0	0	0	750
15467	Bereichsreserve ER	10.000	7	750	1.450	0	750	0	0	750
15468	Bereichsreserve FU	10.000	7	750	1.450	0	0	750	0	750
15469	Bereichsreserve SC	5.000	7	350	700	0	0	0	350	350
15460	Bereichsreserve FU-SCH	5.000	7	350	700	0	0	350	0	350
	Summe Bereich Server und Netze	*156.000*		*12.500*	*22.900*	*1.650*	*6.500*	*3.000*	*1.350*	*12.500*
	Summe Anmeldung KommunalBIT	**875.500**		**88.475**	**171.400**	**11.325**	**41.400**	**27.650**	**8.100**	**88.475**
					in %	***12,8***	***46,8***	***31,3***	***9,2***	***100***
	Anmeldungen STÄDTE									
	Bereich STADT ERLANGEN									
										0
										0
	Summe Bereich Stadt Erlangen	*0*		*0*	*0*	*0*	*0*	*0*	*0*	*0*
	Bereich STADT FÜRTH									
15321	Ersatz TK-Systeme Schulen / Stadtarchiv: Übertrag WJ 2014	77.350	6	6.450	12.900	0	0	6.450	0	6.450
15505	SzA: FV "Wohngeld" (Plan-Pos.: 8)	0	5	0	0	0	0	0	0	0
										0
										0
										0
	Summe Bereich Stadt Fürth	*77.350*		*6.450*	*12.900*	*0*	*0*	*6.450*	*0*	*6.450*

KommunalBIT AöR
Kaiserstraße 30
90763 Fürth

Planung Ersatz-Investitionen

- nur Kern-Plan -

Proj.Nr.:	Projektbezeichnung:	AHK	bgND	AfA 2015	AfA 2016 ff.	KBit	Erlangen	Fürth	Schwabach	Kern
	Bereich STADT SCHWABACH									
15312	SC-(10.5)-TK-Anlagen-Schulen - Austausch	10.000	6	850	1.700	0	0	0	850	850
	Summe Bereich Stadt Schwabach	*10.000*		*850*	*1.700*	*0*	*0*	*0*	*850*	*850*
	Summe Anmeldungen Städte	**87.350**		**7.300**	**14.600**	**0**	**0**	**6.450**	**850**	**7.300**
					in %	***0,0***	***0,0***	***88,4***	***11,6***	***100***
	Summe über Alles PLAN 2015	**962.850**		**95.775**	**186.000**	**11.325**	**41.400**	**34.100**	**8.950**	**95.775**
						11,8%	**43,2%**	**35,6%**	**9,3%**	**100,0%**
	Summe über Alles PLAN 2014	**1.649.650**		**191.945**	**323.150**	**52.535**	**65.880**	**57.820**	**15.710**	**191.945**
						27,4%	**34,3%**	**30,1%**	**8,2%**	**100,0%**
	Abweichung PLAN 2015 zu 2014	**-686.800**		**-96.170**	**-137.150**	**-41.210**	**-24.480**	**-23.720**	**-6.760**	**-96.170**
						42,9%	**25,5%**	**24,7%**	**7,0%**	**100,0%**

KommunalBIT AöR
Kaiserstraße 30
90763 Fürth

Stellenplan KommunalBIT
2015
Entwurf - V3

01.01.2015

kommunal:bit

Beamte

Qualifizierungs-ebene	Besoldungs-gruppe	Zahl der Stellen 2015			Zahl der Stellen 2014	tatsächlich besetzt am 30.06.2014	Erläuterungen
		insgesamt	darunter				
			mit Zulage	ausges.			
4	A16	0			0	0	
	A15	1			1	1	
	A14	2			2	2	
	A13	0			0	0	
3	A13	1			1	1	
	A12	2			2	2	
	A11	1			1	2	
	A10	3			3	1	
	A9	0			0	0	
2	A9	0			0	1	
	A8	1			1	1	
	bis A7	0			0	0	
1		0			0	0	
Insgesamt		**11**			**11**	**11**	

Arbeitnehmer

Entgeltgruppe	Zahl der Stellen 2015	Zahl der Stellen 2014	tatsächlich besetzt am 30.06.2014	Erläuterungen
AT	1	1	1	
15	1	1	1	
14	0	0	0	
13	0	0	0	
12	3	3	3	1 Stellen EG9 in 2014 neu bewertet
11	14	14	14	
10	12,6	10,6	9,6	1 Stelle EG9 für SCH neu beantragt
9	7	7	6	
8	13,9	13,9	12,4	1 Stelle EG10 für ANW neu beantragt
7	0	0	0	
6	0,5	0,5	0	1 Stelle EG10 kw Bereich BET
5	0	0	0	
4	0	0	0	
3	0	0	0	
2	0	0	0	
1	0	0	0	
Insgesamt	**53**	**51**	**47**	

Bedienstete in Ausbildung

Bezeichnung	Art der Vergütung	vorgesehen für 2015	beschäftigt am 30.06.2014	Erläuterungen
Anwärter	Anwärterbezüge	1	0	Einstellung zum 01.09.2014
Auszubildende	Ausbildungsvergütung	6	4	Einstellung zum 01.09.2014/01.09.2015
Insgesamt		**7**	**4**	(ab 01.09.2014 insgesamt 6)

Mittelfristige Finanzplanung: Erfolgsplan (Plan-GuV)

kommunalbit

(Anlehnung Anlage 4, Muster zu §§ 3 und 9 KommHV-Doppik)

Planposition	Ergebnis 2013 (TEUR)	Plan 2014 (TEUR)	Plan 2015-E-3 (TEUR)	Plan 2016 (TEUR)	Plan 2017 (TEUR)	Plan 2018 (TEUR)
1. Umsatzerlöse (Abschlagszahlungen)	11.408	12.954	13.071	13.676	14.012	14.629
2. Sonstige betriebliche Erträge	352	16	16	16	16	16
3. Bezogene Leistung	3.559	4.399	4.533	4.547	4.456	4.696
4. Personalaufwand	4.486	4.343	4.300	4.501	4.633	4.746
5. Abschreibungen	2.578	2.971	2.993	3.244	3.594	3.810
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	1.053	1.063	1.121	1.192	1.102	1.122
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	38	37	40	42	45	49
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	122	230	180	250	288	320
9. Ergebnisse der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	***0***	***1***	***0***	***0***	***0***	***0***
10. Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
11. Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
12. Außerordentliches Ergebnis	***0***	***0***	***0***	***0***	***0***	***0***
13. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0	0	0	0	0
14. Sonstige Steuern	1	1	0	0	0	0
15. Jahresgewinn / Jahresverlust	**-1**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**

Aufteilung Umsatzerlöse:						
Erlangen	4.738	5.225	5.203	5.393	5.499	5.773
Fürth	4.138	4.800	4.525	4.711	4.804	5.043
Schwabach	1.632	1.709	1.724	1.853	1.890	1.984
Kernhaushalt	***10.508***	***11.734***	***11.452***	***11.957***	***12.193***	***12.800***
ER-Schulen	900	1.220	1.619	1.719	1.819	1.829
Gesamthaushalt	**11.408**	**12.954**	**13.071**	**13.676**	**14.012**	**14.629**

Plan 2016	*Plan 2017*	*Plan 2018*

Enthalten: Erneuerung der zentralen TK-Anlagen

bezogene Leistungen:

Consulting:	*251*	*28*	*0*
Wartung:	*0*	*150*	*150*
Summe:	***251***	***178***	***150***

Abschreibungen:

Summe:	***101***	***213***	***226***

gesamt

Summe:	***352***	***391***	***376***

Aufteilung Erneuerung TK-Anlagen:

161	***178***	***171***
155	***173***	***167***
36	***40***	***38***
352	***391***	***376***

KommunalBIT AöR
Kaiserstraße 30
90763 Fürth

Mittelfristige Finanzplanung: Erfolgsplan (Plan-GuV)

kommunalBIT

PLAN-PRÄMISSEN

zu Planposition

1. Umsatzerlöse (Abschlagszahlungen)	Aufteilung für Jahre 2016 -2018 anhand der Werte aus Jahresabrechnung für WJ 2013, da keine gültigeren Werte nachgewiesen.
2. Sonstige betriebliche Erträge	Mit Planung von Einnahmen aus der Vermietung des Schulungsraumes.
3. Bezogene Leistung	Die Veränderungen ergeben sich aus dem geplanten Voranschreiten der Erneuerung der TK-Hauptanlagen, den geplanten Mehrungen im Bereich Softwarepflege, und der geplanten, marktüblichen Erhöhung der Koster für Pflegeverträge (Software / Hardware)
4. Personalaufwand	Es wird von einer Steigerung von 2,5% p.a. ausgegangen (siehe MiFri Vorjahr). Die Veränderung der Stellenanzahl resultiert im Wesentlichen aus der Aufstockung im Bereich der Erlanger Schulen. Im Bereich des Kernplanes wird davon ausgegangen, dass das zusätzliche Volumen aus geplanten Mehrungen (ohne Sonderprojekte) mit dem vorhandenen Personal realisiert werden kann. Bedarfe aus der "Neuausrichtung KommunalBIT" sind noch nicht geplant.
5. Abschreibungen	Wesentliche Ursachen für die Erhöhung der Abschreibungen sind die Investitionen für die Erneuerung der neuen TK-Hauptanlagen, die permante Anpassung und Weiterentwicklung der Kapazitäten Rechenzentrum für aktuelle und zukünftige Anforderungen, sowie die direkten Abschreibungen aus voraussichtlichen Mehrungen der Städte (Planansatz aufgrund Erfahrungen Vergangenheit: ER = 400. TEUR, FU = 200. TEUR, SC = 80. TEUR pro Jahr).
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	Es werden keine dauerhaften Veränderungen in Bezug auf Fahrzeug- und Verwaltungskosten erwartet. Die Veränderungen resultieren aus der Erhöhung der Raumkosten Kaiserstraße (Mieten, Reinigung) und der Erhöhung der Kosten für Versicherungen Geringe Veränderungen der Kosten für externe Unterstützungsleistungen zur Ergänzung Kompetenzprofil (projektabhängig)
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	Es werden grundsätzlich keine wesentliche externen Zinserträge erwartet. Die eingeplanten Beträge sollen die Zinserträge aus der Aufzinsung der Rückdeckungsversicherung vorwegnehmen.
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	Aktualisierung der Zinsaufwendungen für geplanten Kapitalbedarf, sowie Anpassung der Zinsen für langfristige Rückstellunger in Anlehnung an versicherungsmathematische Gutachten.

KommunalBIT AöR
Kaiserstraße 30
90763 Fürth

Mittelfristige Finanzplanung: Vermögensplan (= Plan-Kapitalflussrechnung)

Schema: siehe Jahresabschlussbericht

	Ansatz WJ 2013 (EUR)	Ansatz WJ 2014 (EUR)	Ansatz WJ 2015 (EUR)	Plan WJ 2016 (EUR)	Plan WJ 2017 (EUR)	Plan WJ 2018 (EUR)
I. LAUFENDE GESCHÄFTSTÄTIGKEIT						
Jahresergebnis	0	0	0	0	0	0
Abschreibung/Zuschreibungen Sachanlagevermögen	2.974	2.971	2.993	3.244	3.594	3.810
Zu-/Abnahme mittel- u. langfristige Rückstellungen	0	0	0	0	0	0
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	0	0	0	0	0	0
CF nach DVFA/SG	**2.974**	**2.971**	**2.993**	**3.244**	**3.594**	**3.810**
Gewinn/Verlust Abgang Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0
Zu-/Abnahme Forderungen L/L, sonstige Aktiva	0	0	0	0	0	0
Zu-/Abnahme Verbindlichkeiten L/L, sonstige Passiva	0	0	0	0	0	0
= Mittelzufluss/-abfluss laufende Geschäftstätigkeit	**2.974**	**2.971**	**2.993**	**3.244**	**3.594**	**3.810**
II. INVESTITIONSTÄTIGKEIT						
Einzahlungen aus Abgänge Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0
Erhaltene Zuschüsse zum Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0
Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen	-4.365	-5.150	-5.045	-5.107	-4.359	-4.440
= Mittelzufluss/-abfluss aus Investitionstätigkeit	**-4.365**	**-5.150**	**-5.045**	**-5.107**	**-4.359**	**-4.440**
III. FINANZIERUNGSTÄTIGKEIT						
Einzahlungen aus Aufnahme von Krediten	2.350	3.350	2.850	3.400	2.725	3.075
Einstellungen in die Kapitalrücklage	0	0	0	0	0	0
Entnahmen aus der Kapitalrücklage	0	0	0	0	0	0
Auszahlungen für die Tilgung von Krediten	-937	-1.145	-760	-1.535	-1.945	-2.440
= Mittelzufluss/-abfluss aus Finanzierungstätigkeit	**1.413**	**2.205**	**2.090**	**1.865**	**780**	**635**
IV. VERÄNDERUNG DER LIQUIDEN MITTEL						
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestand	22	26	38	2	15	5
Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	0	0	0	0	0	0
= Finanzmittelbestand am Ende der Periode	**22**	**26**	**38**	**2**	**15**	**5**
nachrichtlich:						
Zusammensetzung "Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen":						
Neu-Investitionen	2.778	2.518	1.619	2.547	1.484	1.215
Ersatz-Investitionen	1.237	1.650	963	1.226	2.021	1.936
Zwischensumme	4.015	4.168	2.582	3.773	3.505	3.151
Schulen Erlangen	350	982	1.501	1.334	854	1.289
Endsumme	4.365	5.150	4.083	5.107	4.359	4.440
zusätzlich: Abschlagszahlung für zentrale TK-Anlagen in Q4	0	0	962	0	0	0

Verpflichtungsermächtigung" für europaweite Ausschreibung ab WJ 2016:
- EDV-Arbeitsplatzsysteme = 2.000 TEUR
- Telekommunikationshauptanlagen = 1.618 TEUR

Ö 13

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:	Verantwortliche/r:	Vorlagennummer:
OBM/ZV/112	Personal- und Organisationsamt	**112/025/2015**

Befristete Änderung der Öffnungszeiten im Bürgeramt, Abt. Ausländerangelegenheiten und Einbürgerung (Abt. 332); Einführung eines Schließtages

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	25.02.2015	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen
Ref. III, Amt 33

I. Antrag

Die Abteilung für Ausländerangelegenheiten und Einbürgerungen (Abt. 332) des Bürgeramtes bleibt ab sofort befristet bis 31.12.2015 mittwochs für den offenen Publikumsverkehr geschlossen.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen
(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Durch die befristete Reduzierung der Öffnungszeiten soll aus Gründen der Personalfürsorge eine Entlastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einerseits und eine zügige Sachbearbeitung andererseits erreicht werden.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen
(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Neben sich ändernder Rechtsanwendung steigen auch die Fallzahlen.
So lässt sich neben dem Anstieg im Bereich Asyl und humanitäre Aufenthalte auch eine Steigerung bei der Zahl ausländischer, Nicht-EU-Staatsangehöriger Studienanfänger an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (WS 2010/11 111 Personen; WS 2012/14 267 Personen) und bei der Zahl von ausländischen Studierenden mit Aufenthaltserlaubnis zu Studienzwecken (WS 2010/11 1.255 Personen; WS 2013/14 1.782 Personen) verzeichnen.

Hinzu kommen zusätzliche Projektaufgaben (Umbau der Ausländerbehörde zur Willkommensbehörde, Einbürgerungsinitiative).

Daher wird jeweils mittwochs ein Schließtag für den offenen Publikumsverkehr eingerichtet.

Terminierte Einladungen und Einzelvorsprachen bleiben hiervon unberührt.

3. Prozesse und Strukturen
(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Die Öffnungszeiten in der Abt. 332 sind bis 31.12.2015 wie folgt:

Montag:	08:00 Uhr	bis	12:00 Uhr
	14:00 Uhr	bis	18:00 Uhr
Dienstag:	08:00 Uhr	bis	12:00 Uhr
Mittwoch:	geschlossen		
Donnerstag:	08:00 Uhr	bis	14:00 Uhr
Freitag:	08:00 Uhr	bis	12:00 Uhr

4. Ressourcen
(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Haushaltsmittel

☒ werden nicht benötigt

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle
V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
VI. Zum Vorgang

Ö 14

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:	Verantwortliche/r:	Vorlagennummer:
OBM/ZV/113	Personal- und Organisationsamt	**113/007/2015**

Betriebsfest der Stadt Erlangen

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	25.02.2015	Ö	Gutachten	
Stadtrat	26.02.2015	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen
Personalrat

I. Antrag

In Abänderung des Beschlusses des Stadtrats vom 25.2.2010 (Nr. II/030/2010) findet das städtische Betriebsfest zukünftig anstatt im zweijährigen Zyklus ab dem Jahr 2016 wieder alljährlich statt.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen
(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Der Stadtrat hat am 25.02.2010 festgelegt, dass das Betriebsfest im Jahr 2010 entfällt und ab dem Jahr 2011 in einem zweijährigen Turnus mit einem jeweils auf 25.000 EUR gekürzten Etat stattfindet. Die beschlossene Einsparung ist Teil der damaligen Haushaltskonsolidierungsmaßnahme die mit externer Unterstützung (KGSt) durchgeführt wurde.

Zuletzt fand das städtische Betriebsfest im Jahr 2013 mit 975 Teilnehmern statt und kostete 21.500 EUR.

Turnusgemäß findet im Jahr 2015 das Betriebsfest der Stadt Erlangen statt.

Termin:	Freitag, der 24.07.2015, ab 17:00 Uhr
Ort:	Mönauschule (Büchenbach-Nord)

Die Einladungslisten für die Stadträte werden im April 2015 an die Fraktionen und Ausschussgemeinschaften weitergeleitet, damit sie sich zum Betriebsfest anmelden können.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen
(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Um die Betriebsgemeinschaft innerhalb der kompletten Stadtverwaltung zu fördern und zu stärken beantragte der Gesamtpersonalrat mit Schreiben vom 21.08.2014,dass das Betriebsfest zukünftig wieder alljährlich stattfinden soll (siehe Anhang).

Die Personalverwaltung folgt der Argumentation der Personalvertretung und befürwortet ebenfalls ein jährliches Betriebsfest.

3. Prozesse und Strukturen
(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Das städtische Betriebsfest soll ab 2015 wieder alljährlich stattfinden.
Dabei wird weiterhin auf eine möglichst kostengünstige Umsetzung geachtet.

4. Ressourcen
(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Die benötigten Mittel werden im Rahmen der Haushaltsaufstellungen (ab dem Jahr 2016) beantragt.

Anlagen: Antrag des Personalrats zum Betriebsfest

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle
V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
VI. Zum Vorgang

Kopie Ref. OBMZV/Herr Ternes

Ö 14

Stadt Erlangen

Ref. Zentrale Verw. - Eingang
25. AUG. 2014

Amt		Rücksprache	bis/am
		Stellungnahme	
Kopie an		U-Entwurf	
11	X	WV	am
113		JF	

I.

Stadt Erlangen 91051 Erlangen

Gesamtpersonalrat

An den Oberbürgermeister Dr. Florian Janik,
an die beiden Bürgermeisterinnen
an den Personal/-und Organisationsreferenten
und an alle Stadtratsfraktionen

Gebäude: Schuhstraße 40
Zimmer: 03
Kontakt: Frau Frederike Kolb
Telefon: 0 91 31 / 86-2842
Telefax: 0 91 31 / 86-2878
E-Mail: frederike.kolb@stadt.erlangen.de
Nutzen Sie unsere Angebote im Internet:
http://www.erlangen.de

Unser Zeichen / Schreiben: GPR/KF006

Ihr Schreiben / Zeichen:

Datum: 21. August 2014

Stärkung der Betriebsgemeinschaft

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Janik,
sehr geehrte Damen und Herren,

wir möchten Sie bitten, an alle Führungskräfte das Signal zu richten, dass die Förderung, Stärkung, Verbesserung der Betriebsgemeinschaft im jeweiligen Aufgabenbereich aber auch innerhalb der kompletten Stadtverwaltung eine wichtige Führungsaufgabe ist.

Ganz konkret haben wir das Anliegen, dass das städtische Betriebsfest wieder alljährlich stattfindet. Wir möchten Sie deshalb bitten nach der Sommerpause einen entsprechenden Beschluss des Stadtrates herbei zu führen.

Das Betriebsfest war eine langjährige traditionelle städtische Veranstaltung, nach unseren Informationen wurde das Betriebsfest mindestens seit 1973 jährlich durchgeführt und wurde 1995 aus Haushaltskonsolidierungsgründen abgeschafft. Nach etlichen Diskussionen erreichten wir, dass diese eine gemeinsame Gemeinschaftsveranstaltung für alle Beschäftigten ab dem Jahr 2001 wieder durchgeführt wurde. Durch die aus unserer Sicht untauglichen und kontraproduktiven Vorschläge der KGSt alle „freiwilligen" Leistungen für die Beschäftigten komplett zu streichen haben wir 2010 den Vorschlag mitgetragen, das Betriebsfest nur noch alle zwei Jahre durchzuführen. 2010, 2012 und 2014 fanden deshalb keine Betriebsfeste statt.

Nachdem vorsichtig formuliert die Anforderungen und Belastungen an die Beschäftigten nicht weniger werden, gleichzeitig festzustellen ist (dies bestätigen auch die Fragebogenergebnisse des Projektes „Gesund alt werden bei der Stadt Erlangen"), dass bei der Zusammenarbeit über Ämter- und Abteilungsgrenzen hinweg und auch bei der Motivation noch Verbesserungsmöglichkeiten bestehen rechnen sich Gemeinschaftsveranstaltungen wie ein jährliches Betriebsfest für die Stadt.

Die Besucherzahlen der zurückliegenden Betriebsfeste jeweils im Juli an einem Freitagnachmittag zeigen, wenn berücksichtigt wird dass Urlaubszeit ist und sehr viele Parallelveranstaltungen naturgemäß stattfinden, dass die Beschäftigen zum Großteil das Betriebsfest in seiner momentanen

Form sehr schätzen. Nach dem Betriebsfest konnten wir jeweils auch nur positive Rückmeldungen verzeichnen.

Nur stichwortartig wollen wir im Folgenden einige weitere Gründe für ein jährliches Betriebsfest anfügen:

- Sehr sehr viele andere Arbeitgeber und auch die städtischen Töchter veranstalten mindestens eine Gemeinschaftsveranstaltung im Jahr.
- Es ist ein Zeichen der Wertschätzung den Beschäftigten gegenüber.
- Derartige Veranstaltungen tragen zur Motivation bei.
- Das Gemeinschaftsgefühl und die Identität zum Arbeitgeber werden gestärkt.
- Es ist ein wichtiger Bestandteil einer mitarbeiterorientierten Dialogkultur.
- Viele Kolleginnen und Kollegen schätzen den informellen Austausch.
- Das Betriebsklima wird verbessert.
- Die meisten Beschäftigten sind in den verschiedensten Einrichtungen quer über das Stadtgebiet verteilt und haben kaum Möglichkeiten andere städtische Kolleginnen und Kollegen kennenzulernen.
- Nicht zuletzt durch die elektronische Kommunikation wie E-Mail werden dienstliche persönliche Kontakte immer weniger, gerade aber bei schwierigeren Problemen ist es wichtig beteiligte Kolleginnen und Kollegen zu kennen.
- Rund 300 neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fangen alljährlich bei der Stadt an, mit einem Betriebsfest lassen sich viele Kolleginnen und Kollegen relativ schnell kennenlernen.
- Viele schätzen den lockeren Umgang mit anderen Beschäftigten, die komplette Stadtverwaltung trifft sich, man lernt Stadträte kennen.
- Man lernt die Führungskräfte von einer persönlichen Seite besser kennenzulernen.
- Das Gefühl einer einheitlichen Stadtverwaltung von der Reinigungskraft bis hin zum Oberbürgermeister und Stadtrat wird gestärkt.
- Die Zusammenarbeit mit anderen Bereichen ist einfacher, wenn ich die konkreten Personen kenne.
- Freiwillige Leistungen des Arbeitgebers können die Personalgewinnung erleichtern bzw. dazu führen, dass Menschen nicht den Arbeitgeber wechseln.
- Es ist ein Baustein zum attraktiven Arbeitgeber Stadt Erlangen.

Sollten Sie noch Fragen haben bzw. Diskussionsbedarf bestehen stehen wir selbstverständlich für Gespräche zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

(Roland Hornauer)

II. Kopie<Frau Bürgermeisterin Susanne Lender-Cassens>
III. Kopie<Frau Bürgermeisterin Dr. Elisabeth Preuß>
IV. Kopie<Ref. OBMZV/Herr Ternes>
V. Kopie<CSU Fraktion>

VI. Kopie<SPD Fraktion>
VII. Kopie<Grüne Liste Fraktion>
VIII. Kopie<FDP Fraktion>
IX. Kopie<FWG>
X. Kopie<ÖDP>
XI. Kopie<Erlanger Linke>
XII. <Zum Vorgang>

Ö 15

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:	Verantwortliche/r:	Vorlagennummer:
III/32-3	Ordnungs- und Straßenverkehrsamt	**32-3/002/2015**

Vergaberichtlinien für den Erlanger Weihnachtsmarkt "Erlanger Waldweihnacht am Schloßplatz"

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	25.02.2015	Ö	Gutachten	
Stadtrat	26.02.2015	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen
Amt 30

I. Antrag

Die Vergaberichtlinien für den Erlanger Weihnachtsmarkt „Erlanger Waldweihnacht am Schloßplatz“ (Anlage, Entwurf vom 16.02.2015) werden beschlossen.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen
(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Für den Erlanger Weihnachtsmarkt gibt es derzeit keine vom Stadtrat konkret festgelegten Vorgaben zur „Erlanger Waldweihnacht am Schloßplatz“. Die Rechtsprechung in den letzten Jahren fordert präzise Anforderungen und Ausschreibungen. Die bestehende Marktsatzung entspricht nicht mehr den Anforderungen.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen
(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Damit die Marktsatzung nicht überfrachtet wird mit den erforderlichen Angaben zu Konzepten, Durchführung, Vergaben, etc. sollen Vergaberichtlinien für den Erlanger Weihnachtsmarkt erlassen werden.

3. Prozesse und Strukturen
(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

In den Vergaberichtlinien „Erlanger Waldweihnacht am Schloßplatz“ sind alle von der derzeitigen Rechtsprechung geforderten Inhaltspunkte festgelegt. Die Vergaberichtlinien wurden mit dem Konzeptgebern ARGE Erlanger Weihnachtsmarkt besprochen.

4. Ressourcen
(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

☐ Werden nicht benötigt.

Anlagen: Vergaberichtlinien für den Erlanger Weihnachtsmarkt „Erlanger Waldweihnacht am Schloßplatz“

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle
V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
VI. Zum Vorgang

Ö 15

Vergaberichtlinien für den Erlanger Weihnachtsmarkt „Erlanger Waldweihnacht am Schloßplatz“

1. Grundsätzliches

Die Gestaltung des Erlanger Weihnachtsmarktes erfolgt mit dem Ziel, eine größtmögliche Attraktivität mit besonderer Ausrichtung auf das Weihnachtsfest zu erreichen. Hierzu soll ein vielfältiges, umfassendes und ausgewogenes Warensortiment, das üblicherweise zum traditionellen Charakter des Weihnachtsmarktes gehört, angeboten werden. Die Stadt Erlangen als Veranstalterin behält sich vor, die Anzahl der Beschickerinnen und Beschicker für jede Angebotsgruppe von Jahr zu Jahr neu festzulegen, sofern nicht nachfolgende Richtlinien eine abweichende Regelung treffen.

Der Erlanger Weihnachtsmarkt findet jährlich auf dem Schloßplatz in Erlangen statt.
Er beginnt am Mittwoch vor dem 1. Advent und endet am 24. Dezember.
Die Öffnungszeiten sind werktags von 10.00 – 21.00 Uhr, sonntags von 11.00 – 21.00 Uhr und am 24.12.von 10.00 – 14.00 Uhr.

Die Zuständigkeit liegt beim Ordnungs- und Straßenverkehrsamt, Sachgebiet Gewerbeangelegenheiten, Kirchweihen und Märkte.

2. Veranstaltungskonzept zur Waldweihnacht

Der Weihnachtsmarkt „Waldweihnacht“ wird analog des Konzepts der ARGE Erlanger Weihnachtsmarkt gestaltet (Stadtratsbeschluss vom 26.04.2012). Dabei steht dem Konzeptgeber das Forsthaus und aufgrund der Konzepterweiterung (Beschluss HFPA vom 23.07.2014) das Waldhäusla und das Wichtelhaus inklusive zwei Ehrenamtsständen, der Wichtelbäckerei und der Kerzenwerkstatt mit Verkauf zur Verfügung. Näheres regelt ein öffentlich-rechtlicher Vertrag.

Das Konzept für den Erlanger Weihnachtsmarkt umfasst überwiegend Verkaufsgeschäfte. Um den Markt möglichst attraktiv und publikumswirksam zu präsentieren, können ergänzend attraktive weihnachtliche Angebote zugelassen werden.
Von der Veranstalterin können Verkaufshütten in unterschiedlichen Größen angemietet werden. Die Beschickerinnen und Beschicker haben darauf zu achten, dass ihre Verkaufsbuden den Anforderungen der Veranstalterin entsprechen (z. B. Budenfront aus Holz oder holzähnlichen Materialien, Verkleidung der Seiten- und Rückwände mit echtem Fichten- oder Tannengrün, Verkleidung des Innenbereiches mit Stoff und weihnachtlicher Dekoration).

Das Warenangebot soll in Beziehung zum Weihnachtsfest stehen oder sich als Weihnachtsgeschenke eignen. Es setzt sich aus folgenden Angebotsgruppen zusammen:

- Ein Kinderkarussell
- Ca. 10 % Ausschank winterlicher Heiß- und Kaltgetränke mit und ohne Alkohol, Softgetränke, Bier und Wein
- Ca. 20 % Imbissbetriebe (z. B. fränkische, vegetarische, Gerichte anderer Länder, Süßspeisen)

- Ca. 10 % Süßwaren (z. B. Lebkuchen, Weihnachtsbäckerei, weihnachtliche Confiserie, Kräuterbonbons, glasierte Früchte, Nüsse)

- Ca. 60 % weihnachtliche Verkaufs- und Geschenkartikel (z. B. Christbaumschmuck, weihnachtliche Haushaltswaren, Kerzen, Leinen, Kunsthandwerk (u.a. Holz, Ton, Stein), Seifen, Schmuck, Tücher, Schaffellprodukte, Gewürze, Tee, Kleinlederwaren, Geschenk-/Dekor-/Festartikel, Essig-/Öl-/ Likörvarianten)

3. Zulassungsbedingungen

Zugelassen werden Hersteller, Händler und andere Gewerbetreibende, deren Waren zum Weihnachtsfest in enger Beziehung stehen oder üblicherweise als Weihnachtsgeschenke verwendet werden, besonders Erzeugnisse des heimischen Handwerks oder Kunstgewerbes. Es kann im Veranstaltungsbereich insbesondere entsprechend den platzspezifischen Gegebenheiten grundsätzlich ein Kinderkarussell mit einem Fahrbahndurchmesser bis zu acht Metern berücksichtigt werden.

4. Bewerbungsverfahren

4.1
Bewerbungen sind schriftlich mit den sich aus der Ausschreibung ergebenden erforderlichen Unterlagen und Nachweisen beim Ordnungs- und Straßenverkehrsamt, Sachgebiet Gewerbeangelegenheiten, Kirchweihen und Märkte einzureichen. Die Ausschreibung wird im Amtsblatt der Stadt Erlangen und auf der jeweils aktuellen Internetseite der Stadt Erlangen veröffentlicht. Die Bewerbungsfrist endet mit Ablauf des 30. Juni. für das laufende Jahr. Bis zum Ablauf dieser Frist müssen die Bewerbungen bei der Stadt Erlangen eingegangen sein.

4.2
Alle Bewerberinnen und Bewerber haben die für das betreffende Geschäft erforderlichen Nachweise, Genehmigungen und Auflagen z. B. gewerbe-, bau-, (z. B. Baubuch), sicherheits- (z. B. TÜV) und gesundheitsrechtlicher Art, zu erfüllen und auf Verlangen vorzuweisen.

4.3
Nicht fristgemäß eingegangene Bewerbungen können nicht berücksichtigt werden.

Wird nach Ablauf der Bewerbungsfrist jedoch ein Mangel an geeigneten Bewerbungen in einzelnen Angebotsgruppen zur Durchsetzung des Gestaltungswillens der Veranstalterin festgestellt, kann die Stadt Erlangen nachträgliche Bewerbungen berücksichtigen oder geeignete Bewerberinnen oder Bewerber anwerben und bis zum Beginn der Auswahlverfahrens in die Liste der Bewerbungen aufnehmen.

5. Auswahlkriterien

Die Bewerbungen werden nach folgenden Kriterien ausgewählt:

Geschäftsbezogene Bewertungskriterien	Max. Punktzahl
Neues Warenangebot oder Traditionsgeschäfte	20
Erscheinungsbild, Gestaltung, Ausstattung, Dekoration und Präsentation des Geschäftes und seiner Ware	20
Besondere Qualität, Seltenheit, Exklusivität sowie Beliebtheit und Vielfalt des Warenangebotes	20
Umweltfreundlichkeit	10
Familiengerechte und faire Preisgestaltung	10
Personenbezogene Bewertungskriterien	**Max. Punktzahl**
Gewerberechtliche Zuverlässigkeit insbesondere faire und mangelfreie Zusammenarbeit im Marktgeschehen, keine negativen Erfahrungen der Veranstalterin mit der Bewerberin oder dem Bewerber, keine Störungen des Marktfriedens oder Ähnliches.	30
Erfahrung in der beworbenen Geschäftsart (evtl. Nachweise), Ausbildung, Fachkenntnisse	10
Mitarbeit zur Stärkung der Attraktivität der Veranstaltung	20

Den ortsansässigen Händlern und den Stammanbietern soll bei gleicher Eignung der Vorzug gegeben werden.

Ein Ausschlussgrund sind Gebühren- oder Steuerrückstände gegenüber der Stadt Erlangen.

6. Auswahlverfahren

6.1
Gehen mehr Bewerbungen ein als Plätze verfügbar sind, orientiert sich die Zulassung der Bewerberinnen oder Bewerber an den oben aufgeführten Auswahlkriterien (siehe Ziffer 5). Geschäfte, von denen angenommen wird, dass sie wegen ihrer Art, Ausstattung, Betriebsweise oder optischen Gestaltung besondere Anziehungskraft auf die Besucherinnen und Besucher ausüben, sollen bevorzugt berücksichtigt werden.

6.2
Langjährig bekannte und bewährte Marktbeschickerinnen und Marktbeschicker (Stammbeschickung) können bei gleichen Voraussetzungen nach Ziffer 6 im Interesse des traditionellen Erscheinungsbildes und des Wiedererkennungswertes des Marktes Vorrang vor Neubewerbungen haben. Der Vorrang kann nur für ein Geschäft gleicher Art und gleichen Umfangs gelten. Für ein Geschäft anderer Art oder ein im Umfang verändertes Geschäft kann er nicht geltend gemacht werden.

6.3
Es dürfen nur Geschäfte mit der in der Zulassung beschriebenen Größe und dem genehmigten Angebot aufgestellt werden. Abweichungen können zum Ausschluss führen.

6.4
Ergeben sich nach Abschluss des Auswahlverfahrens Veränderungen zu den Planunterlagen (technisch bedingte Umstellungen, Ausfall von Geschäften etc.), können diese Plätze an andere verfügbare Bewerberinnen oder Bewerber, deren Geschäfte nach Art und Größe passen, vergeben werden.

7. Inkrafttreten der Richtlinien

Diese Richtlinien treten am 1. März 2015 in Kraft.

Erlangen, 16.02.2015
STADT ERLANGEN

Ö 16

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:	Verantwortliche/r:	Vorlagennummer:
III/30; VI/66	Rechtsabteilung; Tiefbauamt	**30/005/2015**

Abschaffung der Straßenausbaubeitragssatzung - Fraktionsantrag Nr. 145/2014 der CSU-Stadtratsfraktion

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Bauausschuss / Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb	27.01.2015	Ö	Gutachten	einstimmig angenommen
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	25.02.2015	Ö	Gutachten	
Stadtrat	26.02.2015	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen
Ref. II

I. Antrag

1. Die Ausführungen der Verwaltung im Sachbericht werden zur Kenntnis genommen.
2. Der CSU-Fraktionsantrag Nr. 145/2014 vom 13.10.2014 ist damit bearbeitet.

II. Begründung

Mit Fraktionsantrag Nr. 145/2014 vom 13.10.2014 setzt sich die CSU-Stadtratsfraktion kritisch mit der Straßenausbaubeitragssatzung auseinander und bittet die Verwaltung aufzuzeigen, welche Alternativen es zur bisherigen Vorgehensweise gibt bzw. welche pragmatische Umsetzung es für die Erlanger Bürgerinnen und Bürger kurzfristig geben könnte. Sie verweist dabei u.a. auf den jüngsten Beschluss des Stadtrates der Landeshauptstadt München, mit dem die dort bestehende Straßenausbaubeitragssatzung aufgehoben wurde.

Aus rechtlicher Sicht ist hierzu zunächst Folgendes auszuführen:

Das Bayerische Kommunalabgabengesetz (KAG) eröffnet den bayerischen Kommunen in Art. 5 Abs. 1 S. 3 allgemein die Möglichkeit, von den Eigentümern der anliegenden Grundstücke Beiträge für den Straßenausbau zu erheben; nach dem Wortlaut „sollen“ Straßenausbaubeiträge erhoben werden. Allerdings interpretiert der Bayerische Verwaltungsgerichtshof in München (BayVGH) diese Soll-Vorschrift ausdrücklich so, dass die Kommunen grundsätzlich verpflichtet sind, eine solche Satzung zu erlassen, und nur beim Vorliegen von besonderen Umständen auf diese Einnahmequelle verzichten können (vgl. Urteil des BayVGH vom 10.3.1999, Az. 4 B 98.1349). Der BayVGH hat in dieser Grundsatzentscheidung für den Verzicht auf diese Einnahmequelle folgende Kriterien aufgestellt: Die Finanzlage einer Gemeinde muss so günstig sein, dass ohne empfindliche Einbußen an der dauernden Leistungsfähigkeit i.S. des Art. 61 Abs. 1 der Gemeindeordnung (GO) auf die Einnahmenbeschaffung aus Straßenausbaubeiträgen für die erforderlichen und geplanten Straßenausbaumaßnahmen verzichtet werden kann. Dies bedeutet, dass die stetige Erfüllung aller Aufgaben auch ohne die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen auf Dauer sichergestellt sein muss.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München hat am 17.12.2014 zwar beschlossen, die erst 2005 eingeführte Straßenausbaubeitragssatzung mit Wirkung für die Zukunft wieder abzuschaffen, jedoch kann die Finanzlage der Stadt München nicht mit der der Stadt Erlangen verglichen werden. Denn die Stadt München hat nach eigenen Angaben seit 2006 keine Nettoneuverschuldung mehr und hat zudem den Schuldenstand sukzessive reduzieren können. Im Übrigen wird nach unserem Kenntnisstand die Angelegenheit derzeit von der Regierung von Oberbayern als der für die Stadt München zuständigen Rechtsaufsichtsbehörde noch überprüft, ein Ergebnis liegt bislang noch

nicht vor.
Im Gegensatz dazu wurden die Haushalte 2013 und 2014 der Stadt Erlangen von der Regierung von Mittelfranken als der zuständigen Rechtsaufsichtsbehörde nur unter der Auflage genehmigt, in 2015 eine Einsparung und/oder eine Verbesserung der Einnahmen in Höhe von 5 Mio. Euro zu erbringen. Darüber hinaus ist ein Gewerbesteuersondertatbestand zu beachten, der - im Falle einer Rückforderung - den städtischen Haushalt in den nächsten Jahren erheblich belasten kann. Daher liegt bei der Stadt Erlangen keine so günstige Finanzlage vor, die es ihr nach den Kriterien der Rechtsprechung erlauben würde, von der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen abzusehen.

Die Höhe des Beitrages je Grundstück richtet sich zum einen nach dem Umfang der baulichen Maßnahme und den daraus resultierenden umlagefähigen Kosten, wie sie sich nach den in der Satzung festgelegten Anliegersätzen ergeben, zum anderen nach dem Verteilungswert des einzelnen Grundstücks. Liegt der Beitrag im fünfstelligen Bereich, so handelt es sich in aller Regel um Grundstücke, für die sich im Vergleich zu anderen Grundstücken ein höherer Verteilungsmaßstab ergibt. Als Ursachen hierfür zu nennen sind beispielsweise die gewerbliche oder gewerbeähnliche Nutzung des Grundstücks, die Grundstücksgröße oder die Anzahl der zulässigen bzw. vorhandenen Vollgeschosse im Gebäude. Befindet sich ein Grundstück in Wohnungs- oder Teileigentum, ergeben sich entsprechend den Miteigentumsanteilen geringere Beitragshöhen.

Insgesamt ist daher festzuhalten, dass aus Rechtsgründen derzeit die Stadt Erlangen auf die Erhebung der Straßenausbaubeiträge nicht verzichten darf. Ein vom Stadtrat dennoch gefasster Beschluss, die Straßenausbaubeitragssatzung aufzuheben, könnte von der Regierung von Mittelfranken rechtsaufsichtlich beanstandet und ggf. rückgängig gemacht werden. Alternativen zur bisherigen Vorgehensweise sind daher bei unveränderter Rechtslage nicht vorhanden.

Abschließend wird mitgeteilt, dass derzeit bereits eine Online-Petition des Verbandes Wohneigentum Bayern e.V. an den Bayerischen Landtag auf der Plattform „www.openpetition.de“ anhängig ist, die u.a. zum Ziel hat, die derzeit geltende Regelung über die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen von den Eigentümern der anliegenden Grundstücke aufzuheben.

Anlagen: Fraktionsantrag der CSU, Nr. 145/2014

III. Abstimmung

Beratung im Gremium: Bauausschuss / Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb am 27.01.2015

Protokollvermerk:
Die Sitzungsvorlage wird einstimmig positiv begutachtet.
Frau Stadträtin Kopper spricht sich dafür aus, das Thema Straßenausbaubeitragssatzung zu gegebener Zeit noch einmal im HFPA und im BWA zu behandeln, wenn die aktualisierten Unterlagen aus dem Bayerischen Landtag und dem Bayerischen Städtetag vorliegen.
Hiermit besteht Einverständnis.

Ergebnis/Beschluss:
1. Die Ausführungen der Verwaltung im Sachbericht werden zur Kenntnis genommen.
2. Der CSU-Fraktionsantrag Nr. 145/2014 vom 13.10.2014 ist damit bearbeitet.

mit 12 gegen 0 Stimmen

gez. Wening	gez. Weber
Vorsitzender	Berichterstatter

IV. Beschlusskontrolle
V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
VI. Zum Vorgang

Ö 16

CSU STADTRATS FRAKTION ERLANGEN

Rathaus, Rathausplatz 1, Zimmer 1.04
91052 Erlangen

Tel. (09131) 86-24 05
Fax (09131) 86-21 78
facebook.com/CSU.Fraktion.Erlangen
eMail: csu@erlangen.de

CSU-Stadtratsfraktion Erlangen, Rathausplatz 1, 91052 Erlangen

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Florian Janik
Rathaus
91052 Erlangen

Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO	
Eingang:	**13.10.2014**
Antragsnr.:	**145/2014**
Verteiler:	**OBM, BM, Fraktionen**
Zust. Referat:	**III/30**
mit Referat:	**VI/66**

13. Oktober 2014/AB

Antrag
hier: Abschaffung der Straßenausbaubeitragssatzung

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Grundstückseigentümer in Neubaugebieten bezahlen für die neu hergestellten Straßen, Wege und Plätze mit ihren Erschließungsbeiträgen einen wesentlichen Kostenbeitrag.

Nach etlichen Jahren werden die Anlieger dann wieder für die Instandhaltung, Sanierung und Verbesserung der Straßen mit zum Teil erheblichen Kosten zur Finanzierung der Baumaßnahmen herangezogen. Deshalb protestierten in den letzten Jahren viele Haus- und Wohnungseigentümer lautstark, da sie die oft im 5-stelligen Bereich liegenden anteiligen Kosten nicht aufbringen konnten. Sie waren der Meinung, dass der Straßenausbau eine Angelegenheit aller Bürger sei und aus dem üblichen Umlageverfahren des städtischen Haushalts geleistet werden müsse.

In München wurde die Straßenausbaubeitragssatzung aufgrund eines gemeinsamen Antrags von CSU- und SPD-Fraktion nun aufgehoben. Auch in Nürnberg und Augsburg sowie vielen anderen Städten gibt es bereits Überlegungen und Forderungen, es München gleichzutun. Wenn es der Landeshauptstadt gelungen ist, die Straßenausbaubeitragssatzung abzuschaffen, muss dies im Sinne der Gleichbehandlung auch in anderen Städten möglich sein.

Wir bitten die Verwaltung aufzuzeigen, welche Alternativen es zur bisherigen Vorgehensweise gibt bzw. welche pragmatische Umsetzung es für die Erlanger Bürgerinnen und Bürger kurzfristig geben könnte.
Außerdem bitten wir die Verwaltung, sich beim Finanzministerium für eine einheitliche Regelung bzw. für eine entsprechende Änderung des Bayerischen Kommunalabgabengesetzes einzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen

Birgitt Aßmus
Fraktionsvorsitzende

Gabriele Kopper
stv. Fraktionsvorsitzende

Die Stadträtinnen und Stadträte der CSU-Stadtratsfraktion Erlangen:
Fraktionsvorsitzende Birgitt Aßmus, Wolfgang Beck, Sonja Brandenstein, Rosemarie Egelseer-Thurek, Uwe Greisinger, Dr. Kurt Höller,
Bezirksrat Dr. med. Max Hubmann, Robert Hüttner, Gabriele Kopper, Christian Lehrmann, Ralf Merkel, Adam Neidhardt,
Dr. med. Stefan Rohmer, Prof. Dr. med. Rüdiger Schulz-Wendtland, Dr. Elisabeth Tempel-Meinetsberger, Jörg Volleth, Alexandra Wunderlich

Ö 17

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:	Verantwortliche/r:	Vorlagennummer:
III/30-R; VI/63	Rechtsabteilung; Bauaufsichtsamt	**30-R/019/2015**

Änderung der Werbeanlagensatzung; Fraktionsantrag Nr. 102/2014 der Grünen Liste

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Bauausschuss / Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb	24.02.2015	Ö	Gutachten	
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	25.02.2015	Ö	Gutachten	
Stadtrat	26.02.2015	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

1. Die Satzung zur Änderung der Satzung über Werbeanlagen und Automaten in der Stadt Erlangen (Werbeanlagensatzung – WaS) (Entwurf vom 16.01.2015, Anlage 1) wird beschlossen.

2. Der Fraktionsantrag Nr. 102/2014 der Grünen Liste vom 08.07.2014 ist damit bearbeitet.

II. Begründung

Gemäß § 3 Nr. 10 WaS darf maximal 1/5 der Glasfläche von Fenstern, Türen und Schaufenstern mit Einzelbuchstaben oder Einzelsymbolen beklebt werden. Teilweise wird diese Regelung dergestalt umgangen, dass die Fensterbeklebung entfernt wird und anstatt dessen ganzflächig mit Werbung bedruckte Vorhänge oder bedruckte Jalousien verwendet werden. Da diese das Erscheinungsbild der Denkmalensembles im gleichen Maße beeinträchtigten können wie komplett beklebte Fenster, soll die Regelung des § 3 Nr. 10 WaS um die Begriffe „Vorhänge“ und „Jalousien“ ergänzt werden. Damit wird dem Fraktionsantrag der Grünen Liste nachgekommen.

Anlagen: 1. Entwurf der Änderungssatzung vom 16.01.2015
2. Fraktionsantrag Nr. 102/2014

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle
V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
VI. Zum Vorgang

Anlage 1
Entwurf vom 16.01.2015

Satzung zur Änderung der Satzung über Werbeanlagen und Automaten in der Stadt Erlangen (Werbeanlagensatzung, WaS)

Art. 1

Die Satzung der Stadt Erlangen über Werbeanlagen und Automaten in der Stadt Erlangen (Werbeanlagensatzung, WaS) vom 11. April 2014 (Die amtlichen Seiten Nr. 9 vom 24. April 2014) wird wie folgt geändert:

§ 3 Abs. 1 Nr. 10 der Werbeanlagensatzung wird wie folgt neu gefasst:

„Werbeanlagen in, an oder auf Fenstern, Türen, Schaufenstern, sowie Vorhängen und Jalousien sind grundsätzlich nur im Erdgeschoss mit einer Fläche von maximal 1/5 der Glasfläche als Einzelbuchstaben oder Einzelsymbole zulässig. Eine Beklebung oder Bedruckung darf nur von innen erfolgen. Maßgeblich für die Bestimmung der Werbefläche ist die optische Wirkung; das Aussparen einzelner Teilflächen vermindert den Werbeflächenanteil nicht, wenn ein Effekt wie bei einer ganzheitlichen Werbung erzielt wird.

Das Verbot nach Satz 1 gilt nicht für Werbeanlagen, die nach ihrem erkennbaren Zweck (z.B. Aus- und Schlussverkäufe) nur vorübergehend für höchstens 4 Wochen und insgesamt für nicht mehr als 4 Ereignisse pro Kalenderjahr angebracht werden. Das flächige Bekleben, Überdecken, Überkleben, Übermalen und Bedrucken von Fensterrahmen und sonstigen Fenstern und Türen, sowie Vorhängen und Jalousien mit Werbebeklebung oder Werbebedruckung ist nicht zulässig.“

Art. 2

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Ö 17

Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang:	**08.07.2014**
Antragsnr.:	**102/2014**
Verteiler:	**OBM, BM, Fraktionen**
Zust. Referat:	**VI/61**
mit Referat:	**III/30**

Grüne Liste Rathausplatz 1 91052 Erlangen

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Florian Janik
Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Grüne Liste

Stadtratsfraktion

Rathausplatz 1, 91052 Erlangen
Zimmer 130

tel 09131/862781 fax 09131/861681
e-mail: buero@gl-erlangen.de
http://www.gl-erlangen.de

Bürozeiten:
Mo 10-12, 14-18 Di, Mi 10-12 Do 10-14

Erlangen, den 08.07.2014

Antrag: Gestaltung der Schaufenster von Spielhallen und Wettbüros in der historischen Innenstadt

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

von der Stadt ist eine ganzflächige Fensterbeklebung nach § 3 der Werbeanlagen-satzung untersagt. Ganzflächig mit Werbung bedruckte Vorhänge oder bedruckte Jalousien werden in der Satzung allerdings nicht verboten, obwohl sie dieselbe unästhetische Wirkung haben, wie die Beklebungen, und dem Charakter der historischen Altstadt entgegenlaufen.

Daher stellen wir den Antrag, folgende Ergänzung in die o.g. Satzung aufzunehmen.

> Ergänzung zu § 3 Punkt 10:
>
> Ebenso untersagt sind ganzflächig mit Werbung bedruckte Vorhänge oder Jalousien, auch hier darf die mit Werbung bedruckte Fläche maximal 1/5 der Vorhangfläche betragen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Birgit Marenbach

F.d.R.: Wolfgang Most

Ö 18

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:	Verantwortliche/r:	Vorlagennummer:
III/32	Ordnungs- und Straßenverkehrsamt	**322/005/2015**

Wildtierverbot in Zirkussen;
Antrag der SPD-Fraktion Nr. 264/2014 vom 12.11.2014

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	25.02.2015	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen
Ämter 23 und 39

I. Antrag

1. Die Stadt Erlangen unterstützt ein bundesweit einheitliches und generelles Verbot von Wildtieren in reisenden Zirkussen. Dazu wendet sich der Oberbürgermeister an die Gremien des Deutschen Städtetages mit dem Ziel, die Bundesregierung aufzufordern, ein bundesweites Wildtierverbot in Zirkussen festzulegen.

2.1 Alternative 1: Bis ein einheitliches und generelles Verbot auf Bundesebene festgelegt wird, sollen in Erlangen Genehmigungen auf öffentlich gewidmeten oder im Besitz der Stadt Erlangen oder ihrer Töchter befindlichen Flächen nur an Zirkusse vergeben werden, die keine Wildtiere mit sich führen.

2.2 Alternative 2: Solange kein einheitliches und generelles Verbot auf Bundesebene festgelegt ist, sollen in Erlangen Genehmigungen auf öffentlich gewidmeten oder im Besitz der Stadt Erlangen oder ihrer Töchter befindlichen Flächen auch an Zirkusse vergeben werden, die Wildtiere mit sich führen.

3. Der Antrag der SPD-Fraktion Nr. 264/2014 vom 12.11.2014 ist damit bearbeitet.

II. Begründung

Die SPD-Fraktion beantragt mit Schreiben vom 12.11.2014, ein bundesweit einheitliches und generelles Verbot von Wildtieren in reisenden Zirkussen zu unterstützen. Außerdem sollen Genehmigungen auf öffentlich gewidmeten oder im Besitz der Stadt Erlangen oder ihrer Töchter befindlichen Flächen nur an Zirkusse vergeben werden, die keine Wildtiere mit sich führen. Nähere Informationen können dem als Anlage beigefügten Antrag entnommen werden.

Die überwiegend als Familienunternehmen geführten Wanderzirkusse haben eine sehr lange Tradition. Allerdings müssen viele von ihnen mit abnehmenden Zuschauerzahlen kämpfen. Das vielfältige Kulturangebot, steigende Kosten, diverse Auflagen, Werbeverbote in einigen Städten und die Bebauung beziehungsweise die Verlagerung der Spielorte an die Stadtränder sind Probleme, mit denen die Zirkusse konfrontiert werden.

Neben akrobatischen Vorführungen und waghalsigen Künsten sollen vor allem auch die Dressur und Zurschaustellung von Wildtieren die Zuschauer und damit die Existenz von Wanderzirkussen sichern. Gerade aber die Haltung von Wildtieren ist in den letzten Jahren stark in die Kritik geraten. Der Vorwurf von Tierschutzverbänden und „Tierrechtlern“ lautet, dass eine artgerechte Haltung im Rahmen des Zirkusbetriebs nicht möglich sei. Bereits mehrere Länder, wie z. B. Belgien und Österreich sowie vor Kurzem die Niederlande haben ein generelles Wildtierverbot in Zirkussen ver-

hängt.

Zirkusleute halten dem entgegen, dass Zirkustiere heute nicht mehr aus der freien Wildbahn stammen, sondern in menschlicher Obhut geboren wurden. Sie seien somit von klein auf an den Kontakt und die Zusammenarbeit mit ihren menschlichen Partnern gewöhnt. Außerdem hätten die meisten Zirkusse ihre Stallungen um Außengehege und artspezifisch auch um Wasserbecken ergänzt.

Zirkusse bedürfen für das Zurschaustellen von Tieren der Erlaubnis nach § 11 Tierschutzgesetz. Die Veterinärämter sind verpflichtet, Kontrollen am Gastspielort durchzuführen. Diese Kontrollen und die „Leitlinien für die Haltung, Ausbildung und Nutzung von Tieren in Zirkusbetrieben oder ähnlichen Einrichtungen“ sollen die Einhaltung des Tierschutzes im Zirkus sicherstellen. Dabei spielt es keine Rolle, ob Zirkusse auf Privatflächen oder öffentlichen Flächen gastieren. Für die verpflichtenden veterinärrechtlichen Tierschutzkontrollen gibt es keine Rechtsgrundlage für eine Kostenerhebung. Nur bei Verstößen kann ein kostenpflichtiger Bescheid erstellt werden. In Erlangen wurden in den vergangenen Jahren keine Verstöße gegen Tierschutzbestimmungen festgestellt.

In der Regel lassen sich in Erlangen gastierende Zirkusse auf dem Festplatz in der Hartmannstraße nieder, der sich im Eigentum der Stadt Erlangen befindet. Grundlage hierfür ist ein Mietvertrag mit dem Liegenschaftsamt.

Anlagen: Fraktionsantrag der SPD-Fraktion Nr. 264/2014

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle
V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
VI. Zum Vorgang

Ö 18

Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO
Eingang: **12.11.2014**
Antragsnr.: **264/2014**
Verteiler: **OBM, BM, Fraktionen**
Zust. Referat: **III/32**
mit Referat: **VI/23**

SPD Fraktion
im Stadtrat Erlangen

Rathausplatz 1
91052 Erlangen
Geschäftsstelle im Rathaus,
1. Stock, Zimmer 105 und 105a
Telefon 09131 862225
Telefax 09131 862181
spd.fraktion@stadt.erlangen.de
www.spd-fraktion-erlangen.de

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Florian Janik
Rathaus
91052 Erlangen

Wildtierverbot in Zirkussen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Datum
12.11.2014

AnsprechpartnerIn
Saskia Coerlin

Durchwahl
09131-862225

auch in Erlangen kam kürzlich die Forderung nach einem Wildtierverbot in Zirkussen auf. Aus Gründen des Tierschutzes ist dies sehr zu unterstützen. Der Tierschutz ist im Grundgesetz als Staatsziel verankert. Im Tierschutzgesetz ist ausdrücklich festgelegt, dass die Unterbringung eines Tieres artgemäß, bei exotischen Wildtieren daher unter Umständen sogar klimatisiert sein muss. Die Ernährung und die Gruppenzusammensetzung müssen arttypisch gestaltet und das artgemäße Verhalten muss möglich sein. Diese Vorgaben sind auch auf Reisen laut Gesetz sicherzustellen. Wanderzirkusse bzw. reisende Zirkusse können diese Anforderungen praktisch nicht gerecht werden. Es kommt daher immer häufiger zu Verstößen gegen das Tierschutzgesetz. Hier ist klar geregelt, dass niemand einem Tier ohne vernünftigen Grund Schmerzen, Leiden oder Schäden zufügen darf. In Zoos wurden in den letzten Jahren und Jahrzehnten die Standards wie Gehegegrößen etc. deutlich angehoben. In Zirkussen ist dies nicht erfolgt und auch nicht möglich. Durch die Standortwechsel können die Tiere z. B. keine Reviere anlegen.
Der Bundesrat fordert daher bereits seit 2003 ein Wildtierverbot in Zirkussen. In 17 anderen europäischen Ländern besteht ein solches Verbot bereits, u. a. in unserem Nachbarland Österreich. Angesichts erweiterter Erkenntnisse über die Bedürfnisse von Wildtieren fordert seit geraumer Zeit auch die Bundestierärztekammer ein bundesweit einheitliches und generelles Verbot von Wildtieren im Zirkus.

Da leider nicht absehbar ist, wann ein solches Verbot bundesweit eingeführt wird, muss die Stadt Erlangen wie zuvor bereits andere Städte wie z. B. Erding oder Potsdam selbst durch ein kommunales Wildtierverbot aktiv werden.
In der Rechtssprechung gab es hierzu in der Vergangenheit unterschiedliche Entscheidungen. Im Fall von Erding wurde das Wildtierverbot jedoch vom Verwaltungsgericht München bestätigt. Für eine rechtskonforme Gestaltung eines kommunalen Verbots hat die Beauftragte für

Rathausplatz 1
91052 Erlangen
Geschäftsstelle im Rathaus,
1. Stock, Zimmer 105 und 105a
Telefon 09131 862225
Telefax 09131 862181
spd.fraktion@stadt.erlangen.de
www.spd-fraktion-erlangen.de

Tierschutz des Landes Baden-Württemberg Empfehlungen erstellen lassen, im Internet zu finden unter: https://mlr.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-mlr/intern/SLT_2013-Okt-14_Zirkusse-mit-Wildtieren.pdf

Die SPD-Fraktion stellt aus diesen Gründen folgenden Antrag:

1. Die Stadt Erlangen unterstützt das „Verbot von Wildtieren im reisenden Zirkus“. Platzrechte-Genehmigungen auf öffentlich gewid-meten Flächen oder solchen, die im Besitz der Stadt oder städtischer Töchter sind, sind nur noch an Zirkusbetriebe und ähnliche Veran-stalter zu vergeben, die keine Tiere mitführen, die in den Leitlinien des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Land-wirtschaft von der sog. „Künast-AG“ als für die Haltung in Zirkussen ungeeignet aufgelistet wurden. Diese Tiere sind: Alligatoren, Krokodile, Antilopen, antilopenartige Tiere, Amphibien, Bären, Delfine, Flamin-gos, Flusspferde, Giraffen, Greifvögel, Menschenaffen, Nashörner, Pin-guine, Riesenschlangen, Tümmler, Wölfe und Elefantenbullen. Hierzu ist eine entsprechende Regelung in die Platzüberlassungsverträge au-zunehmen (privatrechtliche Regelung) und zu prüfen, ob die entsprechende Satzung angepasst werden muss bzw. soll.

2. Zirkusse, die auf Privatflächen gastieren, werden kostenpflichtig und vollumfänglich durch das Veterinäramt auf die artgerechte Haltung geprüft. Dabei ist zu klären, inwieweit der Vermieter in die Kosten-haftung genommen werden kann.

3. Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, über die Gremien des Deutschen Städtetags die Bundesregierung aufzufordern, ein bundes-weites Wildtierverbot in Zirkussen einzubringen.

Mit freundlichen Grüßen

Barbara Pfister
Fraktionsvorsitzende

Dr. Andreas Richter
Sprecher für Umwelt und Energie

f.d.R. Saskia Coerlin
Geschäftsführerin der SPD-Fraktion

Datum
12.11.2014

AnsprechpartnerIn
Saskia Coerlin

Durchwahl
09131-862225

Seite
2 von 2

Ö 19

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:	Verantwortliche/r:	Vorlagennummer:
IV/51/OIA- T.1795		**51/032/2015**

Antrag aus der Bürgerversammlung der Gesamtstadt am 18.11.2014: Hier Stellenschaffung für Streetworker

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Jugendhilfeausschuss	12.02.2015	Ö	Gutachten	einstimmig angenommen
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	25.02.2015	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

1. Die Schaffung von zusätzlichen Stellen für Streetworker in der Innenstadt ist zum jetzigen Zeitpunkt aus fachlicher Sicht nicht notwendig.
2. Die Verwaltung wird beauftragt im Rahmen der Erarbeitung des Teilplans Jugendarbeit den Bedarf an ggf. zusätzlichen Stellen von Streetworkern sowohl für die Innenstadt als für andere Stadtteile erneut zu prüfen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Zuschüsse für entsprechendes Fachpersonal des betreuten Jugendhauses Innenstadt für den städtischen Haushalt 2016 zu beantragen.
4. Der Antrag der Bürgerversammlung ist hiermit abschließend bearbeitet.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

In der Bürgerversammlung für die Gesamtstadt am 18.11.2014 wurde von Seiten der Bürgerschaft angeregt, mehr Raum für Jugendliche und mehr Platz für die Freizeitgestaltung von Jugendlichen zu schaffen. Hintergrund sind Lärmbelästigungen von feiernden Jugendlichen und jungen Erwachsenen auf öffentlichen Straßen und Plätzen in der Innenstadt. Viele Bürger und Bürgerinnen erachten dabei den Einsatz von Streetworkern sinnvoller als den Einsatz der Polizei. Der Antrag nach Schaffung von zusätzlichen Stellen für Streetworker wurde mit großer Mehrheit angenommen.
Derzeit sind in der Erlanger Innenstadt zwei Streetworkerinnen mit jeweils 32 Stunden pro Woche (Summe 64 Std. /Wo.) tätig. Sie kümmern sich im Innenstadtbereich um Jugendliche und junge Menschen mit vielfältigen Problemen. Die Bandbreite reicht von Konflikten mit den Eltern, Schul- und Ausbildungsproblemen, psychischen Auffälligkeiten, Suchtproblemen bis hin zu (drohender) Obdachlosigkeit.
Aufgrund der vielschichtigen und sehr unterschiedlichen Bedarfslagen junger Menschen, für die die Innenstadt eine besondere Anziehungskraft besitzt, hat sich der Arbeitskreis Innenstadt, ein Netzwerk verschiedener Akteure, gebildet. Dieser besteht aus Mitarbeitern des Stadtjugendamtes, des Stadtjugendrings, des E-Werks, der Streetwork Innenstadt, des Präventionsbeamten der Polizei, der Abteilung Kinder- und Jugendkultur, des Gesundheitsamtes, sowie dem Jugendparlament. Ziel ist es, abgestimmte Angebote zu entwickeln und Lösungen zu finden, um die jungen Menschen in ihren teilweise problematischen Lebenssituationen zu unterstützen. Alle beteiligten Fachkräfte sind sich einig in der Einschätzung, dass Konflikte von und mit jungen Menschen im öffentlichen Raum nicht gänzlich beseitigt werden können, dem aber am ehesten aber durch geeignete Angebote entgegen gewirkt werden kann.

Die Feststellung aus der Bürgerversammlung, dass für Jugendliche und Heranwachsende mehr Raum für Freizeitgestaltung geschaffen werden muss, wir auch vom Arbeitskreis Innenstadt geteilt. Bereits im Jahr 2008 hat der Arbeitskreis Innenstadt auf den Bedarf eines betreuten Jugendhauses für Jugendliche ab 12 Jahren hingewiesen. Nach einer schwierigen Standortsuche sowie der Klärung der grundsätzlichen Förderfähigkeit durch die Regierung Mittelfranken konnten die Planungen für ein Jugendhaus vorangetrieben werden. Das betreute Jugendhaus wird an der Fuchsenwiese erbaut. Die Fahrradwerkstatt bleibt erhalten und im 1.Obergeschoss wird sich der Jugendtreff befinden. Die Inbetriebnahme des neuen Hauses ist für Sommer 2016 geplant.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen
(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Der neue betreute Jugendtreff soll Anziehungspunkt für Jugendliche sein, die sich sonst ziellos in der Innenstadt aufhalten würden. Nach Einschätzung aller Fachkräfte besteht vor allem für jüngere Jugendliche ein Bedarf. Es soll die Möglichkeit geben, sich ohne Konsumzwang mit Freunden zu treffen, die Freizeit zu gestalten und Sozialpädagogen als Ansprechpartner zu haben. Für die Streetworker/innen ist ein Beratungsbüro im Gebäude des Jugendtreffs vorgesehen, so dass sich durch die räumliche Nähe Synergieeffekte ergeben werden und die Jugendlichen unmittelbar Anschluss im betreuten Jugendtreff finden können.
Dieses Konzept, bestehend aus den zwei Säulen aufsuchende Jugendarbeit und betreute Offene Jugendarbeit mit fester Anlaufstelle, erscheint den Fachplanern derzeit als abgerundet und vollständig. Deshalb wird aus bedarfsplanerischer Sicht wird zum gegenwärtigen Zeitpunkt kein Bedarf an zusätzliche Stellen für Streetworker in der Innenstadt gesehen. Neben den Streetworkerinnen, die weiterhin ihren Arbeitsplatz im öffentlichen Raum haben werden, wird jedoch Fachpersonal für den Betrieb des Jugendhauses benötigt. Es wird vorgeschlagen, einige Zeit nach Inbetriebnahme des Jugendtreffs eine erneute Bedarfsüberprüfung vorzunehmen. Ob ein Bedarf von Streetwork in anderen Stadtteilen Erlangens besteht, muss noch geprüft werden. Dies kann im Rahmen der Erarbeitung des Teilplans Jugendarbeit geschehen, mit dem sich derzeit die Jugendhilfeplanung beschäftigt.

Anlagen: keine

III. Abstimmung

Beratung im Gremium: Jugendhilfeausschuss am 12.02.2015

Ergebnis/Beschluss:

1. Die Schaffung von zusätzlichen Stellen für Streetworker in der Innenstadt ist zum jetzigen Zeitpunkt aus fachlicher Sicht nicht notwendig.
2. Die Verwaltung wird beauftragt im Rahmen der Erarbeitung des Teilplans Jugendarbeit den Bedarf an ggf. zusätzlichen Stellen von Streetworkern sowohl für die Innenstadt als für andere Stadtteile erneut zu prüfen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Zuschüsse für entsprechendes Fachpersonal des betreuten Jugendhauses Innenstadt für den städtischen Haushalt 2016 zu beantragen.
4. Der Antrag der Bürgerversammlung ist hiermit abschließend bearbeitet.

mit 13 gegen 0 Stimmen

gez. Lanig
Vorsitzende/r

gez. Dr. Rossmeissl
Berichterstatter/in

IV. Beschlusskontrolle
V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
VI. Zum Vorgang

Inhaltsverzeichnis

Sitzungsdokumente
Einladung -öffentlich- 1
Vorlagendokumente
TOP Ö 7.1 Bearbeitungsstand Fraktionsanträge
Mitteilung zur Kenntnis 13/037/2015 3
TOP Ö 7.2 Sachstandsbericht GGFA AöR des kommunalen Jobcenters Erlangen - Beric
Mitteilung zur Kenntnis II/062/2015 4
SGA-Bericht 4 2 15 II/062/2015 5
TOP Ö 7.3 Vorschläge und Anregungen der Markthändler des Wochenmarkts
Mitteilung zur Kenntnis 323/001/2015 21
TOP Ö 7.4 Verbesserung für Goethestraße durch Buskonzept Erlangen - Protokollve
Beratungsergebnisse Stand: 10.02.2015 613/026/2015 22
TOP Ö 9 Semesterticket
Beschluss Stand: 10.02.2015 13/034/2015 25
TOP Ö 10 Geschäftsordnung für den Stadtrat Erlangen;
Beschluss Stand: 11.02.2014 13-2/057/2015 31
TOP Ö 11 Antragsrecht für Ausländer- und Integrationsbeirat, Ortsbeiräte, Perso
Beschlussvorlage 13/038/2015 33
132_2014 erli Antragsrecht 13/038/2015 35
TOP Ö 12 Kommunaler Betrieb für Informationstechnik KommunalBIT AöR, Weisungen
Beschlussvorlage ZV/004/2015 36
Anlage 1 Wirtschaftsplan 2015 Plan-GuV und Kapitalflussrechnung ZV/00 38
Anlage 2 Stellenplan 2015 ZV/004/2015 55
Anlage 3 Mittelfristige Finanzplanung ZV/004/2015 57
TOP Ö 13 Befristete Änderung der Öffnungszeiten im Bürgeramt, Abt. Ausländerang
Beschlussvorlage 112/025/2015 60
TOP Ö 14 Betriebsfest der Stadt Erlangen
Beschlussvorlage 113/007/2015 62
Antrag Personalrat zum Betriebsfest 113/007/2015 64
TOP Ö 15 Vergaberichtlinien für den Erlanger Weihnachtsmarkt "Erlanger Waldweih
Beschlussvorlage 32-3/002/2015 67
Vergaberichtlinein Waldweihnacht 32-3/002/2015 69
TOP Ö 16 Abschaffung der Straßenausbaubeitragssatzung - Fraktionsantrag Nr. 145
Beschluss Stand: 27.01.2015 30/005/2015 73
Fraktionsantrag Nr. 145/2014 30/005/2015 75
TOP Ö 17 Änderung der Werbeanlagensatzung; Fraktionsantrag Nr. 102/2014 der Grü
Beschlussvorlage 30-R/019/2015 76
Anlage1_Änderung_WaS 30-R/019/2015 77
StR_Antrag_GL_Nr_102_2014 30-R/019/2015 78
TOP Ö 18 Wildtierverbot in Zirkussen; Antrag der SPD-Fraktion Nr. 264/2014 vom
Beschlussvorlage 322/005/2015 79
Antrag der SPD-Fraktion Nr. 264/2014 322/005/2015 81
TOP Ö 19 Antrag aus der Bürgerversammlung der Gesamtstadt am 18.11.2014: Hier S
Beschluss Stand: JHA 12.02.2015 51/032/2015 83
Inhaltsverzeichnis 86